

LANDESHAUPTSTADT



Gesamtabschlussbericht



für das Geschäftsjahr 2020

Gesamtabschluss 2020

Inhaltsverzeichnis

| | |
|--|------------|
| A. Vorwort | 3 |
| B. Konsolidierter Gesamtabchluss zum 31.12.2020 | 4 |
| 1. Konsolidierungsbericht | 4 |
| 1.1 Lage der Landeshauptstadt Wiesbaden | 4 |
| 1.1.1 Einführung | 4 |
| 1.1.2 Gesamtwirtschaftliche Rahmenbedingungen | 4 |
| 1.1.3 Geschäftsverlauf | 8 |
| 1.1.4 Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks | 17 |
| 1.1.5 Vermögenslage: | 23 |
| 1.1.6 Vermögensvergleich Einzelabschlüsse - Gesamtabchluss | 25 |
| 1.1.7 Ergebnissituation | 26 |
| 1.1.8 Ergebnisvergleich Einzelabschlüsse - Gesamtabchluss | 28 |
| 1.1.9 Finanzlage | 29 |
| 1.2 Bewertung des Gesamtabchlusses im Hinblick auf die dauernde Leistungsfähigkeit, Chancen und Risiken sowie perspektivischer Ausblick | 30 |
| 1.3 Vorgänge von besonderer Bedeutung nach Abschluss des Haushaltsjahres .. | 46 |
| 2. Konsolidierte Vermögens-, Ergebnis- und Finanzrechnung | 48 |
| 2.1 Konsolidierte Vermögensrechnung | 48 |
| 2.2 Konsolidierte Ergebnisrechnung | 50 |
| 2.3 Konsolidierte Finanzrechnung | 51 |
| 3. Anhang | 53 |
| 3.1 Allgemeine Angaben | 53 |
| 3.1.1 Rechtliche Grundlagen | 53 |
| 3.1.2 Abgrenzung des Konsolidierungskreises | 53 |
| 3.1.3 Konsolidierungsgrundsätze | 58 |
| 3.1.4 Angaben zu Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden | 60 |
| 3.2 Erläuterungen zu den Posten der konsolidierten Vermögensrechnung | 64 |
| 3.2.1 Anlagevermögen | 64 |
| 3.2.2 Umlaufvermögen | 71 |
| 3.2.3 Aktive Rechnungsabgrenzungsposten | 71 |
| 3.2.4 Eigenkapital | 72 |
| 3.2.5 Sonderposten | 73 |
| 3.2.6 Rückstellungen | 74 |
| 3.2.7 Verbindlichkeiten | 77 |
| 3.2.8 Passive Rechnungsabgrenzungsposten | 77 |
| 3.3 Erläuterungen zur konsolidierten Ergebnisrechnung | 79 |
| 3.3.1 Ordentliches Ergebnis | 79 |
| 3.3.2 Außerordentliches Ergebnis | 90 |
| 3.3.3 Anderen Gesellschaftern zustehendes Ergebnis | 91 |
| 3.4 Erläuterungen zur konsolidierten Finanzrechnung | 92 |
| 3.5 Sonstige Angaben | 94 |
| 3.5.1 Haftungsverhältnisse | 94 |
| 3.5.2 Sachverhalte über erhebliche finanzielle Verpflichtungen | 96 |
| 3.5.3 Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen | 98 |
| 3.5.4 Mitglieder Stadtverordnetenversammlung / Magistrat | 100 |
| Anlagen | 102 |
| Anlage (1) Anlagenspiegel | 103 |
| Anlage (2) Forderungsspiegel | 104 |
| Anlage (3) Eigenkapitalspiegel | 105 |

Gesamtabschluss 2020

| | |
|--|-----|
| Anlage (4) Sonderpostenspiegel | 106 |
| Anlage (5) Rückstellungsspiegel | 107 |
| Anlage (6) Verbindlichkeitspiegel | 108 |
| Anlage (7) Erklärung zu den verwendeten Kennzahlen | 109 |

Gesamtabschluss 2020

A. Vorwort

Hiermit lege ich Ihnen als Kämmerer der Landeshauptstadt Wiesbaden den Gesamtabschluss für das Jahr 2020 vor. Ziel dieses Werkes ist es, die Stadt transparenter zu machen, indem ein Gesamtbild einschließlich ihrer Unternehmen und Sondervermögen aufgezeigt wird.

Die Landeshauptstadt Wiesbaden (LHW) ist mit 204 km² Gemarkungsfläche eine attraktive, leistungsfähige, soziale und wirtschaftlich starke Stadt mit kurzen Wegen und einem breiten Gesundheitsangebot. Ihre Leistungen werden nicht nur von den städtischen Ämtern erbracht, sondern in hohem Maße auch von den Beteiligungsgesellschaften in den Segmenten Ver- und Entsorgung, Verkehr, Gesundheit, Stadtentwicklung und Wohnungsbau sowie Tourismus, Kongresse und Veranstaltungen. Um die Transparenz zu erhöhen und ein möglichst vollständiges Bild der Vermögens-, Ertrags- und Finanzlage der LHW zu erhalten, müssen auch diese in die Aufgabenträger ausgliederten Dienstleistungen mit in die Betrachtung einbezogen werden.



Es freut mich insbesondere im Jahr 2020, welches unter starkem Einfluss der Corona-Pandemie stand, über einen finanziell sehr positiven Verlauf zu berichten. Der Jahresüberschuss 2020 liegt bei 75,7 Mio. €. Dies sichert das Angebot an öffentlichen Dienstleistungen und Infrastruktur sowie einer nachhaltigen Daseinsvorsorge. Das Vermögen (Bilanzsumme) ist mit 5,1 Mrd. € gegenüber dem Vorjahr gestiegen und die Gesamtleistung (Umsatz) mit 2,2 Mrd. € ebenfalls.

Schwerpunktt Themen, welche die Landeshauptstadt als Investitionen für die Zukunft betrachtet, sind der Ausbau des emissionsfreien öffentlichen Nahverkehrs, die Investition in Schulen, der Ausbau der Kinderbetreuung, die Schaffung und Modernisierung bezahlbaren Wohnraums sowie die Errichtung und der Betrieb von umweltfreundlichen Energiegewinnungsanlagen.

Der vorliegende Gesamtabschluss besteht aus dem Konsolidierungsbericht (Kapitel 1) mit der Bewertung der Vermögens-, Ertrags- und Finanzlage des gesamten Verbundes sowie einem perspektivischen Ausblick. In Kapitel 2 folgen die zusammengefasste Ergebnis- und Vermögensrechnung (Bilanz), die um eine Kapitalflussrechnung ergänzt sind. Schließlich ist in Kapitel 3 ein Anhang beigefügt, der neben den gesetzlichen Grundlagen und der Abgrenzung des Konsolidierungskreises insbesondere die Posten der in Kapitel 2 genannten Rechnungen erläutert. Kapitel 4 enthält alle Anlagen.



Axel Imholz
Stadtkämmerer

Gesamtabschluss 2020

B. Konsolidierter Gesamtabschluss zum 31.12.2020¹

1. Konsolidierungsbericht

1.1 Lage der Landeshauptstadt Wiesbaden

1.1.1 Einführung

Wiesbaden ist die Hauptstadt des Landes Hessen. In der zweitgrößten Stadt Hessens wohnen Ende 2020 291.160 Einwohner². Hinzu kamen noch die Mitglieder der US-Heeresgarnison. Die Landeshauptstadt Wiesbaden ist mit ca. 54 km² Wald und knapp 10 km² Grünanlagen³ eine grüne Stadt im Herzen des Rhein-Main-Gebietes sowie ein wirtschaftliches, kulturelles und soziales Zentrum. Eine moderne Stadtentwicklung, der Umwelt- und Naturschutz, die Gesundheitsförderung sowie eine ausgeprägte Willkommenskultur gehören zu den weiteren Stärken der Stadt.

Wiesbaden zeichnet sich durch ein vielfältiges Kulturleben aus. Vom Hessischen Staatstheater, den Museen, dem Kulturzentrum Schlachthof, dem Kurhaus mit Spielbank, dem Rheingau Musik Festival über die Caligari FilmBühne bis hin zu zahlreichen Filmfestivals, dem Literaturhaus, Galerien und Kleinkunsthöfen. Wiesbaden bietet die gesamte Bandbreite lebendiger und moderner Kultur. Zusätzlich besticht Wiesbaden durch das umfangreiche Angebot im Breitensport.

Das wirtschaftsfreundliche Klima in der Landeshauptstadt sorgt beständig für einen vorderen Platz im Ranking der deutschen Städte. Neben bekannten Großunternehmen prägt eine Vielzahl von mittleren und kleinen Unternehmen das Bild. Wiesbaden ist ein pulsierendes Dienstleistungszentrum mit zukunftsfähigen Branchenschwerpunkten und einer hohen Lebensqualität. Zudem ist die zentrale Lage in Deutschland und Europa ein ausgezeichneter Standort für internationale Messen und Kongresse. Das RheinMain CongressCenter (RMCC) zählt zu den modernsten und innovativsten Kongress- und Veranstaltungshäusern Europas.

Neben Frankfurt am Main, Mainz, Darmstadt und Offenbach gehört Wiesbaden zu den Kernstädten des Rhein-Main-Gebiets. Die Landeshauptstadt Wiesbaden rangierte in 2020 mit einem Kaufkraftindex von 110,4 % des Bundesdurchschnitts bzw. mit rd. 25 Tsd. € Ausgaben für Konsum pro Einwohner auf einem der vorderen Plätze der wohlhabendsten Städte Deutschlands.⁴

1.1.2 Gesamtwirtschaftliche Rahmenbedingungen

Die Corona-Pandemie und die in diesem Zusammenhang notwendigen Maßnahmen zur Pandemieeindämmung nahmen einen erheblichen Einfluss auf die weltwirtschaftliche Entwicklung im Jahr 2020. Die Weltwirtschaft stürzte in eine tiefe Rezession. So kam es insbesondere im

¹ Bei der Verwendung von gerundeten Beträgen oder Prozentangaben kann es zu geringfügigen Differenzen kommen (kaufmännische Rundung).

² Daten des Amtes für Statistik und Stadtforschung der LHW aus der Broschüre „Statistiken zur Bevölkerung“

³ Daten des Amtes für Statistik und Stadtforschung der LHW aus dem „Statistischen Jahrbuch 2020 Wiesbaden“

⁴ Daten des Amtes für Statistik und Stadtforschung der LHW aus dem „Statistischen Jahrbuch 2020 Wiesbaden“

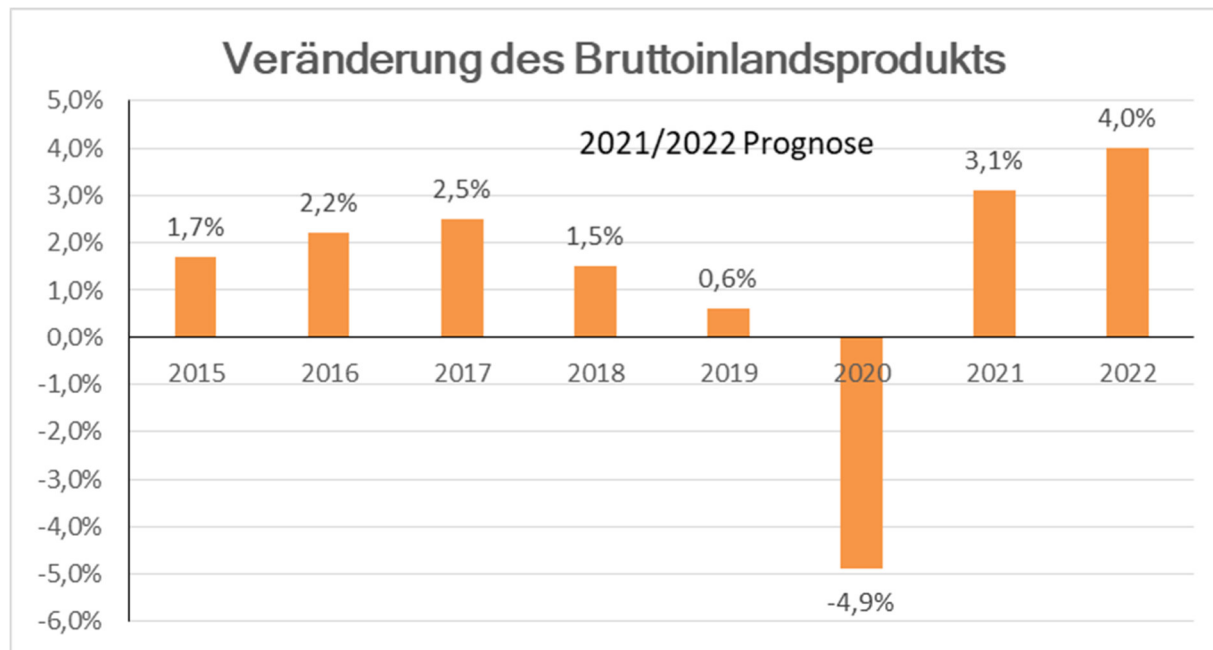
Gesamtabschluss 2020

stationären Einzelhandel, in der personennahen Dienstleistungsbranche, im Gastgewerbe und der Veranstaltungs- und Freizeitbranche zu wirtschaftlichen Einbußen, aufgrund der Schließung von Geschäften und Produktionsstätten, der sozialen Kontaktverbote, Reisebeschränkungen und Verbote von Großveranstaltungen. Durch die Auswirkungen der Pandemie wurden auch die globalen Logistikketten gestört. Ein Problem, das auch im Jahr 2021 fortbesteht. Mit geld- und fiskalpolitischen Unterstützungsmaßnahmen versuchten die Staaten den Wirtschaftseinbruch abzufedern. Im Sommer 2020 konnten vielerorts die Einschränkungen, aufgrund gesunkener Infektionszahlen gelockert werden. Dies führte zu einer schnellen Erholung der Weltwirtschaft, allerdings stiegen bereits im Herbst die Infektionszahlen wieder an, so dass es im Zuge dessen erneut zu umfangreichen Einschränkungen kam. Die weitere Wirtschaftsentwicklung ist, solange die Corona-Pandemie noch nicht überwunden ist, mit extremen Unsicherheiten behaftet.

Das reale deutsche Bruttoinlandsprodukt (BIP) sank bei einer Betrachtung des gesamten Jahres 2020 um 4,9 %. Auch in Deutschland geht der Rückgang der Wirtschaftsleistung maßgeblich mit der Entwicklung der Corona-Pandemie und den damit verbundenen Einschränkungen einher. Die Entwicklung der deutschen Volkswirtschaft war aber bereits vor der Pandemie gehemmt. Der technologische Fortschritt, der demographische Wandel sowie das Vorhaben einer klimaneutralen Wirtschaft stellen die deutsche Wirtschaft zusätzlich vor Herausforderungen. Internationale Handelskonflikte und Unsicherheiten bei Firmen konnten in 2020 weitestgehend beigelegt werden, aber die Corona-Pandemie führte zu einem Rückgang von Import und Export sowie der Ausrüstungsinvestitionen. Daneben reduzierten sich die privaten Konsumausgaben aufgrund der zeitweisen Geschäftsschließungen und der Beschränkungen bei den persönlichen Dienstleistungen. Die temporäre Umsatzsteuerreduktion dürfte aufgrund ihrer Anreizwirkung einem stärkeren Rückgang jedoch entgegengewirkt haben. Positive Wachstumsbeiträge gingen lediglich vom öffentlichen Sektor sowie von den Bauinvestitionen aus. Dennoch war der Arbeitsmarkt geprägt von steigender Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit.⁵ Die Wirtschaftsleistung in Deutschland wurde im Jahresdurchschnitt 2020 von weniger als 45 Millionen Erwerbstätigen mit Arbeitsort in Deutschland erbracht. Das sind 421.000 Personen weniger als im Jahr 2019.

⁵ Jahresgutachten 2020/2021 des Sachverständigenrats

Gesamtabschluss 2020



Quelle: Konjunkturprognose 2021/2022 vom 17.03.2021 S. 25 des Sachverständigenrats zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung.

Für das Jahr 2021 erwartet der Sachverständigenrat ein Wachstum des deutschen Bruttoinlandsproduktes von 3,1 %. Es wird davon ausgegangen, dass mit steigendem Impffortschritt die Eindämmung der Pandemie gelingt. Dies dürfte die von Kontaktbeschränkungen und Schließungen stark betroffenen Bereiche (stationärer Einzelhandel, personennahes Dienstleistungsgewerbe, Gastgewerbe, Veranstaltungsbranche und Freizeitbereiche) wieder beleben. Das „Vorkrisenniveau“ wird jedoch wohl erst wieder im Jahr 2022 erreicht.⁶

Neben dem Wirtschaftswachstum im Jahr 2021 wird eine höhere Inflationsrate prognostiziert. Die Ursachen hierfür liegen aber eher im „preiswerten“ Coronajahr 2020, so z. B. in der zeitweise gesenkten Umsatzsteuer und dem Absturz der Energiepreise im Jahr 2020. Daneben wurde ab Anfang 2021 die CO₂ Bepreisung eingeführt. Das ifo Institut geht im September 2021 davon aus, dass sich im Jahr 2021 die Inflationsrate auf 3 % belaufen wird.⁷

⁶ Konjunkturprognose 2021 und 2022 vom 17.03.2021 S. 25/26 des Sachverständigenrats zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung.

⁷ Pressemitteilung vom 15.09.2021 ifo Schnelldienst

Gesamtabschluss 2020

Auch die hessische Konjunktur erhielt durch die Corona Pandemie in 2020 einen deutlichen Dämpfer. Während der Geschäftsklimaindex der hessischen Wirtschaft zum Ende des Jahres 2020 noch unter 100 Punkten lag, stieg er im Frühsommer 2021 auf 104 Punkte. In der Wirtschaftsregion Wiesbaden erhöhte sich der Wert auf 109 Punkte (+12 Punkte). Ein Wert von 100 Zählern bildet die Grenze zwischen positiver und negativer Grundstimmung. Damit herrschte im Gegensatz zum Jahr 2020 im Frühsommer 2021 wieder eine positive Grundstimmung in der Region Wiesbaden sowie in Hessen.

Die aktuelle Geschäftslage in der Region Wiesbaden verbesserte sich seit der letzten Umfrage zu Beginn des Jahres 2021 zwar, bleibt aber durchwachsen. So bewerteten im Frühsommer 2021 36 % der hessischen Unternehmen ihre Geschäftslage als gut (+4 %), 24 % (-5 %) als schlecht und 40 % als zufriedenstellend (+1 %).

Auch die Geschäftserwartungen verbesserten sich in der Region Wiesbaden gegenüber dem Jahr 2020. Im Gegensatz zum Jahr 2020 hatten nun wieder mehr Unternehmer positive Geschäftserwartungen, als negative. Die Mehrheit der Betriebe (53 %) ging allerdings von gleichbleibenden Geschäften aus.

Die Beschäftigungslage blieb stabil. Nach wie vor ist der überwiegende Teil der Wiesbadener Unternehmer daran interessiert den Personalbestand zu halten (66%). Während im Herbst 2020 noch 23 % der Betriebe ihre Belegschaft verkleinern wollten, sind dies im Frühsommer 2021 nur noch 14 %. 20% der Unternehmen planten sogar die Vergrößerung ihrer Belegschaft.⁸

Die Arbeitslosenquote in Wiesbaden ist generell im Vergleich zu anderen hessischen Städten hoch und stieg zusätzlich bedingt durch die Corona Pandemie zum Stichtag 31.12.2020 auf 7,7 %. In ganz Hessen erhöhte sich die Arbeitslosenquote zum 31.12.2020 durchschnittlich auf 5,4 %. Ursache für die höhere Arbeitslosenquote in Wiesbaden im Vergleich zu anderen hessischen Städten, ist der Arbeitsmarkt in Wiesbaden, der durch eine geringe Aufnahmefähigkeit von geringqualifizierten bzw. ungelerten Kräften und einem hohen Bedarf an qualifizierten Fachkräften gekennzeichnet ist.⁹

⁸ Wirtschaftlicher Lagebericht der IHK Wiesbaden - Frühsommer 2021

⁹ Statistik der Arbeitsagentur für Hessen auf „statistik.arbeitsagentur.de“

Gesamtabschluss 2020

1.1.3 Geschäftsverlauf

Der finanzielle Geschäftsverlauf des Verbundes der Landeshauptstadt Wiesbaden ging im Berichtsjahr, aufgrund der Corona-Pandemie, mit deutlichen Ertragseinbußen bei den Steuereinnahmen und den Leistungsentgelten einher. Die Aufwendungen wurden zwar weitestgehend reduziert, dennoch lagen sie letztendlich über dem Vorjahresniveau. Lediglich durch die Unterstützungsleistungen, welche von Bund und Land zum Ausgleich der Mindereinnahmen (u. a. Verkehr, Gewerbesteuer) gezahlt wurden und der höheren Schlüsselzuweisungen, erzielte der Verbund ein konsolidiertes Jahresergebnis von 75,7 Mio. €, welches sich um 48,8 Mio. € gegenüber dem Vorjahr steigerte.

Steuern und Schlüsselzuweisungen

| in Mio. € | 31.12.2020 | 31.12.2019 | Veränderung |
|---|------------|------------|-------------|
| Gewerbesteuer (vor Gewerbesteuerumlage) | 314,4 | 347,8 | -33,4 ↓ |
| Einkommensteuer | 176,1 | 184,8 | -8,7 ↓ |
| Schlüsselzuweisungen | 233,6 | 156,0 | 77,6 ↑ |
| Grundsteuer (A + B) | 58,7 | 61,5 | -2,8 ↓ |

Die Gewerbesteuererträge i. H. v. 314,4 Mio. €¹⁰ lagen im Berichtsjahr 33,4 Mio. € unter denen des Vorjahres, ebenso verzeichneten die Einkommensteuer- und Grundsteuererträge einen Rückgang. Gegenläufig dazu fielen die Schlüsselzuweisungen aus dem Finanzausgleich um 77,6 Mio. € höher als im Vorjahr aus. Zudem erhielt die Kernverwaltung aufgrund der Corona-Pandemie eine Hilfe vom Land i. H. v. 51,2 Mio. €.

Neben den Steuererträgen reduzierten sich sowohl private als auch öffentliche Leistungsentgelte. Die ordentlichen Aufwendungen wiesen eine Steigerung von 21,0 Mio. € auf. So fielen im Berichtsjahr höhere Personalaufwendungen (527,6 Mio. €; +26,3 Mio. €), Abschreibungen (171,5 Mio. €; +17,6 Mio. €), Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse (135,3 Mio. €; +9,8 Mio. €) und Transferaufwendungen (414,8 Mio. €; +16,8 Mio. €) an, die durch die geringeren Versorgungsleistungen (67,1 Mio. €; -22,5 Mio. €), Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen (640,9 Mio. €; -17,4 Mio. €) und Steueraufwendungen einschließlich der gesetzlichen Umlageverpflichtungen (126,0 Mio. €; -10,9 Mio. €) nicht vollständig kompensiert werden konnten.

Die LHW beschäftigte in ihrem Verbund im Berichtsjahr durchschnittlich 8.625 Mitarbeitende. Dies sind 241 Mitarbeitende mehr als im Vorjahr.

¹⁰ Die Gewerbesteuererträge stehen nicht vollumfänglich zur Verfügung. Sie sind jeweils um die Gewerbesteuerumlage zu bereinigen.

Gesamtabschluss 2020

Stadtentwicklung und Wohnungsbau

Die **WVV Holding** erzielt neben ihrer Holdingfunktion Umsatzerlöse aus der Vermietung eigener Liegenschaften in Wiesbaden.

Unter den Vorräten wird unverändert die zum Verkauf bestimmte **Citypassage** (City I)¹¹ ausgewiesen. Diese wurde im Jahr 2016 mit dem Ziel erworben, das Objekt zusammen mit einem Nutzungskonzept und einem Bebauungsplan zur städtebaulichen Weiterentwicklung des Quartiers bzw. der Fußgängerzone an einen Erwerber zu veräußern. Die Veräußerung an den Kaufinteressenten „Development Partner“ kam nicht zustande. Deshalb begann im Mai 2021 ein neues EU-weites Interessenbekundungsverfahren (weitere Ausführungen dazu sind dem Kapitel 1.2 zu entnehmen).

Das in Teilen als Einzelkulturdenkmal geschützte **Gebäude „Walhalla“** kann aus statischen und brandschutztechnischen Gründen nicht genutzt werden, deshalb wurden bereits in Vorjahren Planungen zur Revitalisierung erstellt. Der vorgelegte Konzeptentwurf, der von einer kulturellen Nutzung ausgeht, sieht Kosten i. H. v. 40 Mio. € (brutto) für die Sanierung des Bestandsgebäudes inkl. der Errichtung von brandschutztechnisch notwendigen Erweiterungsflächen vor. Die Stadtverordnetenversammlung beschloss im Juli 2020 die Suche nach einem kulturellen Betreiber in Form eines europaweiten Vergabeverfahrens. Mit dem künftigen Betreiber kann das Sanierungs- und Neubaukonzept im Rahmen des wettbewerblichen Dialoges vertieft werden (weitere Ausführungen dazu sind dem Kapitel 1.2 zu entnehmen).

Die Wohnungsgesellschaften im Verbund nehmen eine bedeutende Rolle auf dem Wohnungsmarkt wahr. Sie versorgen im Interesse der Stadt breite Bevölkerungsschichten zu adäquaten Preisen mit Wohnraum. Mit 13.159 Wohnungen - davon rd. 4.000 Sozialwohnungen - gelten die GWW und die GeWeGe als größte Anbieter auf dem Wiesbadener Wohnungsmarkt. Hierbei steht insbesondere die langfristige Sicherung dieses Wohnungsbestandes zur sozialen Fürsorge und Grundversorgung im Vordergrund. Die Aktivitäten der Gesellschaften sind nicht nur auf eine reine Bestandsverwaltung der Wohnungen gerichtet, sondern berücksichtigen auch die Stadtgestaltung und den neuesten Stand der Technik. Dies alles dient der Erhöhung der Wohnqualität innerhalb der Stadt. Zudem erhält durch Mieterprivatisierung und dem Neubau von Eigentumswohnungen im Rahmen des Bauträgergeschäfts ein Teil der Bevölkerung die Möglichkeit Wohneigentum zu erwerben.

Das Geschäftsjahr 2020 der **GWW** wurde wesentlich durch die Corona-Pandemie beeinflusst. Im Bereich der gewerblichen Vermietungen wurden teilweise Mieten gestundet und im Bereich der Wohnungsvermietungen war ein erhöhter Leerstand durch verzögerte Vermietungsprozesse bemerkbar. Auf der anderen Seite profitierte die GWW insbesondere im Baubereich von der temporären Senkung der Umsatzsteuer. Die Umsatzerlöse stiegen leicht, was auf den Bezug von neuen Wohnungen und die Steigerung der Wohnungsmiete nach Mieterwechsel zurückzuführen ist. Durch die Mietpreispbremse und die Einschränkungen der Corona-Pandemie spielten Mieterhöhungen eher eine untergeordnete Rolle. Insgesamt wird der Geschäftsverlauf von der Geschäftsführung als positiv beurteilt.

¹¹ Die Liegenschaft Citypassage besteht aus den räumlich getrennten bebauten Flächen der Einkaufspassage Citypassage mit den benachbarten Grundstücken (City I) und der gegenüberliegenden Fläche mit dem Parkhaus City II und dem angrenzenden vermieteten Ärztehaus. Die Teilfläche City II übernahm die WVV Holding in den Immobilienbestand und vermietet diese dauerhaft.

Gesamtabschluss 2020

Das Geschäftsfeld der städtebaulichen Projektentwicklung wird insbesondere durch die Aktivitäten der **Stadtentwicklungsgesellschaft (SEG)** geprägt. Sie stellt die Verbindung zwischen den städtebaulichen Zielen der Stadt und den entsprechenden Flächennachfragern bzw. Nutzern dar. Der Tätigkeitsschwerpunkt der SEG, die städtebauliche Projektentwicklung, ist weiterhin mit stark schwankenden Umsätzen und vergleichsweise hohen Risiken verbunden. Dem wird jedoch durch die Vermietung des eigenen Immobilienbestandes mit konstanten Mittelzuflüssen und der Übernahme von Dienstleistungsaufträgen gegengesteuert. In der aktuellen Phase profitiert die SEG zudem von der grundsätzlich positiven Entwicklung des Immobilienmarktes und im Besonderen von der entsprechenden Situation im Rhein-Main-Gebiet. Das Unternehmensergebnis 2020 der SEG liegt zwar unter dem Vorjahr, relativiert sich aber vor dem Hintergrund, dass die im Jahr 2019 übermäßig hohen Erträge aus Grundstücksverkäufen¹² zu einem außergewöhnlich guten Ergebnis 2019 führten. Maßgeblich für das positive Jahresergebnis der SEG im Jahr 2020 sind die Erträge aus der Veräußerung von weiteren Grundstücken in den Entwicklungsgebieten Hainweg und Parkfeld. Dem entgegen laufen die Sanierungsmaßnahmen an der historischen Immobilie „Wilhelmstraße“.

Im Juni 2018 erwarb die SEG von der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben (BImA) die ehemalige US-Liegenschaft „American Arms“ an der Frankfurter Straße für über 20 Mio. €. Nach dem Abriss des markanten sternförmigen Gebäudes in 2019 ist ein neues Wohnquartier mit einem Nutzungsmix aus geförderten und frei finanzierten Wohnungen sowie einem Nahversorger vorgesehen. Die SEG schuf mit dem Verkauf von Teilflächen der Liegenschaft die wirtschaftliche Grundlage, um den zur Frankfurter Straße gewandten Teil selbst zu entwickeln. Im Jahr 2020 begannen die vorbereitenden Baumaßnahmen auf den verbliebenen Flächen (Quartier „Kaiserhof“). Die Baumaßnahmen sollen bis 2022 abgeschlossen sein.

Die **WiBau** übernimmt im Verbund die Aufgabe der Betreuung und Bewirtschaftung von Schulen sowie die Projektleitung beim Neubau von Schulen. Im Rahmen dessen wurden im Berichtsjahr drei weitere große Generalübernehmerverträge für den Bau von Schulen bzw. der Sanierung eines Bürgerhauses sowie zusätzliche Einzelaufträge abgewickelt. Weiterhin setzte die WiBau ihre erarbeiteten Kompetenzen im Bereich Vergabe von Leistungen ein und plant diese verstärkt anzubieten.

Der **WIM Liegenschaftsfonds GmbH & Co. KG** (WIM Fonds) bewirtschaftet Gebäude mit historischer Bedeutung. Der Geschäftsverlauf ist in 2020 gekennzeichnet durch einen Jahresfehlbetrag. Im Wesentlichen lag dies daran, dass im Berichtsjahr keine Verkaufserlöse erzielt wurden. Neben der Verwaltung des Immobilienbestandes beschäftigte sich die Gesellschaft mit der Fertigstellung des Objektes „Karl-Glässing-Straße“, der Fortführung der Neubautätigkeit in der Ellenbogengasse sowie der Sanierung der Liegenschaft „Walkmühle“.

Insgesamt kann für die Sparte Immobilienwirtschaft und Stadtentwicklung, trotz des Umsatzrückganges ein positiver Geschäftsverlauf festgestellt werden.

Versorgung

Die ESWE Versorgungs AG, die SW Netz GmbH sowie die WLW übernehmen im Verbund die Aufgabe der Versorgung der Bevölkerung mit Strom, Gas, Fernwärme und Wasser.

¹² Im Jahr 2019 wurden Grundstücke aus den Entwicklungsgebieten American Arms, Abraham Lincoln Str. sowie wesentliche Teile des Hainwegs und des Parkfelds verkauft.

Gesamtabschluss 2020

Die Umsatzerlöse im Bereich **Energieversorgung** verringerten sich leicht im Vergleich zum Vorjahr. Die Ursachen lagen in der Corona-Pandemie, aber auch in der verhältnismäßig milden Witterung gegenüber dem Vorjahr. So gingen die Stromerlöse, die Gaserlöse und die Erlöse aus Wärme mengenbedingt zurück. Da sich die Absatzrückgänge in der Beschaffungsmenge widerspiegelten, reduzierten sich die Beschaffungskosten entsprechend. Daneben wurden höhere Beteiligungserträge erzielt. Diese sind auf das höhere Jahresergebnis der Kraftwerke Mainz-Wiesbaden AG (KMW) zurückzuführen. Das anteilige Jahresergebnis der KMW (18,6 Mio. €; +5,5 Mio. €) konnte das negative Ergebnis der Windbeteiligungen sowie des Müllheizkraftwerkes (MHKW)¹³ von insgesamt - 0,4 Mio. € überkompensieren. Somit verbesserte sich das Jahresergebnis und negative wirtschaftliche Pandemiefolgen konnten in diesem Bereich vermieden werden.

Neben den klassischen Energiefeldern gewinnen die energienahen Dienstleistungen, wie Energieaudits, Wärmeanlagen-Contracting, Beleuchtungs-Contracting, Smart-Home-Produkte sowie Ladeinfrastruktur-Contracting zunehmend an Bedeutung.

Seit 2012 wird die Wasserversorgung in der Landeshauptstadt Wiesbaden in öffentlich-rechtlicher Form durch den städtischen Eigenbetrieb **WLW** wahrgenommen. Die gesamte Netzeinspeisung - der Wasserbezug - betrug im Jahr 2020 16,5 Mio. m³ (Vorjahr 16,0 Mio. m³). Unter Berücksichtigung von Netzverlusten und Messdifferenzen belief sich die nutzbare Wasserabgabe im Jahr 2020 auf 15,5 Mio. m³ (Vorjahr 14,9 Mio. m³).

Grundsätzlich erhöhten sich die Umsatzerlöse im Rahmen der Wasserversorgung auch nach Konsolidierung mehr als die Aufwendungen im Vergleich zum Vorjahr. Deshalb verringerte sich der Jahresverlust. Aufgrund der Änderung des Verfahrens hinsichtlich der Konsolidierung der Innenumsatzerlöse mit den Innenaufwendungen zwischen den verbundenen Unternehmen, kommt es hier allerdings zu einmaligen Verschiebungen zwischen Umsatzerlösen und sonstigen Aufwendungen.

Die **WITCOM** erzielte im Wesentlichen Verkaufserlöse mit der Bereitstellung von Datendiensten, Kabelinfrastruktur, Standortanbindungen, IT-Infrastruktur sowie DataCenter-Dienstleistungen. Im Geschäftsjahr gelang es durch die Gewinnung von Neukunden das Projektvolumen und somit die Umsätze zu steigern.

Entsorgung

Für die fachgerechte Beseitigung der im Stadtgebiet anfallenden Abfälle und Abwässer sowie für die Gewährleistung der Straßenverkehrssicherungspflicht im Winter sind der Eigenbetrieb ELW sowie seine Beteiligungen zuständig.

Im Vergleich zum Vorjahr gingen die Leistungsentgelte im Bereich Entsorgung um 1 % auf 79,2 Mio. € zurück. Der größte Anteil an den Leistungsentgelten wurde im Bereich Abwasser mit 40 Mio. € erwirtschaftet.

Die gebührenpflichtige Frischwassermenge, die der Maßstab für die Berechnung der Schmutzwassergebühr ist, erhöhte sich im Vergleich zum Vorjahr nur unwesentlich. Die versiegelte Fläche, welche die Basis zur Ermittlung der Niederschlagswassergebühr darstellt, ist

¹³ Im Jahr 2019 erwarb die ESWE Versorgung Anteile i. H. v. 24,5 % an der Gesellschaft MHKW GmbH.

Gesamtabschluss 2020

gegenüber dem Vorjahr nahezu konstant (+0,1 %) geblieben. Jährlich neu hinzu kommende versiegelte Flächen einerseits und Entsiegelungsmaßnahmen andererseits neutralisierten sich in ihren Auswirkungen auf die Gebührenhöhe gegenseitig fast.

Das Restabfallvolumen, gemessen über die Summe der Restabfallbehälter unter Berücksichtigung des Fassungsvermögens in Liter und der Leerungshäufigkeit, blieb nahezu unverändert gegenüber dem Vorjahr 2019.

Da die Ablagerungskapazitäten auf der Deponie begrenzt sind und die Genehmigungsverfahren für die Erweiterung schleppend verlaufen, wurden restriktive Maßnahmen ergriffen um die Mengen zu reduzieren. Somit wurden die bereits im Jahr 2018 und 2019 gegenüber den Vorjahren rückläufigen Mengen im Jahr 2020 erneut um 10 % auf 158.742 Tonnen reduziert.

Im Berichtsjahr 2020 gab es Gebührenanpassungen bei den Abfall- und Straßenreinigungsgebühren. Die Abwassergebühren blieben unverändert.

Die **MBA Wiesbaden GmbH** ist insbesondere zuständig für Abfälle, die nicht aus privaten Haushalten kommen und der thermischen Verwertung zuzuführen sind. Im Verlauf des Geschäftsjahres 2020 wirkten sich das erfreuliche Ausschreibungsergebnis zur Restabfallentsorgung, in welchem ein unter Marktpreis liegendes über Jahre stabiles Preisniveau für die Abfallverwertung und -beseitigung erreicht werden konnte und die Teilfortführung des RMA Vertrages positiv aus. Die Umsätze erhöhten sich leicht. Auch in diesem Jahr fielen ausschließlich Abfälle zur Beseitigung (AzB) und keine Abfälle zur Verwertung (AzV) an. Den Umsatzerlösen stehen gestiegene Aufwendungen für bezogene Leistungen gegenüber. Das positive Jahresergebnis lag unter dem Vorjahr.

Die MBA ist neben den jeweils 40 % igen Beteiligungen an der DBW Recycling GmbH & Co KG und an der DBW Recycling Verwaltungs GmbH, zu 5 % an der ESWE BioEnergie GmbH beteiligt.

Verkehr

Die **ESWE Verkehrsgesellschaft mbH** (ESWE Verkehr) stellt die Beförderung von Personen und Gütern sicher und übernimmt die damit im Zusammenhang stehenden Dienstleistungen. Das Geschäftsjahr 2020 war insbesondere von zwei maßgeblichen Ereignissen geprägt, der Corona-Pandemie und der Beendigung des CityBahn Projektes. Infolge der Corona-Pandemie hat sich das Mobilitätsverhalten der Nutzer des ÖPNV im März 2020 spürbar verändert. Die Fahrgastzahlen im Verkehrsgebiet gingen auf 40,4 Mio. Fahrgäste (Vorjahr 61,2 Mio.) zurück und die Umsatzerlöse im Linienverkehr reduzierten sich um 11 Mio. € auf 42,7 Mio. €. Der durch die Corona-Pandemie entstandene Umsatzrückgang wurde allerdings zu 100% aus dem ÖPNV Rettungsschirm vom Bund und Land Hessen ausgeglichen. Die Fördergelder i. H. v. 12 Mio. € sind in den sonstigen betrieblichen Erträgen enthalten. Daneben fielen weniger Aufwendungen für Treibstoffe an.

Das zweite maßgebliche Ereignis, die Beendigung des CityBahn Projektes, verursachte zusätzliche Aufwendungen im Berichtsjahr und belastete damit das Jahresergebnis. Nachdem sich am 1. November 2020 die Mehrheit der Wiesbadener Bürger in einem Bürgerentscheid gegen den Bau der CityBahn ausgesprochen hat, waren die bisher aktivierten Projektkosten bei der ESWE Verkehr auszubuchen. Die Liquidation der Gesellschaft CityBahn GmbH zum

Gesamtabschluss 2020

31. Dezember 2020 wurde beschlossen. Der Verlust aus dem Anlagenabgang von 6,7 Mio. € ist in den außerordentlichen Aufwendungen enthalten.

Überdies wurde im Berichtsjahr weiter an den Themen des Green City Plans der Landeshauptstadt Wiesbaden und dem damit verbundenen Ausbau des emissionsfreien ÖPNV gearbeitet. Im ersten Quartal 2020 begannen der Umbau des Betriebshofes sowie der Werkstattgebäude. Bis Ende des Berichtsjahres wurde die Batteriebusflotte um 21 eCitaros erweitert auf nunmehr 31 Batteriebusse. Ein weiterer Bestandteil zum Ausbau des emissionsfreien ÖPNV ist das EU-Förderprojekt „H₂Bus Rhein-Main - emissionsfreier Nahverkehr in der Metropolregion“. Zur Anschaffung der H₂-Busse erfolgte eine europaweite Ausschreibung.

Die Personalaufwendungen erhöhten sich aufgrund von Personalzuwächsen wie auch Tarifsteigerungen und der Auszahlung der Corona-Prämie. Nach Berücksichtigung aller Erträge und Aufwendungen erhöhte sich der Jahresfehlbetrag gegenüber dem Vorjahr von -29 Mio. € auf -41 Mio. € (vor Konsolidierung).

Soziales

Durch soziale Leistungen entstanden Transferaufwendungen i. H. v. 414,8 Mio. € (Vj. 397,9 Mio. €). Diese entfallen mit 226,5 Mio. € auf Leistungen an natürliche Personen nach dem SGB II (Grundsicherung für Arbeitsuchende), mit 92,3 Mio. € auf Leistungen an natürliche Personen nach dem SGB XII (u. a. Grundsicherung im Alter) und mit 95,8 Mio. € auf sonstige soziale Leistungen.

Unter dem Dach der „**EGW Gesellschaft für ein gesundes Wiesbaden mbH**“ (EGW) wird die HELIOS Dr. Horst Schmidt Kliniken Wiesbaden GmbH geführt. Ziel ist, unter strategischer Steuerung der EGW einzelne Aktivitäten der Landeshauptstadt Wiesbaden im Bereich Gesundheit zu bündeln und zu koordinieren, um die Landeshauptstadt Wiesbaden als Gesundheitsstadt zu profilieren und zu stärken. Im Berichtsjahr befasste sich die EGW insbesondere mit dem Aufbau eines Gesundheitsportals zur schnelleren und besseren Behandlung von Patienten (medAQ / mymedAQ). Die digitale Gesundheitsplattform ist seit September 2020 online. Die Corona-Pandemie wirkte sich im begrenzten Maß auf die Vermarktung des Gesundheitsportals aus. Die geplanten Werbemaßnahmen, wie Litfaßsäulen und Werbeplakate, hatten unter Lockdown-Bedingungen nicht die gewünschte Wirkung. Infolge dessen wurden Kampagnen in den Online-Bereich verschoben. Erträge aus der Vermarktung des Portals werden erst mit Verzögerung realisiert werden können. Darüber hinaus gehende geplante Veranstaltungen, wie z. B. der Rhein-Main-Impftag, konnten nur digital abgehalten werden. Dadurch sanken zwar die Veranstaltungskosten, aber es wurden auch weniger Sponsorengelder als erwartet erzielt.

Zum 1. Januar 2020 wurden die **HSK Pflege GmbH** sowie die **Feierabendheim Simeonhaus GmbH** zu Buchwerten auf die EGW verschmolzen.

Der Jahresüberschuss der EGW im Berichtsjahr ist im Wesentlichen auf die Auflösung einer Rückstellung zurückzuführen. Die Rückstellung wurde ursprünglich für mögliche Rückforderungsansprüche aus dem Anteilskaufvertrag mit der Rhön-Klinikum AG gebildet. Aufgrund einer vertraglichen Vereinbarung mit der Helios Kliniken GmbH wurde die EGW von dieser Verpflichtung freigestellt.

Gesamtabschluss 2020

Die **HELIOS Dr. Horst Schmidt Kliniken Wiesbaden GmbH (HSK)** weist 1.027 Betten aus. Im Geschäftsjahr 2020 wurden im Krankenhaus insgesamt 39.869 Patienten stationär und teilstationär behandelt (Vorjahr 44.460). Die durchschnittliche Verweildauer betrug 5,8 Tage (Vorjahr 5,9 Tage). Der Klinik-Neubau konnte im Berichtsjahr vorangetrieben werden. So wurde die Außenfassade fertig gestrichen, alle Fenster eingesetzt und der Innenausbau angegangen. Der siebenstöckige Neubau soll rd. 1.100 Betten aufnehmen und eine Bruttogeschossfläche von knapp 100.000 Quadratmetern aufweisen. Die Geschäftsführung geht von einer Inbetriebnahme in 2022 aus.

Der Geschäftsverlauf der **Altenhilfe GmbH (AHW)** war bestimmt durch die Corona-Pandemie. Die Änderungen von Arbeitsweisen und -strukturen, die Umsetzung und Einhaltung immer neuer Verordnungen und Schutzkonzepte sowie die seit Ende 2020 bestehende Testverpflichtung von Bewohnern, Mitarbeitenden und Besuchern belasteten insbesondere das Pflege- und Betreuungspersonal sehr stark. Wirtschaftliche Auswirkungen der Pandemie konnten aber weitestgehend vermieden werden, da coronabedingte Mehrausgaben und Mindereinnahmen über den Pflegeschutzschirm nach § 150 SGB XI erstattet wurden. Daneben gelang es trotz pandemiebedingter Aufnahmestopps und Belegungseinbrüche im Geschäftsjahr 2020, die Auslastung beider Häuser auf Vorjahresniveau zu stabilisieren bzw. noch leicht zu erhöhen. Während die Auslastung des Moritz - Lang Hauses mit 126 Pflegeplätzen auf 95 % gesteigert wurde, gelang es im Toni-Sender-Haus mit 113 Pflegeplätzen, die Auslastung auf 95 % zu halten. Somit konnten die Erträge aus der vollstationären Pflege, der Kurzzeitpflege sowie aus Unterkunft und Verpflegung, verstärkt noch durch die Pflegesatzerhöhung zum 01. August 2020, gesteigert werden.

Da die Erstattung von Investitions- und Instandhaltungskosten im Rahmen des Pflegeschutzschirms nach § 150 SGB XI nicht möglich war, wurden diese soweit möglich zurückgestellt.

Die **Wiesbadener Jugendwerkstatt gemeinnützige GmbH (WJW)** stellt für die berufliche Integration und Reintegration arbeitsloser oder von Arbeitslosigkeit bedrohter Menschen geeignete Angebote im Bereich der Berufsvorbereitung, Ausbildung / Umschulung und Beschäftigung bereit. Gemäß Satzungsauftrag handelt es sich um Menschen, die am sogenannten ersten Arbeitsmarkt keine Chance hatten, weil oft multiple Vermittlungshemmnisse vorlagen. Die Domäne Mechtildshausen ist das Aushängeschild der WJW. Das Jahr 2020 war geprägt durch die Corona-Pandemie und deren Folgen. Während des ersten Lockdowns im Frühjahr des Geschäftsjahres bestand ein sogenanntes physisches Kontaktverbot für nahezu alle Teilnehmenden, die zu einem großen Teil über alternative Formate auszugleichen waren, zum Beispiel per Video-Konferenzen. Die angeordnete Schließung der Gastronomie in zwei Blöcken im Frühjahr und ab November des Jahres ließ die Erlöse der Gastronomie in diesen Zeiträumen gegen Null gehen. Da der Ausbildungsbetrieb aber aufrecht zu halten war, konnten die Fixkosten (insbesondere Personalkosten) nicht wie in anderen gastronomischen Betrieben mehr oder weniger vollständig durch Kurzarbeit abgesenkt werden. In der Folge verringerte sich das Gastronomieergebnis deutlich. Schwer wiegt auch, dass im Berichtsjahr coronabedingt weniger Jugendliche ihre Ausbildung bei der WJW begannen als im Schnitt der früheren Jahre. Dies wird zwangsläufig in den Folgejahren zu geringen Erlösen aus diesem (wichtigsten) Geschäftszweig des Unternehmens führen. Erfreulicherweise gab es eine gesteigerte Nachfrage nach Bio-Produkten und nachhaltig erzeugten Lebensmitteln. Der Umsatz mit Handelsware und Eigenerzeugnissen (insbesondere Fleischerzeugnissen) stieg. Dem von der Ge-

Gesamtabschluss 2020

schäftsführung vorgelegten Umbauprogramm (Konzept zur Weiterentwicklung und Zukunftssicherung der WJW) wurde am 24.09.2020 im Aufsichtsrat und in der Folge in den Gremien der Landeshauptstadt Wiesbaden zugestimmt. Die wesentlichen Veränderungen aus diesem Umbauprogramm sind die konsequente Fokussierung auf den Satzungszweck „Bildungsträger“ mit der folgerichtigen Reduzierung des landwirtschaftlichen Betriebes u. a. durch die deutliche Reduzierung des Tierbestandes und das perspektivische Aufgeben größerer landwirtschaftlicher Flächen, vor allem außerhalb des Wiesbadener Stadtgebietes. Diverse weitere Veränderungen betreffen verschiedene Geschäftszweige und führten u. a. zur Einstellung der defizitären eigenen Erzeugung verschiedener Käsesorten und zur Schließung eines der gastronomischen Betriebe. Im Geschäftsjahr 2020 wurden die geplanten Umsätze trotz der fehlenden Einnahmen aus der Gastronomie nur relativ knapp verfehlt. Die im Vergleich zum Vorjahr höheren Erlöse aus Ausbildung, Beschäftigung und Qualifizierung sowie die verbesserten Einnahmen aus der Herstellung und dem Handel mit Bio-Produkten konnten die Umsatzeinbußen im gastronomischen Bereich im Wesentlichen kompensieren. Das Jahresergebnis ist zwar negativ, aber dennoch besser als geplant.

Tourismus und Sonstiges

Der Eigenbetrieb **TriWiCon** bildet das Dach über die Messe-, Kongress- und Veranstaltungsaktivitäten. Die TriWiCon legt die strategische Gesamtausrichtung der Aufgabenwahrnehmung fest und steuert, koordiniert und unterstützt die operative Tätigkeit der Wiesbaden Congress und Marketing GmbH. Zudem übernimmt der Eigenbetrieb die Eigentümerfunktion der drei Veranstaltungshäuser RheinMain CongressCenter, Kurhaus und Jagdschloss Platte.

Die **Wiesbaden Congress und Marketing GmbH (WiCM GmbH)** ist Betreiberin der drei Veranstaltungshäuser Jagdschloss Platte, RheinMain CongressCenter und Kurhaus. Zudem obliegt der Gesellschaft die Verantwortung für die nationale sowie internationale Vermarktung der Landeshauptstadt Wiesbaden als Messe- Kongress- und Tagungsstandort sowie als Tourismusziel. Sie organisiert Veranstaltungen im öffentlichen Raum, kreiert zielgruppenorientierte Werbemittel, verantwortet die städtische Internetplattform und betreibt die Tourist Information Wiesbaden. Sie sorgt für die Umsetzung von Stadtmarketingaktivitäten auf lokaler Ebene.

Der Geschäftsverlauf im Jahr 2020 war geprägt durch die besondere Situation der Coronapandemie und den daraus resultierenden Folgen. Aufgrund der Verfügungen des Landes Hessen und der Landeshauptstadt Wiesbaden zur Eindämmung der Ausbreitung von COVID-19 ergaben sich für die WiCM GmbH und den Eigenbetrieb TriWiCon erhebliche Auswirkungen und Einschnitte. Veranstaltungen waren nur noch bei besonderem öffentlichem Interesse und mit Genehmigung der zuständigen Behörde zulässig und die Lockdowns führten zu Stornierungen von bereits geplanten Veranstaltungen in den drei Veranstaltungshäusern. Die Einschränkungen betrafen aber auch Märkte und Veranstaltungen im öffentlichen Raum, die abgesagt bzw. verschoben werden mussten. So ist der Kartenvorverkauf im Geschäftsfeld Tourist Service eingebrochen. Daneben fielen die Einnahmen aus Kurbeiträgen deutlich geringer aus. Insgesamt ist ein erheblicher Umsatzeinbruch zu verzeichnen. Die Veranstaltungsabsagen führten zwar auch zur Reduzierung von Materialaufwendungen, auch wurden aktiv Maßnahmen ergriffen, die zu geringeren Personalaufwendungen sowie sonstigen betrieblichen Aufwendungen führten, dennoch schloss das Geschäftsjahr mit einem deutlichen Defizit ab.

Gesamtabschluss 2020

Die TriWiCon verfügt über ein Festgeldguthaben bei der Greensill Bank AG, Bremen, in Höhe von 5,0 Mio. €, welches aufgrund der Einheitlichkeit, wie das Termingeldguthaben der Kernverwaltung LHW (15 Mio. €) im Gesamtabschluss 2020 vollständig abgeschrieben wurde.

Der Eigenbetrieb **mattiaqua** betreibt die städtischen Einrichtungen in den Bereichen Gesundheit / Wellness¹⁴, Freizeit¹⁵ sowie Sport¹⁶. Darüber hinaus obliegt ihm die Sicherstellung der Nutzung von Thermalquellen und der Versorgung des Stadtgebietes mit Thermalwasser. Der Geschäftsverlauf im Berichtsjahr war geprägt von der Corona-Pandemie. So kam es aufgrund der coronabedingten Schließungen der Einrichtungen zu einem deutlichen Umsatzeinbruch aus Besuchen. Die Besucherzahlen reduzierten sich von 1,3 Mio. auf 0,5 Mio. Die in den sonstigen Erträgen enthaltenen November und Dezemberhilfen von 0,7 Mio. € konnten die Umsatzrückgänge nicht kompensieren. Personalaufwand, Aufwendungen für Energie- und Wasserbezug, Abschreibungen und Aufwendungen für Instandhaltung und Fremdleistungen lagen zwar wegen der pandemiebedingten Schließungen der Schwimmbäder deutlich unter dem Vorjahres-Niveau, dennoch verschlechterte sich das Jahresergebnis bei einer Betrachtung ohne Berücksichtigung des höheren Betriebskostenzuschusses.

Die Stadtverordnetenversammlung hat in ihrer Sitzung am 21.12.2017 (mit Beschluss Nr. 0533 zur SV 17-V-86-0004) dem Ersatzneubau des Freizeitbades Mainzer Straße sowie der Eis-sportfläche mit Saunaanlage mit einem voraussichtlichen Investitionsvolumen von über 63 Mio. € zugestimmt. Nach Abschluss der Vorentwurfsplanung inkl. Kostenschätzung werden nunmehr Gesamtkosten in Höhe von 98,5 Mio. € erwartet. Die Stadtverordnetenversammlung hat am 10.12.2020 von der Kostensteigerung Kenntnis genommen. Im Berichtsjahr wurden finanzielle Mittel von 0,7 Mio. € in den neuen Sportpark Rheinhöhe investiert.

¹⁴ Dazu gehören das Thermalbad Aukammtal und die Kaiser-Friedrich-Therme

¹⁵ Dazu gehören die Freibäder Kallebad, Maarau und Opelbad sowie die Rettbergsauen, Unter den Eichen und die Henkell Kunsteisbahn

¹⁶ Hierzu gehören Frei- und Hallenbad Kleinfeldchen, Hallenbad Mainzer Straße (früher „ESWE Freizeitbad“) und Hallenbad Kostheim

Gesamtabschluss 2020

1.1.4 Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Die Unternehmen und Eigenbetriebe der Landeshauptstadt Wiesbaden erfüllen den öffentlichen Zweck der Daseinsvorsorge. In den Darstellungen auf den folgenden Seiten werden der Unternehmenszweck der einzelnen Sparten beschrieben und die dazu gehörenden Gesellschaften aufgeführt.

WVV

WVV

Erwerb, Verwaltung und Veräußerung von Beteiligungen an anderen Unternehmen sowie die Erbringung von Dienstleistungen für verbundene Unternehmen.

- WVV Wiesbaden Holding GmbH*
- Beteiligungsgesellschaft WVV Wiesbaden Holding GmbH*

Versorgung

Versorgung

Versorgung mit Energie (Wärme, Gas, Strom) und Wasser sowie Betrieb und Bau der dafür notwendigen Anlagen und Netze.

- Wasserversorgungsbetriebe der Landeshauptstadt Wiesbaden (WLW)
- ESWE Versorgungs AG*
- Stadtwerke Wiesbaden Netz GmbH*
- ESWE BioEnergie GmbH*
- ESWE Taunuswind GmbH*
- ESWE Windpark GmbH*
- ESWE Windpark Uettingen GmbH & Co. KG*
- Kraftwerke Mainz-Wiesbaden AG (KMW)*
- Windpark Bad Camberg GmbH & Co. KG*
- Windkraft Kahlenberg GmbH & Co. KG*
- Bürgersolaranlagen Wiesbaden GmbH
- THEE ESWE Windparkbeteiligungs GmbH & Co. KG*
- THEE ESWE Windparkbeteiligungs Verwaltungs GmbH*

**Gesellschaften innerhalb des WVV-Teilkonzerns*

Entsorgung

Entsorgung

Fachgerechte Beseitigung der im Stadtgebiet anfallenden Abfälle und Abwässer, die Behandlung und Verwertung von Abfällen sowie die Gewährleistung der Straßenverkehrssicherungspflicht im Winter.

- Entsorgungsbetriebe der Landeshauptstadt Wiesbaden (ELW)
- MBA Wiesbaden GmbH
- DBW Recycling GmbH & Co. KG
- DBW Recycling Verwaltungs GmbH
- Abwasserverband Flörsheim
- MHKW Wiesbaden GmbH*

Verkehr

Verkehr

Beförderung von Personen und Gütern bzw. Erstellung von Dienstleistungen im Zusammenhang mit der Beförderung von Personen und Gütern.

- ESWE Verkehrsgesellschaft mbH*
- Verkehrs-Verbund Mainz-Wiesbaden GmbH*
- CityBahn GmbH* (Auflösung zum 31.12.2020)

*Gesellschaften innerhalb des WVV-Teilkonzerns

Wohnbau

Wohnbau

Sichere und sozial verantwortbare Wohnraumversorgung der breiten Schichten der Bevölkerung sowie Errichtung, Betreuung, Bewirtschaftung und Verwaltung von Bauten in allen Rechts- und Nutzungsnormen. Erwerb, Belastung und Veräußerung von Grundstücken sowie die Ausgabe von Erbbaurechten.

- GeWeGe Wohnungsgesellschaft der Stadt Wiesbaden mbH*
- GWW Wiesbadener Wohnbaugesellschaft mbH*

Gewerbeimmobilien, Stadtentwicklung & Bau

Gewerbeimmobilien, Stadtentwicklung & Bau

Vorbereitung und Durchführung von Maßnahmen der Stadtentwicklung auf der Grundlage städtebaulicher Entwicklungskonzepte sowie die Besorgung der städtebaulichen Planung.

Erwerb, Veräußerung, Verwaltung und Bewirtschaftung von Grundstücken sowie die Durchführung von Baumaßnahmen durch Dritte auf eigenen Grundstücken, die Betreuung von Bau- und Sanierungsvorhaben der Stadt und Übernahme entsprechender Projektmanagementaufgaben.

Des Weiteren die Entwicklung, Projektierung, Erstellung und das Facility-Management von Immobilien.

- SEG Stadtentwicklungsgesellschaft Wiesbaden mbH*
- WiBau GmbH*
- EGM Entwicklungsgesellschaft Metropolregion Rhein-Main mbH*
- GWI Gewerbeimmobilien GmbH*
- WIM Liegenschaftsfonds GmbH & Co. KG*

**Gesellschaften innerhalb des WVV-Teilkonzerns*

Kliniken und Altenpflege

Kliniken und Altenpflege

Förderung des öffentlichen Gesundheitswesens und der Altersfürsorge durch das Errichten bzw. Betreiben von Alten- und Pflegeheimen sowie eines Großklinikums.

Erbringung stationärer und ambulanter Krankenhausleistungen sowie bedarfs- und leistungsgerechte stationäre bzw. teilstationäre Pflege bzw. Betreuung alter oder pflegebedürftiger Menschen.

- Altenhilfe Wiesbaden GmbH (AHW)
- EGW Gesellschaft für ein gesundes Wiesbaden mbH
- HELIOS Dr. Horst Schmidt Kliniken Wiesbaden GmbH

Messe & Kongress

Messe & Kongress

Betrieb des Kurhauses, der Rhein-Main-Hallen, Konzeption, Organisation und Durchführung von Veranstaltungen, insbesondere von Messen und Kongressen in Wiesbaden. Stärkung des Tourismus und der Wettbewerbsfähigkeit der LHW gegenüber anderen Städten und Regionen sowie als Messe- und Kongressstandort.

- Wiesbaden Congress & Marketing GmbH
- TriWiCon Eigenbetrieb für Messen, Kongresse und Tourismus

Soziales und Andere

Ausbildung und Beschäftigung

Förderung von Existenzgründung durch Qualifizierung von Existenzgründungswilligen aus benachteiligten Gruppen des Arbeitsmarktes sowie Integration / Reintegration arbeitsloser und von Arbeitslosigkeit bedrohter Menschen durch Bereitstellung von Angeboten im Bereich Berufsvorbereitung, Ausbildung / Umschulung, Beschäftigung und Unterstützung beim Übergang in den Beruf.

- WJW - Wiesbadener Jugendwerkstatt GmbH
- EXINA GmbH

Informationstechnik

Erbringung von Leistungen der elektronischen Datenverarbeitung und Telekommunikationsdienstleistungen sowie hiermit zusammenhängende Leistungen.

- WIVERTIS Gesellschaft für Informations- und Kommunikationsdienstleistungen mbH
- WITCOM Wiesbadener Informations- und Telekommunikationsgesellschaft mbH*

Andere

Förderung der öffentlichen Gesundheitspflege durch Betrieb der städtischen Einrichtungen in den Bereichen „Gesundheit / Wellness“, „Frei- und Hallenbäder“ und „Freizeit“ sowie die Sicherstellung der Nutzung von Thermalquellen und der Versorgung im Stadtgebiet mit Thermalwasser.

- - mattiaqua - Eigenbetrieb der Landeshauptstadt Wiesbaden für - Quellen - Bäder - Freizeit

Führung und Betrieb des Stadtmuseums. Bewahrung und Erweiterung der historischen Sammlungen. Auswertung der Museumsbestände und deren geschichtliche Zusammenhänge durch Forschung, Dokumentation und Publikation mit dem Ziel der Allgemeinheit Kenntnisse hierüber zu vermitteln.

- Stiftung Stadtmuseum Wiesbaden

*Gesellschaften innerhalb des WVV-Teilkonzerns

Gesamtabschluss 2020

Der Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks lässt sich anhand der folgenden Kennzahlen nachvollziehen. Weitergehende Informationen können dem Beteiligungsbericht für 2020 entnommen werden.

| Kennzahlen | 31.12.2020 | 31.12.2019 | 31.12.2018 |
|---|------------|-------------------|------------|
| Ver- und Entsorgung, Verkehr | | | |
| Versorgung: | | | |
| Nutzbare Abgabe Vertrieb Strom (MWh) | 878.627 | 958.372 | 988.328 |
| Nutzbare Abgabe Vertrieb Gas (MWh) | 1.938.413 | 2.107.219 | 2.014.586 |
| Netzausspeisung Wasser (Tm ³) | 15.462 | 14.872 | 15.066 |
| Durchschnittlicher Wasserverbrauch je Einwohner (m ³) | 59,1 | 56,9 | 57,7 |
| Nutzbare Abgabe Fernwärme (MWh) | 249.731 | 256.640 | 239.852 |
| Länge des Fernwärmenetzes (km) | 116 | 114 | 113 |
| Entsorgung: | | | |
| Abwasserbeseitigung (Tm ³) | 26.502 | 26.621 | 26.759 |
| Straßenreinigung (Berechnungsmeter) | 863.753 | 856.734 | 847.710 |
| Deponie- Anlieferung und Ablagerung (Tonnen) | 158.742 | 174.074 | 293.835 |
| Verkehr: | | | |
| Linienlänge (km) | 688 | 646 | 665 |
| Beförderungsfälle (Tsd.) | 40.419 | 61.156 | 59.390 |
| Platzkilometer im Linienverkehr (Mio. km) | 1.015 | 1.035 | 1.015 |
| Platzausnutzung im Linienverkehr (%) | 19,9 | 29,6 | 29,3 |
| Stadtentwicklung und Wohnungsbau | | | |
| Anzahl Wohnungen | 13.524 | 13.532 | 13.067 |
| Wohnfläche in m ² | 879.626 | 873.821 | 843.157 |
| Soziales, Altenpflege, Ausbildung und Beschäftigung | | | |
| Auslastung Altenhilfe (%) | 95 | 94 | 92 |
| Auszubildende inkl. Umschüler | 420 | 302 ¹⁷ | 329 |
| Sonstiges | | | |
| Anzahl Besucher Mattiaqua | 453.000 | 1.314.000 | 1.431.000 |

¹⁷ Stand: 31.07.2019 / ohne Rumpfgeschäftsjahr

Gesamtabschluss 2020

1.1.5 Vermögenslage:

| | 31.12.2020 | | 31.12.2019 | |
|---|--------------|------------|--------------|------------|
| | Mio. € | % | Mio. € | % |
| Aktivseite | | | | |
| Langfristig | | | | |
| Immaterielle Vermögensgegenstände | 28 | | 32 | |
| Sachanlagevermögen | <u>3.650</u> | | <u>3.503</u> | |
| | 3.678 | 73 | 3.535 | 72 |
| Finanzanlagen, NASPA | 721 | 14 | 666 | 14 |
| Forderungen und sonstige VG | <u>59</u> | <u>1</u> | <u>38</u> | <u>1</u> |
| | 4.458 | 88 | 4.239 | 87 |
| Kurzfristig | | | | |
| Vorräte | 98 | 2 | 89 | 2 |
| Forderungen und ARAP | 161 | 3 | 211 | 4 |
| Flüssige Mittel | <u>355</u> | <u>7</u> | <u>354</u> | <u>7</u> |
| | 614 | 12 | 654 | 13 |
| | <u>5.072</u> | <u>100</u> | <u>4.893</u> | <u>100</u> |
| | ===== | ===== | ===== | ===== |
| Passivseite | | | | |
| Langfristig | | | | |
| Eigenkapital einschl. Sonderposten | 2.060 | 41 | 1.993 | 41 |
| Rückstellungen | 745 | 14 | 729 | 15 |
| Verbindlichkeiten | <u>1.656</u> | <u>33</u> | <u>1.553</u> | <u>31</u> |
| | 4.461 | 88 | 4.275 | 87 |
| Kurzfristig | | | | |
| Verbindlichkeiten, Rückstellungen und PRAP | <u>611</u> | <u>12</u> | <u>618</u> | <u>13</u> |
| | 611 | 12 | 618 | 13 |
| | <u>5.072</u> | <u>100</u> | <u>4.893</u> | <u>100</u> |
| | ===== | ===== | ===== | ===== |

Gesamtabschluss 2020

Die Bilanzsumme ist mit 5.072 Mio. € gegenüber dem Vorjahr um 180 Mio. € gestiegen.

Das Vermögen des Verbundes ist mit einem Anteil von 88 % durch Investitionen in langfristige Sach- und Finanzanlagen geprägt. Die Sachanlagen haben sich im Vergleich zu 2019 erhöht. Netto, das heißt nach Abzug der Abgänge inkl. der Abschreibungen auf Abgänge, wurden im Berichtsjahr 266,6 Mio. € (Vorjahr 239,8 Mio. €) in Sachanlagen investiert. Dies entspricht einer Investitionsquote von 4,1 % und einer Reinvestitionsquote von 212 %.¹⁸

Die Passiva zeigen die Finanzierung des städtischen Vermögens. Die Finanzierung erfolgte mit einem Anteil von 88 % langfristig.

Langfristig gebundenes Vermögen wird durch langfristiges Kapital finanziert.

Die Eigenkapitalquote unter Einschluss der Sonderposten betrug 41 %.

Die Gesellschaften und Eigenbetriebe trugen einen Anteil von 80 % (Vj. 82 %) an den Kreditverbindlichkeiten des Verbundes.

Die Pro-Kopf-Verschuldung - bezogen auf die Verbindlichkeiten aus Kreditaufnahmen - betrug zum Stichtag 6.194 €¹⁹ und erhöhte sich damit im Vergleich zum Vorjahr (5.942 €) um 4,2 %.

¹⁸ Diese Kennzahlen werden in Anlage 7 erläutert.

¹⁹ Diese Kennzahl wird in Anlage 7 erläutert.

Gesamtabschluss 2020

1.1.6 Vermögensvergleich Einzelabschlüsse - Gesamtabchluss

Die folgende Gegenüberstellung zeigt einen vermögensorientierten Vergleich aus dem Erstellungsprozess des Gesamtabchlusses. In der ersten Spalte sind die Bilanzwerte des Einzelabschlusses der Kernverwaltung der Landeshauptstadt aufgeführt. In Spalte zwei stehen die kumulierten Einzelabschlüsse aller einbezogenen Gesellschaften und Eigenbetriebe einschließlich des WVV-Teilkonzerns. Der Summenabschluss in Spalte drei besteht aus den addierten Bilanzwerten vor der Konsolidierung. In der letzten Spalte sind die konsolidierten Werte des Gesamtabchlusses aufgeführt.

| in Mio. € | Einzel - abschluss Kernverwaltung | Einzel - abschlüsse Gesellschaften | Summen - abschluss | Gesamt - abschluss |
|---------------------------------|---|--|-----------------------|-----------------------|
| Aktiva | 2.919 | 2.818 | 5.737 | 5.072 |
| Anlagevermögen | 2.491 | 2.491 | 4.982 | 4.399 |
| Umlaufvermögen | 397 | 321 | 718 | 637 |
| Rechnungsab- grenzungsposten | 31 | 6 | 37 | 36 |
| Passiva | 2.919 | 2.818 | 5.737 | 5.072 |
| Eigenkapital | 1.553 | 705 | 2.258 | 1.781 |
| Sonderposten | 225 | 97 | 322 | 279 |
| Rückstellungen | 643 | 316 | 959 | 944 |
| Verbindlichkeiten | 458 | 1.689 | 2.147 | 2.018 |
| Rechnungsab- grenzungsposten | 40 | 11 | 51 | 50 |

Die Tabelle zeigt, dass knapp die Hälfte des Anlage- und Umlaufvermögens des Verbundes in den städtischen Unternehmen verwaltet wird. Neben dem Vermögen sind aber auch Verbindlichkeiten i. H. v. rd. 1,7 Mrd. € ausgegliedert worden.

Im Vergleich zur Bilanzsumme des Einzelabschlusses der Kernverwaltung LHW (rd. 2,9 Mrd. €) erhöht sich im Verbund nach Berücksichtigung aller Konsolidierungsmaßnahmen die Bilanzsumme auf rd. 5,1 Mrd. €.

Während sich im Einzelabschluss der Kernverwaltung LHW aufgrund einer Gesamtverschuldung (Rückstellungen, Verbindlichkeiten und Rechnungsabgrenzungsposten) von rd. 1,1 Mrd. € eine Eigenkapitalquote II (inkl. Sonderposten) von 61 % ergibt, beträgt die Eigenkapitalquote II des Verbundes (nach Konsolidierung) „nur“ 41 % aufgrund der Gesamtverschuldung von rd. 3,0 Mrd. €.

Gesamtabschluss 2020

1.1.7 Ergebnissituation

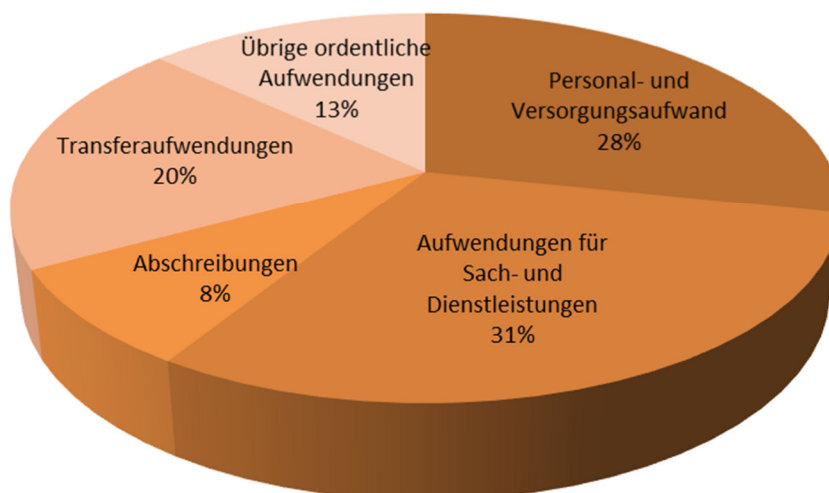
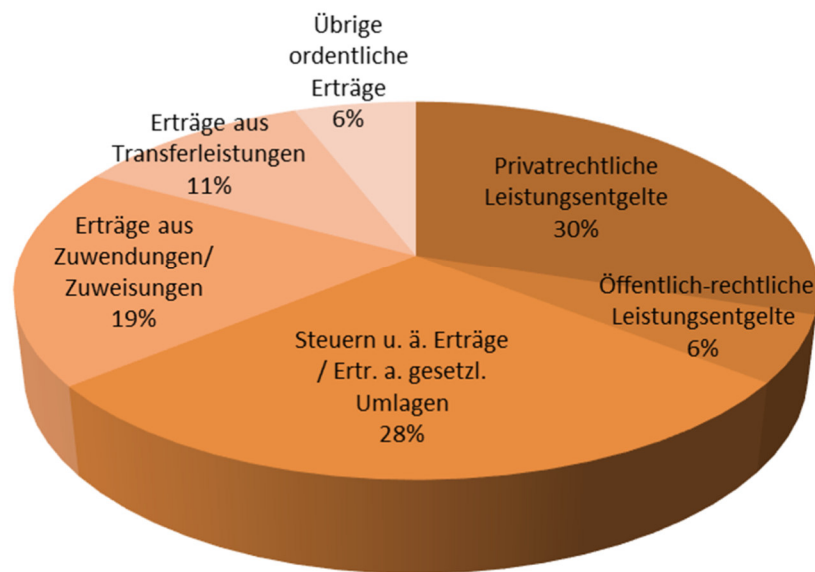
| | 2020 | 2019 | Ver- änderung |
|---|--------------|--------------|------------------|
| | Mio. € | Mio. € | Mio. € |
| Privatrechtliche Leistungsentgelte | 652 | 738 | -86 |
| Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte | 123 | 132 | -9 |
| Steuern u. ä. Erträge / Ertr. a. gesetzl. Umlagen | 619 | 661 | -42 |
| Erträge aus Zuwendungen/ Zuweisungen | 408 | 228 | 180 |
| Erträge aus Transferleistungen | 246 | 232 | 14 |
| Übrige ordentliche Erträge | 128 | 93 | 35 |
| Ordentliche Erträge | 2.176 | 2.084 | 92 |
| Personal- und Versorgungsaufwand | 595 | 591 | 4 |
| Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen | 641 | 658 | -17 |
| Abschreibungen | 171 | 154 | 17 |
| Transferaufwendungen | 415 | 398 | 17 |
| Übrige ordentliche Aufwendungen | 276 | 275 | 1 |
| Ordentliche Aufwendungen | 2.098 | 2.076 | 22 |
| Verwaltungsergebnis | 78 | 8 | 70 |
| Finanzergebnis | -5 | -15 | 10 |
| Außerordentliches Ergebnis | 3 | 34 | -31 |
| Jahresfehlbetrag/-überschuss | 76 | 27 | 49 |

Im Berichtsjahr konnte ein Jahresüberschuss von 76 Mio. € erzielt werden (Vj. 27 Mio. €). Die ordentlichen Erträge sind geprägt durch die privatrechtlichen Leistungsentgelte (30 %) und

Gesamtabschluss 2020

Steuern (28 %) sowie den im Berichtsjahr deutlich höheren Erträgen aus Zuwendungen und Zuweisungen (19 %). Bei den ordentlichen Aufwendungen sind die größten Positionen die Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen (31 %) sowie die Personal- und Versorgungsaufwendungen (28 %). Der ordentliche Aufwandsdeckungsgrad beträgt 104 %.²⁰

Das Finanzergebnis ist mit - 5 Mio. € negativ, da die Zinsaufwendungen die Zins- und Beteiligungserträge übersteigen. Die Zinslastquote beläuft sich auf 2,5 % (Vj. 2,7 %).²¹



²⁰ Diese Kennzahl wird in Anlage 7 erläutert.

²¹ Diese Kennzahl wird in Anlage 7 erläutert.

Gesamtabschluss 2020

1.1.8 Ergebnisvergleich Einzelabschlüsse - Gesamtabschluss

Die folgende Gegenüberstellung zeigt analog zur Bilanz in Abschnitt 1.1.6 den ergebnisorientierten Vergleich aus dem Erstellungsprozess des Gesamtabschlusses.

In der ersten Spalte sind die Werte der Ergebnisrechnung des Einzelabschlusses der Kernverwaltung der Landeshauptstadt aufgeführt.

In Spalte zwei stehen die kumulierten Einzelabschlüsse aller einbezogenen Gesellschaften und Eigenbetriebe einschließlich des WVV-Teilkonzerns.

Der Summenabschluss in Spalte drei besteht aus den addierten Ergebnisrechnungswerten vor der Konsolidierung.

In der letzten Spalte sind die konsolidierten, um interne Leistungsbeziehungen bereinigten Werte des Gesamtabschlusses aufgeführt.

| in Mio. € | Einzel - abschluss Kernverwaltung | Einzel - abschlüsse Gesellschaften | Summen - abschluss | Gesamt - abschluss |
|---|---|--|-----------------------|-----------------------|
| Ordentliche Erträge | 1.422 | 990 | 2.412 | 2.176 |
| Ordentliche Aufwendungen | 1.388 | 931 | 2.319 | 2.098 |
| Verwaltungsergebnis | 34 | 59 | 93 | 78 |
| Finanzergebnis | 15 | 0 | 15 | -5 |
| Ordentliches Ergebnis | 49 | 59 | 108 | 73 |
| Außerordentliches Ergebnis | -3 | -14 | -17 | 3 |
| Jahresüberschuss | 46 | 45 | 91 | 76 |
| And. Gesellschaften zustehendes Ergebnis | 0 | -20 | -20 | -19 |

Die ordentlichen Erträge der Kernverwaltung LHW (1,4 Mrd. €) erhöhen sich durch die Einbeziehung der Aufgabenträger auf 2,4 Mrd. € und die ordentlichen Aufwendungen (1,4 Mrd. €) auf 2,3 Mrd. €. Damit steuern die Gesellschaften ca. 41 % zu den ordentlichen Erträgen und 40 % zu den ordentlichen Aufwendungen der operativen Geschäftstätigkeit des Verbundes (bei der Betrachtung ohne Konsolidierungsmaßnahmen) bei.

Im Vergleich zum Jahresüberschuss der Kernverwaltung (46 Mio. €) erhöht sich im Verbund nach der Durchführung aller Konsolidierungsmaßnahmen das Jahresergebnis auf 76 Mio. € (Vj. 27 Mio. €). Zu den Konsolidierungsmaßnahmen zählt u. a. das Herausrechnen der erhaltenen Ausschüttungen innerhalb des Verbundes.

Gesamtabschluss 2020

1.1.9 Finanzlage

| in Mio. € | 31.12.2020 | 31.12.2019 |
|---|------------|------------|
| Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit | 210 | 149 |
| Cashflow aus Investitionstätigkeit | -289 | -180 |
| Cashflow aus Finanzierungstätigkeit | 101 | 7 |
| Wertberichtigung Greensill | -20 | |
| Liquide Mittel am Ende der Periode | 355 | 354 |

Im Berichtsjahr wurde in der Kapitalflussrechnung²² ein positiver Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit in Höhe von 210 Mio. € ausgewiesen.

Für Investitionen und Desinvestitionen wurden zusammengefasst Auszahlungen in Höhe von -289 Mio. € getätigt, d. h. im Berichtsjahr übertrafen die Investitionen die Desinvestitionen.

Hierfür wurden Kreditmittel - u. a. für den Wohnungsbau - aufgenommen, die höher als die laufenden Tilgungen und die Kreditkosten (Zinszahlungen) waren. Daneben erhielt der Verbund Zuschüsse und Zuweisungen. Hier auch enthalten sind die ertragswirksamen Zuschüsse, die Bund und Land aufgrund der Corona-Pandemie gezahlt haben. Aufgrund dessen beträgt der Cashflow aus Finanzierung 101 Mio. €.

Die Summe der drei Cashflows ergibt eine zahlungswirksame Erhöhung der liquiden Mittel um 22 Mio. €.

Infolge der 100%igen Abwertung der Greensill Geldanlagen (Kernverwaltung 15 Mio. €, Tri-WiCon 5 Mio. €), erhöhten sich die liquiden Mittel zum 31.12.2020 aber lediglich um 1 Mio. € und beliefen sich damit auf 355 Mio. €.

²² Die Kapitalflussrechnung wurde in Anlehnung an das Muster des Deutschen Rechnungslegungsstandards 21 erstellt.

Gesamtabschluss 2020

1.2 Bewertung des Gesamtabchlusses im Hinblick auf die dauernde Leistungsfähigkeit, Chancen und Risiken sowie perspektivischer Ausblick

Die **Landeshauptstadt Wiesbaden** zählt zu den Wanderungsgewinnern bis 2035²³. Die Bevölkerungsprognose geht von einem Anstieg der Einwohnerzahl Wiesbadens, insbesondere der Personen im Rentenalter sowie der Personen mit Migrationshintergrund bis 2035 aus. Die Bevölkerungszahl zählt zu den Verteilungsfaktoren des kommunalen Finanzausgleichs, insofern begünstigt dies die Teilhabe an den Mitteln zur Kommunalfinanzierung. Während andere Kommunen gezwungenermaßen von Leistungseinschränkungen betroffen sind, zeigt die Prognose für die Landeshauptstadt die Chance auf, eine stetige wirtschaftlich positive Entwicklung als leistungsstarke Kommune zu nehmen. Durch die Anziehungskraft des Rhein-Main-Gebietes als Ballungsraum und der hohen Attraktivität Wiesbadens als Wohn- und Arbeitsort besteht nach wie vor ein hoher Bedarf an Wohnraum. Die Kernverwaltung LHW und ihre Wohnungsbauengesellschaften verfolgen ein ambitioniertes Wohnungsbauprogramm, damit Wohnen in Wiesbaden auch in Zukunft für breite Bevölkerungsschichten attraktiv und bezahlbar bleibt und sichern somit die Zukunftsfähigkeit Wiesbadens in diesem Sektor. Die Zunahme der Personen, insbesondere der Personen im Rentenalter birgt aber auch Risiken. Ältere Personen verfügen in der Regel über ein geringeres Einkommen als Erwerbspersonen, somit besteht das Problem der sinkenden Einkommensteuereinnahmen sowie steigender Sozialtransfers.

Die Ertragslage der Kernverwaltung der LHW ist stark abhängig von der Gewerbesteuer. Das Risiko besteht insbesondere darin, dass sowohl die Gewerbesteuer als auch der Gemeindeanteil an der Einkommensteuer stark von der allgemeinen wirtschaftlichen Lage und dem Konjunkturverlauf bzw. dem Erfolg einzelner großer Unternehmen bestimmt sind. Insofern sind Ergebnisprognosen für die Zukunft schwierig und mit Unsicherheiten behaftet. Gerade im Hinblick auf die Corona-Pandemie zeigt sich die starke Abhängigkeit der Gewerbe- und Einkommensteuereinnahmen von externen Einflüssen. Im Jahr 2020 wurden seitens des Landes Hessen die Corona bedingten Gewerbesteuerausfälle kompensiert. Inwiefern künftig Kompensationszahlungen erfolgen (für Corona bedingte Ausfälle oder andere Ausfälle) bleibt ungewiss.

Die Greensill Capital Finanzgruppe hat einen Antrag auf Insolvenz gestellt. Die Bremer Greensill - Bank als Tochterunternehmen ist davon direkt betroffen und in eine finanzielle Schieflage geraten. Im Rahmen des Gesamtabchlusses 2020 wurden die Geldanlagen der Kernverwaltung der LHW und des Eigenbetriebes TriWiCon insgesamt 20 Mio. € in voller Höhe abgewertet. Chancen ergeben sich in dem Fall einer etwaigen teilweisen Rückzahlung der Geldanlagen.

Am 24.11.2020 stellte der Arbeiterwohlfahrt Kreisverband Wiesbaden e.V. (AWO) einen Antrag auf Eröffnung des Insolvenzverfahrens in Eigenverantwortung wegen drohender Zahlungsunfähigkeit. In diesem Zusammenhang müssen Forderungen neu bewertet werden und Vertragsgestaltungen überprüft werden. Aktuell ermittelt die Staatsanwaltschaft gegen mehrere Verantwortliche der AWO. Inwiefern sich hier Auswirkungen auf den Gesamtabschluss ergeben, kann noch nicht abschließend beurteilt werden.

²³ Wiesbadener Stadtanalysen, Vorausberechnung der Wiesbadener Bevölkerung und Haushalte, Wiesbaden, Juni 2017

Gesamtabschluss 2020

Risiken erwachsen auch aus den Jahressteuergesetzen, die regelmäßig Auswirkungen auf die Gewerbesteuer und den Gemeindeanteil aus der Einkommenssteuer haben.

Darüber hinaus ergeben sich Risiken durch die neue Gesetzgebung zur Umsatzsteuer aus § 2b Umsatzsteuergesetz, welche die Umsatzsteuerpflicht der öffentlichen Hand erheblich ausweitet. Die Auswirkungen auf die Kernverwaltung der LHW sind derzeit noch nicht absehbar.

Die Folgen und das finanzielle Risiko der Unanwendbarkeit des Vollverzinsungszinssatzes nach §§ 233a, 238 AO für ab in das Jahr 2019 fallende Verzinsungszeiträume (BVerfG-Beschlusses vom 8. Juli 2021, Az. 1 BvR 2237/14 und 1 BvR 2422/17) können bis zur verfassungsgemäßen Neufassung der Zinshöhe durch den Gesetzgeber nicht beziffert werden.

Finanzielle Risiken können durch die Aufgabenverlagerung von Bund und Ländern an die Kommunen erwachsen, aber auch durch Leistungsgesetze, deren Finanzierung zu großen Teilen den Kommunen obliegt. Beispielsweise stiegen die Aufwendungen durch das neue, ab dem 01.01.2020 gültige Bundesteilhabegesetz, aufgrund eines durch den Gesetzgeber beschlossenen Leistungszuwachses und geänderter Zuständigkeiten um 7,7 Mio. € gegenüber dem Vorjahr.

Die Landeshauptstadt Wiesbaden wirkt allen diesen Risiken über ihre aktive Mitgliedschaft in kommunalen Spitzenverbänden, die Teilnahme an Anhörungen zu Gesetzesvorhaben und durch direkten Kontakt zu staatlichen Stellen entgegen.

Im Rahmen des Beteiligungscontrollings wird die unternehmerische Planung der Aufgabenträger überwacht. Das Beteiligungscontrolling stellt sicher, dass die vorgegebenen Kontrollmechanismen beachtet werden. Ziel ist es, zeitnah zuverlässige Aussagen über die wirtschaftliche Entwicklung und die Risiken der einzelnen Gesellschaften, der Unternehmensbereiche sowie letztendlich des städtischen Beteiligungsportfolios treffen zu können.

Das Beteiligungscontrolling prüft ferner die Jahresabschlüsse der Beteiligungsgesellschaften mit Blick auf den Fragenkatalog zur Prüfung nach § 53 Haushaltsgrundsätzegesetz²⁴ (nach dem Institut der Wirtschaftsprüfer²⁵ PS 720). Zu beachten ist dort vor allem der Fragenkreis 4 „Risikofrüherkennungssystem“, der bei den Mehrheitsgesellschaften der LHW angemessene Beachtung findet. Die Geschäftsführungen der städtischen Gesellschaften haben in ihren Gesellschaften Maßnahmen ergriffen und Frühwarnsignale definiert, mit denen bestandsgefährdende Risiken rechtzeitig erkannt werden können.

Das Prüfungsfeld wurde im Rahmen der Jahresabschlussprüfung der städtischen Gesellschaften um das EU-Beihilfenrecht erweitert. Dieses beinhaltet die Überprüfung beihilferechtlicher Sachverhalte nach Artikel 107 AEUV²⁶, insbesondere zugunsten öffentlicher Unternehmen (IDW PS 700). Betraute Unternehmen sind aufgefordert, eine Plan-Trennungsrechnung im Rahmen der Wirtschaftsplanung abzugeben und beschließen zu lassen. Die Ist-Trennungsrechnung ist Bestandteil der jeweiligen Jahresabschlussprüfung der Gesellschaften.

²⁴ Im Folgenden HGrG

²⁵ Im Folgenden IDW

²⁶ Vertrages über die Arbeitsweise der Europäischen Union

Gesamtabschluss 2020

Mit Beschluss der Stadtverordnetenversammlung Nr. 0115 vom 30.03.2017 wurde festgelegt, dass der Prüfungsauftrag der städtischen Gesellschaften im Rahmen der Jahresabschlussprüfungen um eine Entsprechenserklärung zu erweitern ist. Diese wurde gemeinsam mit den Beteiligungen erarbeitet und von der Stadtverordnetenversammlung mit Beschluss Nr. 0301 am 14.09.2017 beschlossen.

Die langanhaltende Niedrig- und Nullzinspolitik bedeutet für Körperschaften mit beträchtlichen langfristigen Verpflichtungen sowohl Chancen als auch Risiken. Chancen bestehen in den niedrigen Zinsen, die zu Entlastungen führen und somit Spielräume für Investitionen in Zukunftsthemen eröffnen und die schnellere Entschuldung ermöglichen. Risiken bestehen in der schleichenden Entwertung der liquiden Mittel, da die Zinsen mittlerweile unter der Inflationsrate liegen und für Kontenbestände Negativzinsen zu zahlen sind. Weitere Risiken ergeben sich in Anbetracht der langfristigen unmittelbaren und mittelbaren Pensionsverpflichtungen sowie Deponienachsorgeverpflichtungen. Das Volumen der Rückstellungen für unmittelbare Pensionsverpflichtungen und Deponienachsorge steigt durch immer niedrigere Abzinsungssätze deutlich an und der Ertrag aus langfristigen Kapitalanlagen, die zur Deckung dieser langfristigen Verpflichtungen dienen sollen, fällt dauerhaft niedrig aus. Auch soweit nur mittelbare Pensionsverpflichtungen gegenüber den Arbeitnehmenden bestehen, steigt das Risiko, dass Zusatzversorgungskassen ihre satzungsrechtlich zugesagten Leistungen nicht mehr in vollem Umfang erfüllen können und die fehlende Deckung zu Lasten ihrer Mitglieder bspw. über noch höhere Umlage- / Sanierungsbeiträge kompensieren. Zur nachhaltigen Finanzierung der Pensionszahlungen insbesondere vor dem Hintergrund der demografischen Risiken (steigende Lebenserwartung) und der Zinsrisiken überführte die Kernverwaltung LHW liquide Mittel von insgesamt 50 Mio. € in einen langfristig ausgerichteten Spezialfonds.

Aufgrund der Aufgaben und der Leistungsstruktur der Landeshauptstadt Wiesbaden existieren eine Reihe von allgemeinen Organisationsrisiken. Als solche sind beispielsweise zu nennen: Korruption, Veruntreuung, Entscheidung zugunsten unwirtschaftlicher Handlungsalternativen, Vermögens- oder Personenschäden aufgrund fahrlässiger Handlungen, Vermögensschäden aufgrund mangelhafter Vertragsgestaltung und mangelhafter Leistungserbringung Dritter. Zur Reduzierung dieser Risiken hat die Kernverwaltung LHW geeignete Maßnahmen ergriffen und das Verwaltungshandeln durch interne Vorschriften geregelt.

Für die **Energiewirtschaft** ergeben sich aus der Digitalisierung der Geschäftsprozesse und der Arbeitswelt Chancen. Die Corona-Pandemie hat hier zu einem enormen Digitalisierungsschub geführt. Es wurden bereits viele Prozesse automatisiert, die Effizienzvorteile bringen. Darüber hinaus wurden für die ESWE Kunden neue Dienstleistungen auf dem Markt eingeführt. Themen sind Smart Grid, Smart Mobility, Smart Home und Smart Building.

Seit Jahren wird das Portfolio an energienahen Dienstleistungen wie Energieaudits, Wärmeanlagen-Contracting, Beleuchtungs-Contracting für Kunden ausgebaut. Für Geschäftskunden entwickelt die ESWE Versorgung neben maßgeschneiderten Energielieferverträgen Ideen und Versorgungskonzepte, die langfristig Energieverbräuche und damit Kosten senken. Hier sieht die ESWE Versorgung mittelfristig die Chance, die Kernkompetenzen auszubauen.

Chancen werden auch im Bereich E-Mobilität gesehen. Trotz der Corona-Pandemie hat der Absatz an Elektro- bzw. Hybridfahrzeugen deutlich zugenommen. Dies macht eine gut ausgebaute Ladeinfrastruktur erforderlich. So wurde das öffentliche Ladesäulennetz in Wiesbaden nochmals deutlich verstärkt. Mittlerweile sind 150 öffentliche Ladepunkte in Wiesbaden und

Gesamtabschluss 2020

der Region installiert. Hier übernimmt die ESWE Versorgung die Installation, den Betrieb, die Wartung, Instandhaltung und Abrechnung der Säulen.

Um dem Risiko aus gesetzlichen und regulatorischen Veränderungen zu entsprechen, wurde im Jahr 2018 ein Compliance Management System (CMS) eingeführt, das Regelungen zu Anti-Korruptions-Maßnahmen, zur EU-Datenschutz-Grundverordnung, zum Kartellrecht und zum Geldwäschegesetz enthält. Dieses wurde im Jahr 2020 weiter fortgeschrieben und entwickelt.

Im Rahmen der Energiebeschaffung ergeben sich Risiken aus Preisschwankungen sowie aus einem möglichen Kontrahentenausfall. Zudem stellt die ab 2021 eingeführte CO₂-Bepreisung²⁷ ein Risiko dar, da die Weitergabe - zumindest bei laufenden langfristigen Verträgen - noch nicht rechtssicher geregelt ist.

Im Netzgeschäft ergeben sich neben den allgemeinen Regulierungsrisiken insbesondere Risiken auf künftige Geschäftsergebnisse durch die Neufestlegung der Eigenkapitalverzinsung für die Dritte Regulierungsperiode.

Die größten Risikopotentiale im Vertrieb stellen das Marktrisiko und der Ausfall von Forderungen dar. Gerade im Hinblick auf die Corona-Pandemie und der damit verbundenen zeitweisen Lockdowns und Betriebsschließungen droht im Endkundengeschäft ein erhöhtes Ausfallrisiko von Forderungen. Zur Abfederung der Pandemiefolgen hatte die Bundesregierung die Insolvenzantragspflicht teilweise ausgesetzt. Die zunächst bis 31. Januar 2021 vorgesehene Regelung wurde bis 30. April 2021 verlängert. Mit dem Ende dieser Vergünstigung steigt das Risiko pandemiebedingter Insolvenzen deutlich an. Hieraus leitet die ESWE Versorgung ein moderates Risiko für das Geschäftsergebnis im Jahr 2021 ab. Darüber hinaus geht die Geschäftsführung aber davon aus, dass die Corona-Pandemie keine signifikanten oder bestandsgefährdenden Auswirkungen auf das Ergebnis haben wird.

Im Jahr 2021 plant die ESWE Versorgung, aufgrund pandemie- und wettbewerbsbedingter rückläufiger Absatzmengen im Stromvertrieb, ein Ergebnis leicht unter dem Niveau des Vorjahres. Außerdem sind Investitionen in den weiteren Fernwärmeausbau, den Anschluss einiger Neubaugebiete in Wiesbaden, in die Verteilnetze sowie in den Bau eines hochmodernen Parkhauses mit einer Vielzahl von Lademöglichkeiten für Elektro- bzw. Hybridfahrzeugen auf dem Betriebsgelände der ESWE Versorgung in Höhe eines zweistelligen Millionenbetrages geplant.

Ein weiteres signifikantes Risiko besteht nach wie vor in dem Ausgang des Verfahrens mit der Kartellbehörde wegen vermeintlich überhöhter Wasserpreise in den Jahren 2007 bis 2011. Die hessische Landeskartellbehörde hat Ende 2016 eine Abschöpfungsverfügung in Höhe von 46,3 Mio. € ausgesprochen. Gegen diese Verfügung wurde fristgerecht Beschwerde eingelegt, da die Verfügung als sachlich ungerechtfertigt angesehen wird. Der Richter hat beide Parteien aufgefordert nochmals in Vergleichsverhandlungen zu treten. Diese fanden Anfang 2020 statt, führten aber wiederholt nicht zu einem einvernehmlichen Ergebnis. Die für dieses Risiko in den Vorjahren bei der ESWE Versorgung gebildete Rückstellung besteht in unveränderter Höhe fort.

²⁷ Gaslieferanten müssen ab 2021 für die verbrennungsbezogenen CO₂-Emissionen der von ihnen in den Verkehr gebrachten fossilen Kraft- und Brennstoffe Zertifikate kaufen.

Gesamtabschluss 2020

Der 24,5% ige Beteiligung an der MHKW Wiesbaden GmbH²⁸ wird hohe strategische Bedeutung beigemessen, da hier enorme Chancen gesehen werden, die im Rahmen der Energiewende so wichtige Fernwärme ökologisch und ökonomisch sinnvoll auszukoppeln und so den zunehmenden Wärmebedarf in Wiesbaden ortsnah zu erzeugen.

Unklar ist weiterhin die Zukunft des geplanten **Windparks** auf dem Taunuskamm. Nachdem die Genehmigungsbehörde den Antrag nach Bundesimmissionsschutzgesetz (BImSchG) Ende 2016 abgelehnt hatte, wurde gegen diesen Ablehnungsbescheid Klage beim Wiesbadener Verwaltungsgericht eingereicht. Hierzu hat das Wiesbadener Verwaltungsgericht im Juli 2020 entschieden, dass der Antrag genehmigt werden muss. Ende 2020 wurde bekannt, dass sowohl das Regierungspräsidium als auch die Stadt Taunusstein Berufung eingelegt haben, wobei die Begründung des Regierungspräsidiums noch aussteht. Damit wird die Klage vor dem Verwaltungsgerichtshof Kassel als nächste Instanz verhandelt werden. Ein Verhandlungstermin ist noch nicht bekannt. Der Bau der 10 Windräder auf der Hohen Wurzel bleibt also abzuwarten. In diesem Zusammenhang ist auch das Erreichen der Energie- und Klimaschutzziele der Stadt, ein Fünftel der in Wiesbaden verbrauchten Energie aus regenerativen Quellen zu erzeugen, ungewiss.

Der Eigenbetrieb **Wasserversorgung** ist operativen Risiken ausgesetzt, wie dem möglichen Ausfall von Versorgungsleitungen und sonstigen Anlagen, die zur Aufrechterhaltung der Versorgungssicherheit erforderlich sind. Eine sachgerechte Instandhaltung und Wartung reduziert diese Risiken. Das Hauptrisiko bei den Wasserversorgungsbetrieben besteht darin, dass steigende Wasserbezugspreise durch die derzeit gültigen Wassergebühren nicht mehr gedeckt sind und dass aufgrund politischer Vorgaben die Kostensteigerungen nicht an die Gebührenpflichtigen weitergegeben werden könnten. Der Eigenbetrieb geht für die Wirtschaftsjahre 2021 und 2022 von einem zunächst leicht negativen und dann positiven Ergebnis aus. Nach derzeitigem Kenntnisstand wird erwartet, dass die Corona Pandemie keine wesentlichen dauerhaften Auswirkungen auf die künftige Ergebnissituation hat.

Risiken für die ESWE **BioEnergie** können sich aus technischen Störungen oder ungeplanten Produktionsausfällen beim Betrieb des Biomasse-Heizkraftwerks mit Auswirkung auf Umsatz und Jahresergebnis ergeben. Eine sachgerechte Instandhaltung und Wartung des Kraftwerks reduziert diese Risiken. Darüber hinaus sind die Risiken aus technischen Mängeln und den daraus resultierenden Vermögensschäden, soweit sinnvoll, durch den Abschluss entsprechender Versicherungsverträge teilweise abgedeckt. Die Vergütung für den jährlich produzierten und eingespeisten Strom orientiert sich an den Stromgroßhandelspreisen. Daher können sich durch sinkende Stromgroßhandelspreise ungeplante Ergebnisbelastungen ergeben. Umgekehrt besteht bei steigenden Preisen die Chance, zusätzliche Ergebnisbeiträge zu realisieren. Die Gesellschaft geht zum gegenwärtigen Zeitpunkt davon aus, dass die Corona Pandemie keine wesentlichen dauerhaften Auswirkungen auf das Geschäftsmodell haben wird, allerdings können die Stromhandelsgroßpreise von der Coronakrise beeinflusst werden und diese können durchaus Auswirkungen auf die Ergebnissituation im Jahr 2021 der Gesellschaft haben. Dies lässt sich aber zum aktuellen Zeitpunkt noch nicht absehen.

²⁸ Unternehmenszweck der MHKW Wiesbaden GmbH ist es, auf einem vormals kommunalen Grundstück nahe der Deponie Dyckerhoffbruch ein privates Müllheizkraftwerk zu errichten, um den Wiesbadener Restmüll zu entsorgen und Strom und Fernwärme zu erzeugen. Die Firma Knettenbrech + Gurdulic errichtet dieses Müllheizkraftwerk bis voraussichtlich Ende 2023.

Gesamtabschluss 2020

Die Risiken der **ESWE Verkehr** ergeben sich insbesondere aus dem Ausbau eines emissionsfreien ÖPNV und der damit verbundenen, nicht vollumfänglich geförderten, Projekte, wie u. a. der Austausch der Dieselbusflotte. So steigen mit dem Austausch der Dieselbusflotte durch Elektro- und Wasserstoffbusse die Aufwendungen durch Abschreibungen und Zinsen. Künftig ist mit einer erhöhten Belastung des Jahresergebnisses zu rechnen. Chancen bestehen in der Senkung der Schadstoffbelastung.

Aufgrund der Corona-Pandemie besteht weiterhin das Risiko, dass es u. a. durch die Erkrankung der Mitarbeitenden zum Ausfall von Fahrdienstleistungen kommen kann und die Gesellschaft somit ihren Verkehrsauftrag nicht im bewährten Maße umsetzen kann. Darüber hinaus kann ein geringerer Absatz von Fahrkarten zu anhaltenden Umsatzrückgängen führen. Die Umstellung auf ein reduziertes Fahrplanangebot wird diese Risiken nicht im gleichen Umfang kompensieren können.

Weitere Risiken werden in dem Verlust der Linienkonzession ab 2027, der Marktliberalisierung, der Einschränkung von öffentlichen Zuschüssen für Investitionsmaßnahmen sowie in den Vertragsbeendigungen im Zusammenhang mit dem negativen Bürgerentscheid hinsichtlich des Projektes CityBahn und der daraus resultierenden Auflösung der Gesellschaft CityBahn GmbH gesehen.

Für die Zukunft wird der eingeschlagene Weg zur kontinuierlichen Optimierung der Unternehmensstrukturen und -prozesse weiterverfolgt, um unter den weiter wachsenden Herausforderungen hochwertige Verkehrsleistungen anbieten zu können. Für das Jahr 2021 plant die Geschäftsführung der ESWE Verkehr, aufgrund der zahlreichen Maßnahmen zum emissionsfreien ÖPNV ein negatives Jahresergebnis im zweistelligen Millionenbereich, welches in den nachfolgenden Jahren noch ansteigen wird. Hier enthalten ist noch die Einführung des 365 € Tickets für alle Wiesbadener Bürgerinnen und Bürger, welche allerdings aufgrund der abgelehnten Bundesförderung nicht zustande kommt. Ziel ist es, bis zum Ende des Jahres 2021 die Batteriebusflotte auf 120 Fahrzeuge aufzustocken sowie 10 Wasserstoffbusse anzuschaffen.

Im Rahmen der in 2018 abgeschlossenen steuerlichen Außenprüfung für die Jahre 2009 bis 2011 der **WVV** vertritt das Finanzamt die Auffassung, dass die in der Sparte Verkehr bis zum 31.12.2009 aufgelaufenen Verlustvorträge nicht mehr nutzbar seien. Dies hätte zur Folge, dass die in den Jahren seit 2010 vorgenommenen Verlustverrechnungen nicht mehr zulässig sind, so dass sich für die Gesellschaft Steuernachzahlungen ergeben würden. Die Geschäftsführung vertritt diese Auffassung nicht und hat deswegen in Abstimmung mit dem steuerlichen Berater gegen die im ersten Quartal 2018 ergangene Veranlagung für die Jahre 2009 bis 2011 am 06.08.2018 Klage beim hessischen Finanzgericht eingereicht und in erster Instanz gewonnen. Gegen das Urteil vom 15.04.2020 hat das Finanzamt am 14.05.2020 Revision eingelegt. Dem Risiko wurde mit der Bildung einer Rückstellung bzw. mit der Erhöhung dieser entsprochen. Darüber hinaus wurden für einzelne Veranlagungsjahre bereits Zahlungen an das Finanzamt geleistet. Zur Vermeidung von Risiken für Nachzahlungszinsen wurden bereits freiwillig Steuern vorausgezahlt. Chancen ergeben sich in der Auflösung der entsprechenden Rückstellung und der Rückerstattung der bereits geleisteten Steuernachzahlungen, wenn der Ausgang des Gerichtsverfahrens positiv für die **WVV Holding** verläuft.

Unverändert ergeben sich für die **WVV Holding** Chancen aus den **Beteiligungen** und der Bündelung der **immobilienwirtschaftlichen Aktivitäten**.

Gesamtabschluss 2020

Mit den von der **Beteiligungsgesellschaft WVV** gehaltenen Anteilen an der Kom9 GmbH & Co. KG, Freiburg im Breisgau (Kom9), ist die Erwartung verknüpft, dass auch künftig eine nachhaltige Rendite erzielt werden kann, welche die Finanzierungsaufwendungen übersteigt. Die Kom9 KG hält eine Beteiligung an der Thüga Holding GmbH & Co. KGaA (Thüga Holding). Die Ergebnisplanung der Kom9 geht für das Jahr 2021 von einem voraussichtlichen Jahresüberschuss in Höhe von 91,6 Mio. € aus. Hiervon würden auf die Beteiligungsgesellschaft gemäß ihrem Anteilsbesitz 12,3 Mio. € entfallen. In dieser Planung sind die Auswirkungen der Corona-Pandemie nicht berücksichtigt, da nicht genau bestimmt werden kann, welche Einflüsse die Pandemie auf die Ertragslage des Energiesektors hat. Nach aktuellem Kenntnisstand werden aber keine wesentlichen langfristigen Folgen erwartet.

Die **WVV Holding** hat seit Jahren Liegenschaften im Bestand. Ziel ist nach wie vor, eine nachhaltige Ertragssicherheit zu gewährleisten. Risiken ergeben sich hinsichtlich der Corona-Pandemie, da sich pandemiebedingte Mindereinnahmen im Bereich der Gewerbeobjekte der WVV Holding unmittelbar auf das Ergebnis auswirken.

Für das Objekt **Walhalla** läuft aktuell der Prozess zur Findung einer konkreten kulturellen Nutzungsidee in Abstimmung mit den städtischen Gremien, sodass die WVV Holding zuversichtlich ist, dass das gesamte Objekt mittelfristig einer Nutzung zugeführt werden kann. Dennoch ist nicht ausgeschlossen, dass Entscheidungs- und Genehmigungsverfahren länger andauern und damit wirtschaftliche Einbußen einhergehen.

Im Zusammenhang mit der „**Citypassage**“ scheiterten die Verkaufsverhandlungen mit dem bisherigen Kaufinteressenten „Development Partner“. Das Objekt steht weitestgehend leer, dadurch besteht das Risiko von Substanzverlust. Um diesem Risiko entgegenzuwirken, werden Maßnahmen zur Verkehrssicherung - wo erforderlich eingeleitet. Im Mai 2021 begann ein neues EU-weites Interessenbekundungsverfahren. Hierauf haben sich bereits zahlreiche Interessenten beworben, so dass gute Chancen auf einen erfolgreichen Abschluss des Verfahrens gesehen werden. Angesichts der andauernden Covid-19-Pandemie kann es allerdings zu Verzögerungen kommen.

Die Zusammenarbeit der **Wohnungsbau- und Stadtentwicklungsgesellschaften** GWW Wiesbadener Wohnbaugesellschaft mbH, GeWeGe Wohnungsgesellschaft der Stadt Wiesbaden mit beschränkter Haftung, SEG Stadtentwicklungsgesellschaft Wiesbaden mbH, WiBau GmbH und WIM Liegenschaftsfonds GmbH & Co. KG unter dem Dach der GWI Gewerbeimmobilien GmbH wird beständig weiterentwickelt. Wohnungswirtschaftliche Kompetenzen werden gebündelt und der bisher verfolgte Weg der Zusammenfassung immobilienwirtschaftlicher Dienstleistungen in Wiesbaden wird weiterhin zur Ertragssicherung beitragen.

Bei allen Bauprojekten, wie Großsanierungen und Neubaumaßnahmen bestehen Risiken in unvorhergesehenen Kostensteigerungen sowie zeitlichen Verzögerungen hinsichtlich Beginn und Fertigstellung. Dieses Risiko erhöht sich insbesondere vor dem Hintergrund der andauernden Corona-Pandemie, u. a. aufgrund gestörter Lieferketten.

Die Stadtverordnetenversammlung hat am 20. Mai 2021 einen umfassenden Beschluss zur Wohnungsbaupolitik gefasst. Demnach bestehen bei allen künftigen Gebietsentwicklungen Festlegungen für den Anteil der zu schaffenden geförderten Wohneinheiten. Städtische Gesellschaften sollen einen Anteil von 40 % sozial geförderte Wohneinheiten schaffen, während

Gesamtabschluss 2020

private Gesellschaften einen Anteil von 30 % erbringen müssen. Hieraus erwächst ein Wettbewerbsnachteil der städtischen Immobiliengesellschaften gegenüber der privaten Immobiliengesellschaften. Dies hat einen Einfluss auf die erzielbaren Deckungsbeiträge und auf die Wirtschaftlichkeit.

Chancen ergeben sich v. a. für die GWW, GeWeGe und WIM Fonds durch die Anhebung der relevanten Quadratmetermieten auf Basis des Mietspiegels und der Reduzierung von Leerständen durch Sanierung und Aufwertung der Wohnungsbestände. Des Weiteren ergeben sich Chancen im Rahmen des Vertriebs von Bestandsimmobilien, sofern höhere Verkaufspreise als in der Planung angenommen, erzielt werden.

Für das Jahr 2021 rechnen die Geschäftsführer der GWW, GeWeGe und **WIM Liegenschaftsfonds GmbH & Co. KG** mit einem Jahresüberschuss. Die gesetzlichen Vertreter führen hinsichtlich der Corona-Pandemie aus, dass Mieteinnahmeausfälle die Geschäftsentwicklung 2021 negativ beeinflussen können. Als Risikofaktoren nennen sie eine schlechtere Zahlungsfähigkeit der Mieter infolge von möglicher Kurzarbeit, Arbeitslosigkeit oder Insolvenzen sowie längere Leerstandszeiten und verspätete Bau- und Sanierungsfertigstellungen. Diese negativen Auswirkungen sollen durch erwartete Mietsteigerungen sowie Gewinne aus dem Verkauf von Immobilien kompensiert werden.

Die **SEG** wird in ihren Geschäftsfeldern „Städtebauliche Projektentwicklung“, „Bauträgergeschäft“, Immobilienbewirtschaftung“ und „Städtebauförderung / Wohnbauförderung“ weiterhin gute Erträge erzielen, die sich aufgrund von längeren Investitions- und Bauphasen jedoch teilweise erst in den Folgejahren ergebniswirksam niederschlagen werden.

Im Kernbereich der „städtebaulichen Projektentwicklung“ bestehen nach wie vor aufgabentypische Risiken, die sich u. a. aus den langen Projektlaufzeiten, den schwer abzuschätzenden Kosten und der Notwendigkeit, zahlreiche verschiedene Beteiligte in einen Prozess mit einbinden zu müssen, ergeben. Aus Preisschwankungen auf dem Immobilienmarkt können sich zudem wirtschaftliche Risiken ergeben, indem prognostizierte Verkaufserlöse aufgrund des Zeitversatzes nicht erreicht werden könnten. Aufgrund des aktuell hohen Preisniveaus muss dies beim Ankauf zukünftiger Flächen beachtet werden.

Chancen werden in der unverändert hohen Nachfrage nach Wohnimmobilien (trotz Corona-Pandemie) gesehen, insbesondere vor dem Hintergrund der bereits auf niedrigerem Preisniveau eingekauften Flächen. Dies wird dazu führen, dass die gesetzten Erlösziele aus dem Verkauf der verbliebenen Flächen der aktuell bearbeiteten Entwicklungsgebiete durch die SEG erreicht werden können.

Chancen auf eine erfolgreiche Vermarktung innerhalb der nächsten zwei Jahre werden auch für das seit langem im Eigentum der SEG befindliche Grundstück am Nordufer des Schiersteiner Hafens gesehen, da mittlerweile ein gewerbliche Nutzung im Bebauungsplan rechtsgültig festgelegt ist.

Für 2021 werden seitens der SEG nur noch die verbleibenden Grundstücke aus den großen Entwicklungsprojekten Hainweg und Parkfeld verkauft. Seit Jahren ist die SEG intensiv und federführend in die Entwicklung des Gebietes „Ostfeld“ eingebunden. Die erwartete Fortführung dieser Gebietsentwicklung würde aufgrund des großen Umfangs erhebliche Erlösmöglichkeiten, abzüglich erhöhter Kosten, z. B. hinsichtlich der personellen Ausstattung, ergeben.

Gesamtabschluss 2020

Die SEG ist auch maßgeblich in die bauliche Entwicklung für die Verlagerung der Eisbahn und des Freizeitbades Mainzer Straße an den 2. Ring einbezogen worden.

Die **WiBau**, die im städtischen Verbund Leistungen im Bereich des Baumanagements und Facilitymanagements erbringt, hat ihr wesentliches Betätigungsfeld im Bereich der Sanierung und baulichen Betreuung von Wiesbadener Schulen. Im Geschäftsjahr 2021 wird die WiBau weitere Schulprojekte entwickeln und mit der Umsetzung der bereits vertraglich fixierten Maßnahmen beginnen, deren Fertigstellung zu unterschiedlichen Zeiten bis ins Jahr 2027 geplant ist. Entsprechend erwartet die Gesellschaft eine noch bessere Auslastung. Daneben sollen die erworbenen Kompetenzen im Vergaberecht verstärkt eingebracht werden.

Im **Entsorgungsbereich** bestehen wie in den Vorjahren Risiken wegen des erheblichen Ablagerungsdruckes bei den Deponiemengen. Vor dem Hintergrund der fehlenden Entsorgungsmöglichkeiten kommt es zu einem Missverhältnis von Angebot und Nachfrage nach Deponieraum. Der Ablagerungsdruck auf die Deponie Dyckerhoffbruch nimmt weiter zu. Das Restverfüllvolumen im derzeit genehmigten Bereich des Deponieabschnitt III (DA III) beträgt Ende 2020 nur noch rund 225.000 m³ (Vorjahr 320.000 m³). Ohne Erweiterung der Deponie Dyckerhoffbruch ist somit nach aktuellen Prognosen spätestens Ende 2023 das Verfüllende des DA III erreicht. Die ELW verfolgt deshalb mit Hochdruck die Erweiterungsplanung des Deponieabschnittes III und die Neuplanung des Deponieabschnittes IV.

Trotz erheblicher Anstrengungen und Unterstützung durch das Hessische Umweltministerium konnte das Genehmigungsverfahren zur Osterweiterung der Deponie III noch nicht abgeschlossen werden, da es seitens der Genehmigungsbehörde (Regierungspräsidium Darmstadt, Abteilung Arbeitsschutz und Umwelt Wiesbaden) immer wieder Überarbeitungs- und Ergänzungsbedarf an dem bereits im Jahr 2016 eingereichten Antrag gibt und somit die Prüfung auf Vollständigkeit noch nicht abgeschlossen werden konnte. Damit liegt das Vorhaben weit außerhalb des prognostizierten Zeitrahmens. Die letzte überarbeitete und ergänzte Version dieses Antrages wurde als Revision 3 Ende März 2021 eingereicht. Die Planfeststellungsanträge für die Norderweiterung - Deponieabschnitt III/4 und Neuerrichtung des Deponieabschnittes IV wurden im April und Juni 2019 bei der Behörde eingereicht. Das Planfeststellungsverfahren zum DA IV steht nach der Feststellung der Vollständigkeit der Antragsunterlagen (September 2020), der Öffentlichkeitsbeteiligung und der Information über den Entfall des Erörterungstermins kurz vor dem Abschluss. Wenn der Planfeststellungsbeschluss zum Neubau des DA IV erteilt wurde, kann zumindest die Inbetriebnahme des DA IV bzw. der Ablagerungsbeginn von Abfällen der Deponieklasse I im Jahr 2023 avisiert werden. Des Weiteren wurde auch der entsprechende Ausführungsbeschluss durch die Stadtverordnetenversammlung der LHW erteilt. Das Planfeststellungsverfahren zur sogenannten Norderweiterung (DA III/4) wurde im Februar 2020 ruhend gestellt, so dass das Verfahren zur sog. Osterweiterung mit höherer Priorität durch die zuständige Behörde bearbeitet werden kann.

Zur Reduzierung des Risikos wurden bereits im Jahr 2018 Vereinbarungen mit externen Deponien (Büttelborn und Kapittelal) zur Absteuerung von mineralischen Abfällen getroffen. Darüber hinaus sieht sich der Bereich Abfallwirtschaft weiterhin gezwungen, durch restriktive Maßnahmen, die Ablagerungskapazitäten des Deponieabschnittes III (DA III) zu reduzieren. Dies dient der Gewährleistung der weiteren Entsorgungssicherheit für die Landeshauptstadt Wiesbaden. Damit gehen allerdings starke wirtschaftliche Verluste im Bereich Abfallwirtschaft einher, die sich auf das Ergebnis 2020 negativ auswirkten.

Gesamtabschluss 2020

Der Rückgang der erfassten Deponiegasmengen betrug im Jahr 2020 gegenüber dem Vorjahr nur ca. 1,7 % und bewegte sich somit in der erwarteten Größenordnung, ebenso die eingespeiste Strommenge aus der Deponiegasverwertung. Die wirtschaftliche Deponiegasnutzung wird noch etwa 10 Jahre möglich sein. Durch den Einsatz eines kleinen Blockheizkraftwerkes (BHKW) mit weniger elektrischer Leistung, konnte der Betrieb der BHKW optimiert und leistungsgestaffelt erfolgen und der Rückgang der Deponiegasmengen minimiert werden. Ab der Heizperiode 2021/2022 lässt sich ein Zukauf von Wärme dennoch nicht vermeiden, da die bei der Deponiegasverwertung erzeugte Wärmemenge künftig den Bedarf in den Spitzenzeiten nicht mehr decken kann.

Ein weiteres Risiko besteht in der Abhängigkeit der Papiererlöse vom Altpapiermarkt. Aufgrund der Importbeschränkungen der Volksrepublik China für Altpapier ab 01.01.2018 sowie der begrenzten Verwertungskapazitäten in Europa kam es zu einem deutlichen Preiseinbruch auf dem Markt für Altpapier. Ab April 2020 erholten sich die Preise zwar, es wird aber auch weiterhin mit starken Erlösschwankungen auf diesem volatilen Markt zu rechnen sein.

Finanzielle Risiken bestehen auch hinsichtlich der Aufwendungen für den Winterdienst bei einer extremen Wintersaison. Diesem Risiko wurde seitens der ELW begegnet, indem der Winterdienst neu geplant und strukturiert sowie auf die östlichen Vororte ausgeweitet wurde. Zudem beteiligen sich die ELW an einem gemeinsamen zentralen Streusalzlager, welches seit dem Jahr 2012 von acht Kommunen aus Südhessen betrieben wird.

Für das Hauptklärwerk soll eine Sicherung des zukünftigen Flächenbedarfs bei weitergehenden Reinigungsanforderungen erreicht werden. Durch die Beteiligung der Träger öffentlicher Belange kann es zu Auflagen bezüglich weiterer Maßnahmen im Bereich der Emissionsminderung bzw. des Immissionsschutzes sowie hinsichtlich naturschutzrechtlicher Belange kommen. Zudem müssen Standortalternativen untersucht werden. Es werden auch Alternativstandorte außerhalb des festgelegten Geltungsbereichs des Bebauungsplans betrachtet. Aktuell erfolgt die Auswertung des Rücklaufes von den Trägern der öffentlichen Belange. Ziel war, das B-Plan-Verfahren Ende 2020 / Anfang 2021 abzuschließen. Aufgrund von Verzögerungen insbesondere durch die Coronakrise konnte dieses Ziel nicht erreicht werden. Aktuell werden die Rückläufe aus der Öffentlichkeitsbeteiligung ausgewertet und hinsichtlich ihrer Relevanz für den Entwurf des Bebauungsplans geprüft. Die Offenlegung des Bebauungsplans ist für das Frühjahr 2022 vorgesehen.

Auf dem Hauptklärwerk wird eine Pilotanlage errichtet, die durch den Einsatz von Pulveraktivkohle und Membranen neben Spurenstoffen (Medikamentenreste u. a.), multiresistente Keime sowie Mikroplastik beseitigt. Die Pilotanlage hat das Ziel, essentielle Erkenntnisse zu den spezifischen Bemessungsansätzen für das Wiesbadener Abwasser zu gewinnen. Bei einer zukünftigen gesetzlichen Forderung, Spurenstoffe, multiresistente Keime und Mikroplastik aus dem Abwasser zu entfernen, wäre eine solche Technik eventuell wirtschaftlicher als ein stufenweiser Ausbau zunächst mit einer vierten Reinigungsstufe und im Anschluss mit einer fünften Reinigungsstufe. Eine Projektgruppe bestehend aus den Projektpartnern Technische Universität Darmstadt, Hochschule Darmstadt und Micodyn Nadir erstellt eine Versuchsanlage. Aufgrund der Coronakrise hat sich das Vorhaben verzögert. Die Pilotanlage ging im Mai 2021 in Betrieb. Erste Ergebnisse aus dem Forschungsvorhaben sind im Frühjahr 2022 zu erwarten. Chancen ergeben sich, wenn sich nach Abschluss der Versuche zeigt, dass eine großtechnische Umsetzung möglich ist. In diesem Fall könnte dies eine zukunftsweisende Technologie darstellen.

Gesamtabschluss 2020

Risiken gehen auch mit den Folgen der Corona-Pandemie einher. So führten behördliche Einschränkungen des öffentlichen Lebens und wirtschaftlich / unternehmerische Aktivitäten sowie ELW-interne Maßnahmen zur Aufrechterhaltung des Betriebes und zum Schutz der Mitarbeitenden zu negativen Auswirkungen auf die Ergebniserwartung der ELW. Neben den Aufwendungen für Schutzausrüstung, Schutzmaßnahmen und Desinfektionsmittel fallen zusätzlich Kosten für die Bereitstellung von Laien-Schnelltests in sechsstelliger Höhe an. Die systemrelevanten Arbeitsbereiche des Betriebes müssen handlungsfähig bleiben, so dass im Falle von weitreichendem Personalausfall externe Firmen zur Gewährleistung der durchzuführenden Aufgaben beauftragt werden müssten. Es könnte der Fall eintreten, dass viele Beschäftigte gleichzeitig erkranken (oder in Quarantäne geschickt werden müssen). Bedingt durch den drohenden Personalausfall ergeben sich arbeits-organisatorische und finanzielle Auswirkungen.

Die ELW erwartet, trotz der Auswirkungen der Corona-Pandemie und unter Berücksichtigung der Risiken und Chancen, ein positives Jahresergebnis im Jahr 2021.

Die Analyse des Risikopotenzials der **MBA Wiesbaden** lässt sowohl für das laufende Jahr als auch für die kommenden Jahre keine Risiken erkennen, die den Fortbestand der Gesellschaft gefährden könnten. Aus der Corona-Pandemie werden aufgrund der Geschäftstätigkeit der Gesellschaft weiterhin keine Auswirkungen auf das Ergebnis erwartet. Chancen für die Gesellschaft ergeben sich aus der Beteiligung an der DBW Recycling GmbH & Co. KG durch die Akquisition mineralischer Abfälle zur weiteren Aufbereitung und Verwertung sowie durch die Herstellung neuer Produktlinien als Ersatz für Naturbaustoffe im Straßenbau.

Für das Jahr 2021 wird mit einem positiven Jahresergebnis unter dem Vorjahresniveau gerechnet.

Nach wie vor stellt der demographische Wandel die **Altenhilfe Wiesbaden (AHW)** vor große Herausforderungen. Zum einen wird die Anzahl der älteren Menschen zunehmen, insbesondere der Hochbetagten (über 80-jährige). Damit einhergehend steigt auch das Ausmaß der Pflegebedürftigkeit. Zum anderen wird der bestehende Fachkräftemangel im Bereich Pflege noch eklatanter. Die Corona-Pandemie hat den bestehenden Pflegenotstand nochmals verdeutlicht. Der Gesetzgeber hat zwar mit neuen bzw. geänderten Gesetzen (Pflegerstärkungsgesetz (PSG I und II), Pflegepersonal-Stärkungsgesetz (PpSG), Pflegeberufegesetz (PflBG), Gesetz zur Verbesserung der Gesundheitsversorgung und Pflege (GPVG)) bereits erste Reformen eingeleitet, diese müssen aber von der Politik weiterentwickelt werden, um die pflegerische Versorgung und ihre Finanzierung sicherzustellen.

Zur nachhaltigen Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit hat die Stadtverordnetenversammlung mit Beschluss Nr. 0487 vom 12.12.2019 entschieden, einen Ersatzneubau für das Moritz-Lang-Haus mit 90 vollstationären und 14 Kurzzeit-Pflegeplätzen zu errichten. Die Entwurfsplanung sieht je 2 Wohngruppen mit zusammen 26 Pflegeplätzen auf 4 Etagen vor. Jede Wohngruppe erhält einen gemeinschaftlichen Wohnbereich mit Küche und Balkon, Funktions-, Lager- und Personalräumen. Alle Bewohnerzimmer werden als Einzelzimmer mit 14 m² Wohnfläche und barrierefreiem Bad ausgestattet. Der Bauantrag wurde am 02.06.2020 eingereicht. Der Ersatzneubau soll im Rahmen des Mietmodells von der WiBau GmbH realisiert werden. Die Verträge befinden sich in Vorbereitung und sollen kurzfristig unterzeichnet werden. Parallel dazu muss mittelfristig auch eine Lösung für das Toni-Sender-Haus gefunden werden. Insofern hat der Ausschuss für Soziales, Gesundheit, Integration, Kinder und Familie mit StVV-Beschluss Nr. 0123 vom 28. August 2019 den Magistrat gebeten zu prüfen, inwieweit am

Gesamtabschluss 2020

Standort Biebrich unter Beachtung der Seveso-Richtlinie ein Neubau möglich ist. Sollte dies nicht möglich sein, ist zu untersuchen, in welchem Ausmaß Sanierungsmaßnahmen durchgeführt werden können. Zur weiteren Klärung stehen Gespräche mit der Bauaufsicht aus.

Die Pflegesatzvereinbarungen endeten am 31. Juli 2020. Die mit den Kostenträgern vereinbarte pauschale Erhöhung sieht für den Zeitraum vom 01.08.2020 bis 31.01.2022 eine pauschale Erhöhung der Pflegentgelte sowie der Entgelte für Unterkunft und Verpflegung um 4,3 % vor. Die sich aus dem neuen Tarifvertrag vom 01.09.2020 bis 31.12.2022 ergebenden Personalkostensteigerungen im Jahr 2021 übersteigen die in der Pflegesatzvereinbarung vorgesehene Personalkostensteigerung, so dass zum 31.12.2020 eine Drohverlustrückstellung i. H. v. 80 TEUR gebildet werden musste.

Die Auswirkungen der Corona-Pandemie werden auch das Geschäftsjahr 2021 wesentlich beeinflussen. Die weitere Entwicklung ist noch nicht absehbar. Insbesondere wenn die Bundesregierung ihre Überlegungen umsetzt, den Pflegeschutzschirm für die Erstattung von Mindereinnahmen auf Fälle zu begrenzen, in denen die Umsatzeinbrüche auf behördliche Auflagen oder landesrechtliche Regelungen (Wiederbelegungsverbot) zurückzuführen sind. Dies dürfte mit erfolgreicher Impfung jedoch zukünftig die Ausnahme sein. Andererseits bietet das Fortschreiten der Impfungen aber die Chance der Vermeidung größerer Infektionsausbrüche in Pflegeheimen. Grundsätzlich positiv ist, dass die Grundlage für eine Verlängerung des Schutzschirms bis zum 30.06.2021 geschaffen wurde. Damit können weiterhin Mehraufwendungen zur Umsetzung der Schutzmaßnahmen erstattet werden.

Aufgrund des vom Gesetzgeber aufgestellten Schutzschirms gemäß den Feststellungen des GKV-Spitzenverbandes nach § 150 Abs. 2 und 3 SGB XI, geht die Geschäftsführung der AHW weiterhin davon aus, dass die Corona-Pandemie keine wesentlichen Auswirkungen auf das Ergebnis 2021 haben wird. Die Geschäftsführung erwartet für das Jahr 2021 ein ausgeglichenes Jahresergebnis.

Die **EGW** Gesellschaft für ein gesundes Wiesbaden mbH beschäftigt sich unter anderem mit der Profilierung und Stärkung der Landeshauptstadt Wiesbaden als Gesundheitsstadt sowie mit der Förderung des Gesundheitswesens in Wiesbaden durch geeignete Projekte und Maßnahmen. Darüber hinaus prüft die EGW, gemäß einem Gremienbeschluss der Landeshauptstadt Wiesbaden, wie unter Berücksichtigung von steuerlichen und gesellschaftsrechtlichen Aspekten eine Verzahnung der EGW mit der HSK (Dr. Horst-Schmidt-Kliniken) der städtischen Pflegegesellschaft und der Wiesbadener Seniorenzentren sichergestellt werden kann. Die EGW soll dadurch die strategische Steuerung der Gesellschaften in diesem Bereich bündeln und konzentrieren. Dazu hat die EGW ein Konzept mit alternativen Gestaltungsoptionen erarbeitet und vorgelegt. Chancen ergeben sich aus dem weiteren Ausbau und der Vermarktung der von der EGW entwickelten Internetplattform www.mymedAQ.de, dem neuen Gesundheitslotsensystem zur schnelleren und besseren Behandlung von Patienten. Damit verfolgt die EGW das Ziel zukünftig vermehrt Einnahmen aus der Vergabe von Lizenzen zu erwirtschaften.

Für die **Wiesbadener Jugendwerkstatt gemeinnützige GmbH** (WJW gGmbH) bestehen bestandsgefährdende Risiken in der Änderung der gesetzlichen Grundlagen und einer möglichen Verringerung der Inanspruchnahme der Leistungen durch die Zielgruppen. Darüber hinaus können konjunkturelle und arbeitsmarktpolitische Veränderungen, die nicht im Einflussbereich der WJW gGmbH liegen, Risiken darstellen, da hiervon die Zahl der Ausbildungen und Maßnahmen abhängen können, die aber maßgeblich für den Unternehmenserfolg sind. In 2019

Gesamtabschluss 2020

und 2020 wurden die Umbaukonzepte I (pädagogische Arbeit) und II (strategische Unternehmenspositionierung) erstellt, um die dauernde Leistungsfähigkeit der WJW sicherzustellen. In den Unternehmenskonzepten geht es vor allem um das Profil des Standortes Domäne Mechtildshausen, die Ausrichtung der Gastronomie, das Vermarktungskonzept der Erzeugnisse aus eigener Produktion, die Positionierung der WJW gGmbH als Bioland-Betrieb und auch um die Tierhaltung und die Produktion / Veredelung von Lebensmitteln. Neben dem Erhalt der Domäne Mechtildshausen für die Öffentlichkeit wurden die Ziele, Fokussierung auf den Satzungszweck „Bildungsträger“ und Reduzierung der Defizite definiert. Die Maßnahmen des Umbaukonzeptes müssen greifen, um die Gesellschaft dauerhaft wirtschaftlich zu stabilisieren.

Aus der Modernisierung der Markthalle ergeben sich Chancen die Ausbildungssituation in den verschiedenen Berufen der Sparte Einzelhandel und Gastronomie zu verbessern und die Kundenorientierung zu optimieren.

Derzeit finden Überlegungen statt, einen Campus auf der Domäne Mechtildshausen zu errichten und in dem Zusammenhang alle anderen Standorte zu schließen. Konkrete Pläne für die Zusammenlegung der Standorte Hasengartenstraße und Domäne Mechtildshausen zu einem Campus Domäne Mechtildshausen bedeuten einerseits erhebliche Investitionen. Andererseits entfallen aber auch die Kosten für den Abbau des Investitionsstaus der anderen Standorte. Zudem können Synergieeffekte entstehen, durch die Zentralisierung und durch die Optimierung der Werkstätten, die eine deutlich verbesserte Ausbildungssituation in diversen handwerklichen Berufen ermöglichen.

Risiken bestehen auch im weiteren Verlauf der Corona-Pandemie, da noch nicht abschätzbar ist, ob letztlich eine einbrechende Beschäftigungssituation am Arbeitsmarkt in der RheinMain-Region der WJW neue Geschäftsfelder erschließt oder ob dies zu einem Rückgang der Anzahl der Teilnehmenden auf ein niedrigeres Niveau, als vor der Corona-Pandemie, führt.

Nach wie vor bestehen Risiken, wenn jugendliche Teilnehmende Maßnahmen vorzeitig abbrechen. Mit den Maßnahmen aus dem Umbauprogramm 2019 soll die Abbrecherquote reduziert werden.

Die WJW ist zum 01.01.2021 dem Kommunalen Arbeitgeberverband (TVÖD) beigetreten. Damit gilt ein Überleitungstarifvertrag für alle Festangestellten. Die Umsetzung erfolgt über sukzessive Lohnsteigerungen. Dies wird deutlich höhere Personalkosten zur Folge haben. Das Kerngeschäft der Gesellschaft ist personalintensiv und Kostenersparnisse können nicht einfach durch eine Reduzierung des Personalbestandes realisiert werden.

Mittel- und langfristig sieht die Gesellschaft die Notwendigkeit die Erlöse aus Ausbildung und Beschäftigung zu erhöhen und nicht kostendeckende Geschäftsfelder zu analysieren und anzupassen. Neue Maßnahmen sind in Vorbereitung und werden die Erlössituation stabilisieren. Die konsequente Umsetzung des Umbaukonzeptes kann das Ergebnis weiter verbessern. Für den Geschäftsverlauf 2021 geht die Geschäftsführung davon aus, dass mit einer verschlechterten Ergebnissituation zu rechnen ist. Gründe sind vor allem die höheren Personalkosten durch die Bezahlung nach Tarifvertrag, die geringere Zahl der Ausbildungsbeginnenden in 2020 sowie eine relativ geringe Auslastung einzelner Maßnahmen im Bereich der Beschäftigung und Qualifizierung. Auch die lange Schließung der Gastronomie wird sich negativ aus-

Gesamtabschluss 2020

wirken. Voraussichtlich frühestens ab dem Jahr 2024 rechnet die Gesellschaft mit einem positiven Jahresergebnis. Die genauen Auswirkungen der „Corona-Pandemie“ auf die künftige Ergebnissituation lassen sich aber von der Geschäftsführung noch nicht genau absehen.

Der Eigenbetrieb **TriWiCon** bildet die Dachgesellschaft der **Wiesbaden Congress & Marketing GmbH (WiCM)**. Gegenstand der Gesellschaften ist die Aufgabenwahrnehmung auf dem Gebiet des Messe-, Kongress- und Veranstaltungswesens sowie des Tourismus und Stadtmarketings.

Um einem beihilferechtlichen Risiko zu begegnen, werden derzeit die Betrauungsakte auf die aktuellen Bedingungen angepasst.

Das in 2018 eröffnete RheinMain-CongressCenter (RMCC) stellt einen konkurrenzfähigen Messebau modernster Ausstattung und Bauweise dar. Einerseits bieten sich bei guter Auslastung Chancen für die Entwicklung der Kaufkraft durch die Umsätze, welche die Messebesucher in Wiesbaden tätigen. Andererseits ist der Neubau des RMCC jedoch mit erheblichen finanziellen Auswirkungen verbunden. So betragen die jährlichen Kapitalkosten (Abschreibungen und Zinsen) etwa 8 Mio. €. Es besteht ein Vermarktungsrisiko in Form der nicht ausreichenden Vermietung des RMCC, aber auch der anderen Veranstaltungslocations. Diesem Risiko wird durch intensive Akquise- und Marketingaktivität begegnet. Jedoch erscheint wegen der Corona-Pandemie auch im Jahr 2021 eine Vermarktung der Räumlichkeiten kaum möglich zu sein. Das RMCC beispielsweise diente im Jahr 2021 größtenteils als Impfzentrum und konnte in diesem Zeitraum nicht an Dritte vermietet werden. Insofern konnten (nach Konsolidierung) die Kapitalkosten nicht durch entsprechende Mieteinnahmen gedeckt werden.

Auf Grund der Corona-Pandemie ist eine fundierte Prognose der Umsätze nicht möglich. Die Unsicherheit, wann und in welchem Umfang das „normale“ Leben wieder vollständig startet, erschwert eine Zukunftsprognose. Für das Geschäftsjahr 2021 rechnet die Betriebsleitung der TriWiCon und der WiCM mit einem Fehlbetrag.

Aus der Positionierung der Landeshauptstadt Wiesbaden als Sportstadt und der in diesem Zusammenhang stattfindenden attraktivitätssteigernden Maßnahmen können sich für den Eigenbetrieb **mattiaqua** Chancen auf steigende Besuchszahlen, insbesondere im Segment Sport, sowie durch Maßnahmen im Touristiksektor im Segment Gesundheit und Wellness ergeben. Die im Rahmen der Neuausrichtung des Marketingauftritts entworfenen Maßnahmen im Bereich Social Media werden nach Ansicht der Betriebsleitung nach dem Ende der Pandemie eine positive Wirkung auf Besuchszahlen und Umsatzerlöse aus Besuchen entfachen. Auch im Rahmen der Umstellung auf ein neues einheitliches Kassensystem (Verbundsystem) sieht die Betriebsleitung nach Ende der Corona-Pandemie Chancen auf steigende Besucher- und Umsatzzahlen. Damit verbundene vereinfachte Kauf- und Einlassprozesse, der Einsatz moderner Kommunikationsmittel (Smartphone) für den Einlass und ein ausgereifter Webshop weisen ein deutliches Potential zur Attraktivitätssteigerung der Erlebniswelt Schwimmbad auf. Aufgrund der Corona-Pandemie konnte dieses Potential noch nicht vollumfänglich genutzt werden. Risiken bestehen, aufgrund der starken Abhängigkeit von der uneingeschränkten Funktionsfähigkeit der Einrichtungen, insbesondere im Bereich Gesundheit und Wellness, da hier ein Großteil der Umsätze erwirtschaftet wird. Technische oder bauliche Ausfälle in einer dieser Einrichtungen können daher erhebliche Auswirkungen auf die Ertragslage des Eigenbetriebs haben. In allen Wiesbadener Bädern besteht ein Investitions- und Instandhaltungsbedarf. Insbesondere im Hallenbad Mainzer Straße ist ein erheblicher Instandhaltungstau

Gesamtabschluss 2020

entstanden. In dieser Einrichtung werden rund 6 % der Umsatzerlöse aus Besuchen erwirtschaftet; damit ist das Hallenbad Mainzer Straße einer der stärksten Umsatztreiber außerhalb des Segments Gesundheit und Wellness. Durch den Instandhaltungsstau besteht in dieser Einrichtung ein erhöhtes Risiko von technischen oder baulichen Ausfällen, wodurch es zu deutlichen negativen Auswirkungen auf die Ertragslage durch Einschränkungen und / oder Teil- oder Vollschießungen kommen kann. Dies gilt grundsätzlich für alle Einrichtungen, in denen Instandhaltungsstau besteht.

Weitere finanzielle Risiken gehen mit dem Ersatzneubau des Freizeitbades „Mainzer Straße“ (Sportpark „Rheinhöhe“) einher. Die Baukosten für den neuen Sportpark „Rheinhöhe“ fallen um 35,5 Mio. € höher aus als ursprünglich geplant und belaufen sich auf 98,5 Mio. €. Hiervon nahm die Stadtverordnetenversammlung am 10.12.2020 Kenntnis. Die künftig daraus resultierenden Kapitalkosten (Abschreibung und Zinsen) werden die Erlöse voraussichtlich übersteigen. Das Beteiligungscontrolling überwacht das geplante Projekt über die Sitzung der Betriebskommission und versucht, Einfluss auf eine wirtschaftliche Ausgestaltung zu nehmen. Zudem ist Mattiaqua aufgrund des Beschlusses der Stadtverordnetenversammlung Nr. 0286 vom 17.09.2020 verpflichtet, einen monatlichen Bericht über die wirtschaftliche Entwicklung vorzulegen und die eingeleiteten Gegensteuerungsmaßnahmen darzustellen.

Mattiaqua ist ebenfalls dem Risiko von Katastrophen wie Hochwasser und Sturm, aber auch vermehrtem Schädlingsbefall ausgesetzt. Der Eintritt solcher Katastrophen kann insbesondere in dem Segment Freizeit zu erheblichen ungeplanten Aufwendungen und / oder Teil- oder Vollschießungen des Betriebs führen. Auch der Ausfall der Informationstechnologie kann zu massiven Einschränkungen im Segment Gesundheit und Wellness führen.

In den Einrichtungen besteht das Risiko von Unfällen und Verletzungen von Gästen. Auch wenn diesem Risiko durch geeignete und den Normen entsprechende Maßnahmen begegnet wird, kann nicht vollständig ausgeschlossen werden, dass es zu leichten und schweren Unfällen kommt. Hiermit gehen Haftungsrisiken einher.

Die Corona-Pandemie beeinflusst auch das Geschäftsjahr 2021. Aufgrund der erfolgten Schließungen der Einrichtungen, hoher Inzidenzzahlen und der schleppend verlaufenden Impfkampagne erwartet die Betriebsleitung für 2021 Umsatzerlöse aus Besuchen analog dem Vorjahr 2020.

Auch ist davon auszugehen, dass aufgrund des zu behebenden Instandhaltungsstaus und zu erwartenden Entgelterhöhungen die Kosten der Leistungserbringung wieder deutlich ansteigen werden.

Eine wesentliche Chance für den wirtschaftlichen Erfolg von **WITCOM** bietet das eigene gut ausgebaute Glasfasernetz, der Einsatz neuester Technologien sowie hohe Fachkompetenz und Servicequalität. Geschäftskunden streben weiterhin eine längerfristige, professionelle und qualitativ hochwertige Zusammenarbeit an. Zusätzliche Potentiale und Erweiterung der Dienstleistungen ergeben sich durch die Zusammenarbeit mit leistungsfähigen, spezialisierten Partnern. Der Netzausbau wird projektorientiert durchgeführt. Damit einhergehend bietet sich die Möglichkeit, neue Projekte in allen Bereichen der Datenkommunikation und Digitalisierung umzusetzen und dem steigenden Bedarf in diesen Bereichen gerecht zu werden. Die alterna-

Gesamtabschluss 2020

tiven Netzbetreiber und Versorgungsunternehmen sind hierbei wichtige Faktoren für einen flächendeckenden Glasfaserausbau. WiTCOM wird deshalb als professionelles, infrastruktur-basiertes Unternehmen an dieser Entwicklung in hohem Maße partizipieren.

Risiken ergeben sich durch den zunehmenden Preisverfall im Markt für „Standardprodukte“ und Flatrate-Angebote. Der Ausbau der DSL-Vectoring Technologie durch die Deutsche Telekom für den Massenmarkt kann gebietsweise Potentiale im unteren Mittelstandskundensegment bedrohen. Weiterhin wird der Glasfaserausbau, neben der Deutschen Telekom, auch durch alternative Netzanbieter in der Region und Gewerbegebieten vorangetrieben. Daher ist bei Anbindungsthemen ebenfalls mit stärkerem Wettbewerb zu rechnen. Der Preiskampf im Markt wird weiter zunehmen und mit Marktkonsolidierungen ist weiter zu rechnen. Bestandsgefährdende Risiken sind nach derzeitiger Einschätzung der gesetzlichen Vertreter aber nicht erkennbar. Die Gesellschaft geht für das Geschäftsjahr 2021 von einem positiven Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit aus. Die Corona-Pandemie wird keine wesentlichen negativen Auswirkungen auf das Geschäftsergebnis haben, da durch Home-Office-Arbeitsplätze einhergehend mit WEB- bzw. Telefonkonferenzen die Kunden ihre Bandbreiten aufrüsten und die Leistungen der WiTCOM verstärkt nachfragen.

Sowohl Chancen als auch Risiken ergeben sich durch den Rückkauf der Anteile i. H .v. 50,1 % an der **WIVERTIS GmbH** von der Atos SE. Der Eigentumsübergang wurde zum 01.01.2021 vollzogen. Der Kaufpreis beträgt rd. 1,1 Mio. €. Damit ist WIVERTIS ab dem Jahr 2021 eine 100 prozentige Tochter der LHW.

Der **Verbund der Landeshauptstadt Wiesbaden** wird regelmäßigen Betriebsprüfungen durch das Finanzamt Wiesbaden unterzogen. Hierbei bestehen Risiken, wenn die Prüfung das Erfordernis von Steuernachzahlungen ergibt. Soweit bezifferbar, wurden entsprechende Rückstellungen gebildet.

Es ist davon auszugehen, dass sich die vollen Auswirkungen der Corona-Pandemie erst im Jahr 2021 zeigen werden. Die Entwicklung der Gewerbesteuererträge, aber auch der privaten und öffentlichen Leistungsentgelte sowie der Aufwendungen bleibt abzuwarten. Finanzielle Risiken ergeben sich hierbei beispielsweise im Betrieb der Schwimmbäder (mattiaqua), im Veranstaltungs- und Messewesen (TriWiCon und WiCM) sowie im Verkehrswesen (ESWE Verkehr). Die Kernverwaltung ist auf die Kompensation ihrer Steuerausfälle durch Bund und Länder angewiesen, um die Folgen der Krise ausgleichen zu können.

Angesichts der Prognose und vor dem Hintergrund der bereits getroffenen politischen Entscheidungen und Zielsetzungen sowie der damit einhergehenden Projekte und Investitionsvorhaben, die neben den gesetzlichen Kernaufgaben und der Daseinsvorsorge zu finanzieren sind, steht der Gesamtverbund vor erheblichen Herausforderungen. Hier zu nennen wären Projekte bzw. Zielsetzungen wie:

- Bau des neuen Sportparks Rheinhöhe
- umwelt- und klimagerechte Stadtentwicklung mit allen damit zusammenhängenden Maßnahmen (Digitalisierung des Verkehrs, Ausbau des ÖPNV, Anschaffung Elektrobusse)
- soziale Gerechtigkeit (Wohnungsbau, insbesondere Sozialwohnungen, Kita- und Schulbau)
- Ausbau Infrastruktur (Kanalisation, Energieversorgung)

Gesamtabschluss 2020

Viele Investitionsvorhaben sind aufgrund der aktuellen wirtschaftlichen Lage mit unvorhersehbaren Kostensteigerungen verbunden (steigende Energiekosten, steigende Materialkosten). Diese müssen finanziert werden. Die Verwirklichung von weiteren geplanten Investitionen, wie der neue Stadtteil Ostfeld mit der dazugehörigen Infrastruktur (Kita, Schule, Straßen, Kanalisation, Energieversorgung) steht noch aus.

Dies alles hat einen maßgeblichen Einfluss auf die Entwicklung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Gesamtverbundes und erfordert eine vorausschauende Planung der Kernverwaltung und ihrer Aufgabenträger.

Angesichts dieser Herausforderungen stehen in allen Gesellschaften der Landeshauptstadt Wiesbaden und der Kernverwaltung weiterhin Strukturveränderungen und notwendige Optimierungsprozesse an, um das Leistungsspektrum für die Bürgerinnen und Bürger nachhaltig aufrechterhalten zu können.

Für den Verbund wird mit einem geringeren Gesamtergebnis für das Jahr 2021 gerechnet. Insgesamt gesehen ist der Verbund aber gut aufgestellt, um die stetige Erfüllung seiner Aufgaben dauerhaft zu sichern. Die dauerhafte Leistungsfähigkeit des Verbundes ist für die Zukunft gewährleistet.

1.3 Vorgänge von besonderer Bedeutung nach Abschluss des Haushaltsjahres

Für das mit rd. 270 ha größte Flächenentwicklungsprojekt „Ostfeld / Kalkofen“ im Südosten der Innenstadt wurde von der Stadtverordnetenversammlung am 17.09.2020 der Satzungsbeschluss einer „städtebaulichen Entwicklungsmaßnahme“ für den Bereich Ostfeld gefasst. Damit wird der Bodenwert aller Grundstücke im Areal eingefroren. Der Planungsprozess soll eine umfassende Bürgerbeteiligung beinhalten und wird inhaltlich offen mit der Zielsetzung gestartet, einen ausgewogenen Mix von Wohnen, Arbeiten und Freiflächen herzustellen sowie eine optionale Erweiterung der Deponie zu ermöglichen. Die aktuelle Kosten- und Finanzierungsübersicht (Stand 30.05.2022) schließt mit einem Ergebnis von -113,1 Mio. € ab. Dem werden später im Kernhaushalt insbesondere Soziale Infrastrukturen (Kitas, Schulen) in Höhe von 256,7 Mio. € sowie Grünanlagen und Ausgleichsmaßnahmen in Höhe von 63,6 Mio. € gegenüber stehen.

Mitte 2021 sackte die Salzbachtalbrücke der A 66 ab und wurde in Folge dessen total gesperrt. Damit einher ging auch die zeitweise Sperrung der darunter liegenden Straße sowie der darunter verlaufenden Bahntrasse zum Wiesbadener Hauptbahnhof. Dies führte zu einem Verkehrschaos im Wiesbadener Stadtgebiet in erheblichem Ausmaß. Seitens des Gesamtverbundes wurden bis zum Zeitpunkt der Berichterstellung diverse Maßnahmen ergriffen, die Kosten im einstelligen Millionenbereich verursachten. Ob alle damit im Zusammenhang stehenden Kosten (aktuelle und künftige Kosten), vollständig übernommen werden, bleibt abzuwarten.

Seit mehreren Jahren verhandelt die WJW erfolglos mit der Hessischen Landesgesellschaft mbH (HLG) über die Verlängerung des Pachtvertrages,²⁹ der die Basis zur Nutzung der Domäne Mechtildshausen darstellt. Nunmehr hat sich die Möglichkeit ergeben, die Domäne Mechtildshausen, den Sternenhof (alt) sowie angrenzende Ackerflächen von der HLG käuflich

²⁹ Der Pachtvertrag war bis zum Jahr 2005 befristet und verlängerte sich anschließend jährlich stillschweigend.

Gesamtabschluss 2020

zu erwerben. Diesbezüglich ist aktuell die Sitzungsvorlage Nr. 21-V-23-0238 im Umlauf, nach welcher die Kernverwaltung LHW die Grundstücksflächen der Domäne Mechtildshausen für einen 2 stelligen Millionenbetrag erwerben und mit der WJW einen Erbbaurechtsvertrag abschließen soll. Das Ergebnis der Stadtverordnetenversammlung steht zum Zeitpunkt der Berichterstellung noch aus.

Aktuell befindet sich eine Sitzungsvorlage (SV Nr. 21-V-01-0026) im Umlauf, nach welcher die Wohnungsunternehmen neu strukturiert werden sollen. Geplant ist ein „Drei Säulen-Modell“, welches zwischen 3 Geschäftsbereichen unterscheidet, „Wohnungsbau“ (GWW/GeWeGe), „Stadtentwicklung“ (SEG) und „Sonderimmobilien“ (WiBau). Die GWI entfällt als Zwischenholding und der WIM Liegenschaftsfonds wird in die WiBau eingebracht. Die gesellschaftsrechtliche Umsetzung der Reorganisation ist für den 01.01.2023 avisiert. Das Ergebnis der Stadtverordnetenversammlung steht zum Zeitpunkt der Berichterstellung noch aus.

Gesamtabschluss 2020

2. Konsolidierte Vermögens-, Ergebnis- und Finanzrechnung

2.1 Konsolidierte Vermögensrechnung³⁰

| AKTIVA Position | 31.12.2020 € | 31.12.2019 € | Veränderung Mio.€ % | |
|---|-------------------------|-------------------------|------------------------|--------------|
| 1 ANLAGEVERMÖGEN | | | | |
| 1.1 Immaterielle Vermögensgegenstände | | | | |
| 1.1.1 Konzessionen, Lizenzen und ähnliche Rechte | 4.588.187,39 | 5.498.077,56 | -0,9 | -16,5 |
| 1.1.2 Geleistete Investitionszuweisungen und -zuschüsse | 22.615.559,00 | 25.501.997,00 | -2,9 | -11,3 |
| 1.1.4 Geleistete Anzahlungen auf immaterielle Vermögensgegenstände | 1.528.990,51 | 569.465,51 | 1,0 | 168,5 |
| | 28.732.736,90 | 31.569.540,07 | -2,8 | -9,0 |
| 1.2 Sachanlagevermögen | | | | |
| 1.2.1 Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten auf fremden Grundstücken | 2.371.686.669,03 | 2.302.282.699,16 | 69,4 | 3,0 |
| 1.2.2 Sachanlagen im Gemeingebrauch, Infrastrukturvermögen | 838.110.209,01 | 825.678.812,79 | 12,4 | 1,5 |
| 1.2.3 Anlagen und Maschinen zur Leistungserstellung | 68.214.147,89 | 71.596.162,74 | -3,4 | -4,7 |
| 1.2.4 Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung | 116.553.608,17 | 106.332.046,94 | 10,3 | 9,6 |
| 1.2.5 Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau | 255.063.084,23 | 197.026.495,12 | 58,0 | 29,5 |
| | 3.649.627.718,33 | 3.502.916.216,75 | 146,7 | 4,2 |
| 1.3 Finanzanlagevermögen | | | | |
| 1.3.1 Anteile an verbundenen Unternehmen | 1.478.214,20 | 1.478.214,20 | 0,0 | 0,0 |
| 1.3.3 Beteiligungen | 317.426.849,38 | 312.185.914,47 | 5,2 | 1,7 |
| 1.3.4 Ausleihungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht | 29.276.943,81 | 28.849.883,15 | 0,5 | 1,5 |
| 1.3.5 Wertpapiere des Anlagevermögens | 100.799.790,37 | 50.799.790,37 | 50,0 | 98,4 |
| 1.3.6 Sonstige Ausleihungen (sonstige Finanzanlagen) | 98.012.939,59 | 98.880.702,71 | -0,9 | -0,9 |
| | 546.994.737,35 | 492.194.504,90 | 54,8 | 11,1 |
| 1.4 Sparkassenrechtliche Sonderbeziehungen | 173.640.000,00 | 173.640.000,00 | 0,0 | 0,0 |
| | 4.398.995.192,58 | 4.200.320.261,72 | 198,7 | 4,7 |
| 2 UMLAUFVERMÖGEN | | | | |
| 2.1 Vorräte einschließlich Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe | 8.449.693,72 | 7.676.670,87 | 0,8 | 10,1 |
| 2.2 Fertige und unfertige Erzeugnisse, Leistungen und Waren | 89.092.810,66 | 81.654.699,84 | 7,4 | 9,1 |
| 2.3 Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände | | | | |
| 2.3.1 Forderungen aus Zuweisungen, Zuschüssen, Transferleistungen, Investitionszuweisungen und -zuschüssen und Investitionsbeiträgen | 73.181.327,91 | 39.984.557,05 | 33,2 | 83,0 |
| 2.3.2 Forderungen aus Steuern und steuerähnlichen Abgaben, Umlagen | 31.445.182,35 | 31.656.112,08 | -0,2 | -0,7 |
| 2.3.3 Forderungen aus Lieferungen und Leistungen | 32.119.222,24 | 86.668.202,39 | -54,5 | -62,9 |
| 2.3.4 Forderungen gegen verbundene Unternehmen und gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht und Sondervermögen | 849.868,87 | 1.345.327,82 | -0,5 | -36,8 |
| 2.3.5 Sonstige Vermögensgegenstände | 46.539.087,85 | 54.302.316,45 | -7,8 | -14,3 |
| | 184.134.689,22 | 213.956.515,79 | -29,8 | -13,9 |
| 2.5 Flüssige Mittel | 355.408.035,15 | 353.676.821,53 | 1,7 | 0,5 |
| | 637.085.228,75 | 656.964.708,03 | -19,9 | -3,0 |
| 3 RECHNUNGSABGRENZUNGSPOSTEN | 36.167.677,69 | 35.237.277,03 | 0,9 | 2,6 |
| Summe Aktiva | 5.072.248.099,02 | 4.892.522.246,78 | 179,7 | 3,7 |

³⁰ Auf den Ausweis von Bilanzpositionen mit Nullsalden wird verzichtet.

Gesamtabschluss 2020

| PASSIVA Position | 31.12.2020 € | 31.12.2019 € | Veränderung Mio.€ % | |
|--|-------------------------|-------------------------|------------------------|-------------|
| 1 EIGENKAPITAL | | | | |
| 1.1 Netto-Position | 1.259.089.688,26 | 1.259.089.688,26 | 0,0 | 0,0 |
| 1.2 Rücklagen, Sonderrücklagen und Stiftungskapital | | | | |
| 1.2.2 Rücklagen aus Überschüssen des Ergebnisses | 247.162.776,09 | 261.530.469,02 | -14,4 | -5,5 |
| 1.2.4 Sonderrücklagen u. ergebnisneutrale EK-Änderungen | 3.527,57 | 3.527,57 | 0,0 | 0,0 |
| 1.2.5 Stiftungskapital | 1.527.682,20 | 1.527.682,20 | 0,0 | 0,0 |
| | 248.693.985,86 | 263.061.678,79 | -14,4 | -5,5 |
| 1.3 Gesamtbilanzgewinn/-verlust | 204.747.249,29 | 133.880.861,22 | 70,9 | 52,9 |
| 1.4 Anteile Dritter am Eigenkapital | 68.184.205,55 | 67.208.598,82 | 1,0 | 1,5 |
| | 1.780.715.128,96 | 1.723.240.827,09 | 57,5 | 3,3 |
| 2 SONDERPOSTEN | | | | |
| 2.1 Sonderposten für erhaltene Investitionszuweisungen, -zuschüsse und Investitionsbeiträge | | | | |
| 2.1.1 Zuweisungen vom öffentlichen Bereich | 195.327.781,80 | 179.830.145,74 | 15,5 | 8,6 |
| 2.1.2 Zuweisungen vom nicht öffentlichen Bereich | 17.938.232,63 | 18.629.378,06 | -0,7 | -3,7 |
| 2.1.3 Investitionsbeiträge | 27.687.572,47 | 29.444.551,60 | -1,8 | -6,0 |
| | 240.953.586,90 | 227.904.075,40 | 13,0 | 5,7 |
| 2.2 Sonstige Sonderposten | 38.650.372,78 | 41.299.199,79 | -2,6 | -6,4 |
| | 279.603.959,68 | 269.203.275,19 | 10,4 | 3,9 |
| 3 RÜCKSTELLUNGEN | | | | |
| 3.1 Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen | 626.985.406,44 | 617.028.169,19 | 10,0 | 1,6 |
| 3.2 Rückstellungen für Finanzausgleich und Steuerschuldverhältnisse | 2.670.590,32 | 3.994.810,54 | -1,3 | -33,1 |
| 3.3 Rückstellungen für die Rekultivierung und Nachsorge von Abfalldeponien | 106.274.726,57 | 100.339.143,37 | 5,9 | 5,9 |
| 3.4 Rückstellungen für die Sanierung von Altlasten | 11.326.082,35 | 11.333.792,98 | 0,0 | -0,1 |
| 3.5 Sonstige Rückstellungen | 196.357.375,15 | 179.538.213,03 | 16,8 | 9,4 |
| | 943.614.180,83 | 912.234.129,11 | 31,4 | 3,4 |
| 4 VERBINDLICHKEITEN | | | | |
| 4.2 Verbindlichkeiten aus Kreditaufnahmen | | | | |
| 4.2.1 Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten | 1.642.847.999,29 | 1.560.963.621,46 | 81,9 | 5,2 |
| 4.2.2 Verbindlichkeiten gegenüber öffentlichen Kreditgebern | 27.582.321,62 | 28.405.070,35 | -0,8 | -2,9 |
| 4.2.3 Sonstige Verbindlichkeiten aus Krediten | 133.101.740,83 | 139.823.279,14 | -6,7 | -4,8 |
| 4.2.4 Verbindlichkeiten aus Kreditaufnahmen für die Liquiditätssicherung | 0,00 | 600.000,00 | -0,6 | -100,0 |
| | 1.803.532.061,74 | 1.729.791.970,95 | 73,7 | 4,3 |
| 4.3 Verbindlichkeiten aus Zuweisungen und Zuschüssen, Transferleistungen und Investitionszuweisungen und -zuschüssen sowie Investitionsbeiträgen | 6.825.248,71 | 7.180.030,70 | -0,4 | -4,9 |
| 4.4 Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen | 84.833.061,94 | 75.778.025,56 | 9,1 | 11,9 |
| 4.5 Verbindlichkeiten aus Steuern und steuerähnlichen Abgaben | 11.296.891,27 | 16.885.320,00 | -5,6 | -33,1 |
| 4.6 Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen und gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht und Sondervermögen | 5.249.844,24 | 5.704.184,24 | -0,5 | -8,0 |
| 4.7 Sonstige Verbindlichkeiten | 106.829.465,01 | 106.573.853,59 | 0,3 | 0,2 |
| | 2.018.566.572,91 | 1.941.913.385,04 | 76,7 | 3,9 |
| 5 RECHNUNGSABGRENZUNGSPOSTEN | 49.748.256,64 | 45.930.630,35 | 3,8 | 8,3 |
| Summe Passiva | 5.072.248.099,02 | 4.892.522.246,78 | 179,7 | 3,7 |

Gesamtabschluss 2020

2.2 Konsolidierte Ergebnisrechnung

| Pos. | Bezeichnung | Ergebnis des Haushaltsjahres 2020 in € | Ergebnis des Vorjahres 2019 in € | Veränderung in | |
|---------------------------|--|--|--|-------------------|----------------|
| | | | | Mio. € | % |
| 1 | Privatrechtliche Leistungsentgelte | 652.162.917,65 | 737.528.631,82 | -85,4 | -11,6 |
| 2 | Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte | 122.577.416,56 | 131.973.432,40 | -9,4 | -7,1 |
| 3 | Kostensatzleistungen und -erstattungen | 18.577.010,84 | 17.276.386,08 | 1,3 | 7,5 |
| 4 | Bestandsveränderungen und aktivierte Eigenleistungen | 24.826.031,90 | 3.163.723,72 | 21,7 | 684,7 |
| 5 | Steuern und steuerähnliche Erträge einschließlich Erträge aus gesetzlichen Umlagen | 619.317.368,42 | 661.234.014,27 | -41,9 | -6,3 |
| 6 | Erträge aus Transferleistungen | 245.620.302,19 | 232.098.434,19 | 13,5 | 5,8 |
| 7 | Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen für laufende Zwecke und allgemeine Umlagen | 408.065.236,78 | 228.182.025,02 | 179,9 | 78,8 |
| 8 | Erträge aus der Auflösung von Sonderposten aus Investitionszuweisungen, -zuschüssen und Investitionsbeiträge | 17.055.808,88 | 17.455.028,44 | -0,4 | -2,3 |
| 9 | Sonstige ordentliche Erträge | 67.418.063,84 | 55.306.796,34 | 12,1 | 21,9 |
| 10 | Summe der ordentlichen Erträge | 2.175.620.157,06 | 2.084.218.472,28 | 91,4 | 4,4 |
| 11 | Personalaufwendungen | 527.631.926,19 | 501.309.975,66 | 26,3 | 5,3 |
| 12 | Versorgungsaufwendungen | 67.089.825,02 | 89.579.328,28 | -22,5 | -25,1 |
| 13 | Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen | 640.918.063,16 | 658.288.099,46 | -17,4 | -2,6 |
| 14 | Abschreibungen | 171.464.907,74 | 153.900.449,88 | 17,6 | 11,4 |
| 15 | Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse sowie besondere Finanzaufwendungen | 135.255.055,51 | 125.489.733,59 | 9,8 | 7,8 |
| 16 | Steueraufwendungen einschließlich Aufwendungen aus gesetzlichen Umlageverpflichtungen | 126.018.206,00 | 136.917.124,22 | -10,9 | -8,0 |
| 17 | Transferaufwendungen | 414.754.737,43 | 397.941.770,69 | 16,8 | 4,2 |
| 18 | Sonstige ordentliche Aufwendungen | 14.254.055,03 | 12.926.334,71 | 1,3 | 10,3 |
| 19 | Summe der ordentlichen Aufwendungen | 2.097.386.776,08 | 2.076.352.816,49 | 21,0 | 1,0 |
| 20 | Verwaltungsergebnis | 78.233.380,98 | 7.865.655,79 | 70,4 | 894,6 |
| 21 | Finanzerträge | 46.326.719,13 | 40.524.328,74 | 5,8 | 14,3 |
| 22 | Zinsen und ähnliche Aufwendungen | 51.586.584,84 | 55.553.802,51 | -4,0 | -7,1 |
| 23 | Finanzergebnis | -5.259.865,71 | -15.029.473,77 | 9,8 | 65,0 |
| 24 | Ordentliches Ergebnis | 72.973.515,27 | -7.163.817,98 | 80,1 | 1.118,6 |
| 25 | Außerordentliche Erträge | 14.759.916,88 | 53.104.538,11 | -38,3 | -72,2 |
| 26 | Außerordentliche Aufwendungen | 12.077.751,32 | 19.062.880,78 | -7,0 | -36,6 |
| 27 | Außerordentliches Ergebnis | 2.682.165,56 | 34.041.657,33 | -31,4 | -92,1 |
| 28 | Jahresüberschuss/-fehlbetrag | 75.655.680,83 | 26.877.839,35 | 48,8 | 181,5 |
| 29 | Anderen Gesellschaftern zustehendes Ergebnis | -19.156.985,69 | -17.604.533,90 | | |
| Ergebnisverwendung | | | | | |
| 30 | Ergebnisvortrag aus Vorjahren | 133.880.861,22 | 145.516.486,71 | | |
| 31 | Entnahme / Zuführung zu den Rücklagen | 14.367.692,93 | -20.908.930,94 | | |
| 32 | Gesamtbilanzgewinn/-verlust | 204.747.249,29 | 133.880.861,22 | | |

Gesamtabschluss 2020

2.3 Konsolidierte Finanzrechnung

| Ziffer | Rechen- vor- schrift | Posteninhalt | Ergebnis des Jahres 2020 in € |
|-----------|----------------------------|--|-------------------------------------|
| 1 | | Periodenergebnis (Konzernjahresüberschuss/-fehlbetrag einschließlich Ergebnisanteile anderer Gesellschafter) | 75.655.681 |
| 2 | + / - | Abschreibungen/ Zuschreibungen auf Gegenstände des Anlagevermögens | 127.416.708 |
| 3 | + / - | Zunahme/ Abnahme der Rückstellungen | 29.174.107 |
| 3a | - | Erträge aus der Auflösung von Sonderposten für erhaltene Investitionsweisungen, -beiträge u. -zuschüsse | -17.055.809 |
| 4 | + / - | Sonstige zahlungsunwirksame Aufwendungen/ Erträge | 12.689.020 |
| 5 | - / + | Zunahme/ Abnahme der Vorräte, Forderungen aus Lieferungen und Leistungen sowie anderer Aktiva, die nicht der Investitions- oder der Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind | 24.490.039 |
| 6 | + / - | Zunahme/ Abnahme der Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen sowie anderer Passiva, die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind | 13.544.997 |
| 7 | - / + | Gewinn/ Verlust aus dem Abgang von Gegenständen des Anlagevermögens | 7.349.881 |
| 8 | + / - | Zinsaufwendungen/ Zinserträge | 47.458.238 |
| 9 | - | Sonstige Beteiligungserträge | -34.349.733 |
| 10 | + / - | Aufwendungen/ Erträge von außergewöhnlicher Größenordnung oder außergewöhnlicher Bedeutung | -65.991.416 |
| 11 | + / - | Ertragsteueraufwand/-ertrag | -494.232.636 |
| 12 | + | Einzahlungen im Zusammenhang mit Erträgen von außergewöhnlicher Größenordnung oder außergewöhnlicher Bedeutung | 0 |
| 13 | - | Auszahlungen im Zusammenhang mit Aufwendungen von außergewöhnlicher Größenordnung oder außergewöhnlicher Bedeutung | 0 |
| 14 | - / + | Ertragsteuerzahlungen | 483.933.832 |
| 15 | | Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit (Summe aus 1 bis 14) | 210.082.909 |
| 16 | + | Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des immateriellen Anlagevermögens | 5.811 |
| 17 | - | Auszahlungen für Investitionen in das immaterielle Anlagevermögen | -4.672.260 |
| 18 | + | Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des Sachanlagevermögens | 7.714.555 |
| 19 | - | Auszahlungen für Investitionen in das Sachanlagevermögen | -275.402.214 |
| 20 | + | Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des Finanzanlagevermögens | 1.639.973 |
| 21 | - | Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen | -52.433.800 |
| 22 | + | Einzahlungen aus Abgängen aus dem Konsolidierungskreis | 0 |
| 23 | - | Auszahlungen für Zugänge zum Konsolidierungskreis | 0 |
| 24 | + | Einzahlungen aufgrund von Finanzmittelanlagen im Rahmen der kurzfristigen Finanzdisposition | 0 |
| 25 | - | Auszahlungen aufgrund von Finanzmittelanlagen im Rahmen der kurzfristigen Finanzdisposition | 0 |
| 26 | + | Einzahlungen im Zusammenhang mit Erträgen von außergewöhnlicher Größenordnung oder außergewöhnlicher Bedeutung | 0 |
| 27 | - | Auszahlungen im Zusammenhang mit Aufwendungen von außergewöhnlicher Größenordnung oder außergewöhnlicher Bedeutung | 0 |
| 28 | + | Erhaltene Zinsen | 3.930.588 |
| 29 | + | Erhaltene Dividenden | 30.043.798 |
| 30 | | Cashflow aus der Investitionstätigkeit (Summe aus 16 bis 29) | -289.173.550 |

Gesamtabschluss 2020

| | | | |
|-----------|-------|--|--------------------|
| 31 | + | Einzahlungen aus Eigenkapitalzuführungen von Gesellschaftern des Mutterunternehmens | 0 |
| 32 | + | Einzahlungen aus Eigenkapitalzuführungen von anderen Gesellschaftern | 0 |
| 33 | - | Auszahlungen aus Eigenkapitalherabsetzungen an Gesellschafter des Mutterunternehmens | 0 |
| 34 | - | Auszahlungen aus Eigenkapitalherabsetzungen an andere Gesellschafter | 0 |
| 35 | + | Einzahlungen aus der Begebung von Anleihen und der Aufnahme von (Finanz-) Krediten | 268.437.960 |
| 36 | - | Auszahlungen aus der Tilgung von Anleihen und (Finanz-) Krediten | -194.097.869 |
| 37 | + | Einzahlungen aus erhaltenen Zuschüssen/ Zuwendungen | 94.771.240 |
| 38 | + | Einzahlungen im Zusammenhang mit Erträgen von außergewöhnlicher Größenordnung oder außergewöhnlicher Bedeutung | 0 |
| 39 | - | Auszahlungen im Zusammenhang mit Aufwendungen von außergewöhnlicher Größenordnung oder außergewöhnlicher Bedeutung | 0 |
| 40 | - | Gezahlte Zinsen | -49.508.097 |
| 41 | - | Gezahlte Dividenden an Gesellschafter des Mutterunternehmens | 0 |
| 42 | - | Gezahlte Dividenden an andere Gesellschafter | -18.181.379 |
| 43 | | Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit (Summe aus 31 bis 42) | 101.421.854 |
| 44 | | Zahlungswirksame Veränderungen des Finanzmittelfonds (Summe aus 15, 30, 43) | 22.331.214 |
| 45 | + / - | Wechselkurs- und bewertungsbedingte Änderungen des Finanzmittelfonds | -20.000.000 |
| 46 | + / - | Konsolidierungskreisbedingte Änderungen des Finanzmittelfonds | 0 |
| 47 | + | Finanzmittelfonds am Anfang der Periode | 353.076.822 |
| 48 | = | Finanzmittelfonds am Ende der Periode (Summe aus 44 bis 47) | 355.408.035 |
| | + | Verbindlichkeiten aus Kreditaufnahmen für Liquiditätssicherung | 0 |
| | = | Flüssige Mittel | 355.408.035 |

Gesamtabschluss 2020

3. Anhang

3.1 Allgemeine Angaben

3.1.1 Rechtliche Grundlagen

Die rechtlichen Grundlagen für die Erstellung des Gesamtabschlusses bilden die Hessische Gemeindeordnung (HGO) und die Gemeindehaushaltsverordnung (GemHVO) in der jeweils gültigen Fassung. Die Hinweise zur GemHVO des hessischen Staatsministeriums des Innern und für Sport wurden beachtet.

Durch den Verweis in § 112 a Abs. 4 HGO auf das Handelsgesetzbuch (HGB) sind einige Konsolidierungsvorschriften des HGB auf den Gesamtabschluss anzuwenden. Der Verweis bezieht sich auf die §§ 300 bis 307 HGB (handelsrechtliche Vorschriften zur Vollkonsolidierung) sowie § 311, § 312 HGB und § 290 HGB.

Da ein Verweis auf § 308 HGB fehlt, konnte auf eine einheitliche Bewertung der Vermögensgegenstände und Schulden durch die LHW und die einbezogenen Aufgabenträger verzichtet werden (vgl. 3.2 Hinweise zu § 53 GemHVO).

Die Hinweise zu § 53 GemHVO sehen gem. 5.2 bei der Kapitalkonsolidierung ein Wahlrecht hinsichtlich der Bewertungsmethode vor. Dieses wurde zugunsten der Buchwertmethode ausgeübt.

Gem. 5.4 der Hinweise können (Teil-)Konzernabschlüsse einzubeziehender Aufgabenträger als Konsolidierungsbasis verwendet werden.

Aufrechnungsdifferenzen, die nicht mit vertretbarem Aufwand zu klären waren, dürfen gemäß 6.4 der Hinweise ergebniswirksam verrechnet werden.

3.1.2 Abgrenzung des Konsolidierungskreises

Im Gesamtabschluss der LHW hat die Kernverwaltung die Funktion des (obersten) Mutterunternehmens. Der Konsolidierungskreis setzt sich daher aus allen verbundenen und assoziierten Unternehmen der LHW zusammen, soweit sie nicht wegen Nachrangigkeit keine Berücksichtigung finden.

Zu den **verbundenen** zählen alle Unternehmen, auf die die LHW einen beherrschenden Einfluss ausübt, ihr also z. B. unmittelbar oder mittelbar die Mehrheit der Stimmrechte zusteht. Hierzu zählen auch die Eigenbetriebe.

Folgende wesentliche Änderungen haben sich im Jahr 2020 im Konsolidierungskreis (ohne WVV Teilkonzern) ergeben:

Die Gesellschaften **HSK Pflege GmbH** und **Feierabend Simeonhaus GmbH** sind zum 01.01.2020 auf die **EGW Gesellschaft für ein gesundes Wiesbaden mbH** verschmolzen.

Gesamtabschluss 2020

Stehen der LHW unmittelbar oder mittelbar mind. 20 % bis einschl. 50 % der Stimmrechte zu, wird von einem maßgeblichen Einfluss auf die Geschäfts- und Finanzpolitik des Unternehmens ausgegangen. Diese als **assoziiert** bezeichneten Unternehmen werden mit dem anteiligen Eigenkapital angesetzt.

Die HGO hat zur Bestimmung des Konsolidierungskreises den Begriff des Aufgabenträgers eingeführt. Die Definition des Aufgabenträgers richtet sich nach den Bestimmungen des § 112 a Abs. 1 HGO und bezeichnet eine wirtschaftlich und organisatorisch selbstständige Organisationseinheit in privatrechtlicher oder öffentlich-rechtlicher Form, die wirtschaftliche, nicht-wirtschaftliche oder hoheitliche Aufgaben der LHW erfüllt. Zu den Aufgabenträgern zählen u. a. rechtlich selbstständige Gesellschaften (z. B. GmbHs) sowie Eigenbetriebe, aber auch Anstalten des öffentlichen Rechts und Stiftungen.

Auf die Einbeziehung der Nassauischen Sparkasse in den Konsolidierungskreis wurde gemäß § 112 a Abs. 1 Nr. 2 HGO verzichtet. An sonstigen Anstalten des öffentlichen Rechts ist die LHW nicht beteiligt.

Für den Abwasserzweckverband Flörsheim, an dem die LHW mit 36,8 % beteiligt ist, lagen die Voraussetzungen des § 112 a Abs. 1 Nr. 3 HGO grundsätzlich vor. Eine Einbeziehung at equity ist jedoch nicht erfolgt, da der Zweckverband bei der Erstellung und Prüfung seiner Jahresabschlüsse im Verzug ist. Sie würde aufgrund Nachrangigkeit voraussichtlich auch nicht erfolgen.

Bei der Stiftung Stadtmuseum Wiesbaden handelt es sich um eine rechtlich selbstständige Stiftung, die von der Landeshauptstadt Wiesbaden errichtet wurde und in die Vermögen (Nassauische Altertümer) eingebracht wurde. Sie ist insofern gemäß § 112 a Abs. 1 Nr. 5 HGO in den Gesamtabschluss einzubeziehen. Wegen nachrangiger Bedeutung wird aber auf die Konsolidierung verzichtet.

Aufgabenträger gem. § 112 a Abs. 1 Nr. 6 HGO (dies sind Aufgabenträger mit kaufmännischer Rechnungslegung, deren finanzielle Grundlage wegen rechtlicher Verpflichtung wesentlich durch die Gemeinde gesichert wird) sind derzeit bei der LHW nicht vorhanden.

Daher konnte der Begriff des Aufgabenträgers in der LHW auf Unternehmen reduziert werden.

Unternehmen, die zum Konsolidierungskreis zählen, jedoch von nachrangiger Bedeutung für die Darstellung der tatsächlichen Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der LHW sind, müssen nicht in den Gesamtabschluss nach der Vollkonsolidierungsmethode einbezogen werden.

Gemäß den Hinweisen zur Gemeindehaushaltsverordnung, die durch den Erlass „Ausgestaltung der rechtlichen Vorgaben zum Gesamtabschluss“ des HMdIS vom 22.08.2016 modifiziert wurden, ist eine nachrangige Bedeutung von einzelnen Aufgabenträgern anzunehmen, wenn der auf die Gemeinde entfallende Anteil der Bilanzsumme und der auf die Gemeinde entfallende Anteil der ordentlichen Erträge eines Aufgabenträgers 5 % der Summe aller (nicht konsolidierten) ordentlichen Erträge und 5 % der (nicht konsolidierten) Bilanzsumme aller konsolidierungspflichtigen Unternehmen und der LHW nicht übersteigen. Die LHW muss die Aufgabenträger einbeziehen, wenn beide Wertgrenzen an den Abschlussstichtagen von zwei aufeinanderfolgenden Haushaltsjahren überschritten werden. Eine Überprüfung erfolgt jährlich.

Gesamtabschluss 2020

Aufgabenträger von nachrangiger Bedeutung, die deshalb nicht in den Konsolidierungskreis der LHW aufgenommen wurden sind folgende:

Verbundene Unternehmen

- Exina GmbH
- Bürgersolaranlagen GmbH

Rechtlich selbständige Stiftungen

- Stiftung Stadtmuseum Wiesbaden

Assoziierte Unternehmen

- DBW Recycling GmbH & Co. KG
- DBW Recycling Verwaltungs GmbH
- Abwasserzweckverband Flörsheim
- EGM Entwicklungsgesellschaft Metropolregion Rhein-Main GmbH

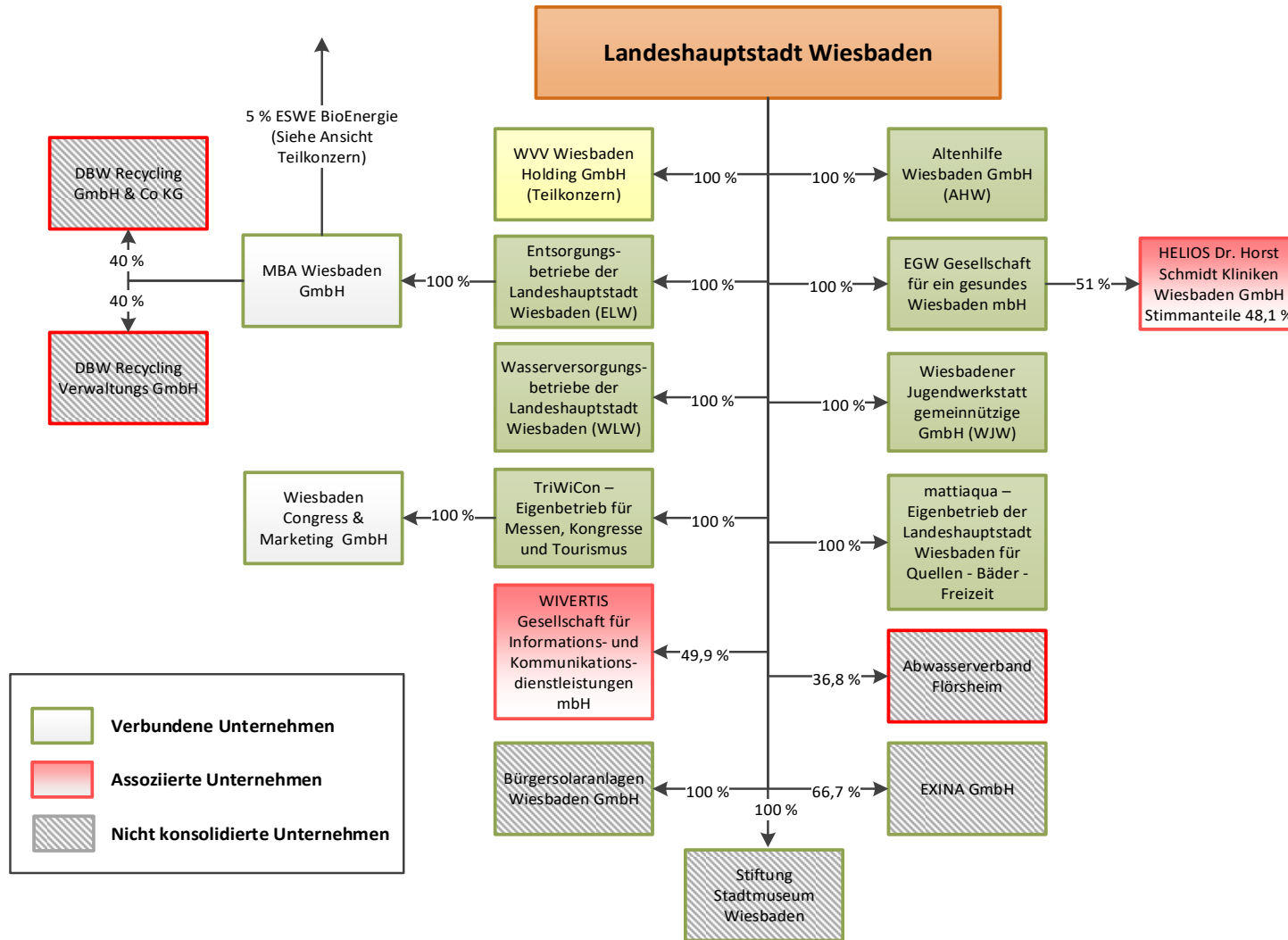
Die WVV Wiesbaden Holding GmbH wird mit ihren Tochtergesellschaften über den geprüften und testierten Konzernabschluss als Teilkonzern in den Gesamtabschluss einbezogen. Die dort ausgeübten Einbeziehungswahlrechte wurden beibehalten. Im Konsolidierungskreis der WVV ergaben sich im Berichtsjahr folgende wesentliche Veränderungen:

Die CityBahn GmbH, an der die WVV Wiesbaden Holding GmbH 32,45% der Anteile hielt, wurde zum 31.12.2020 aufgelöst, da der Gesellschaftszweck entfallen ist.

Eine Übersicht der in den Konsolidierungskreis aktuell einbezogenen Unternehmen ist der folgenden Darstellung zu entnehmen.

Zu weiteren Angaben gemäß § 55 Abs. 2 GemHVO wird auf den Beteiligungsbericht 2020 verwiesen.

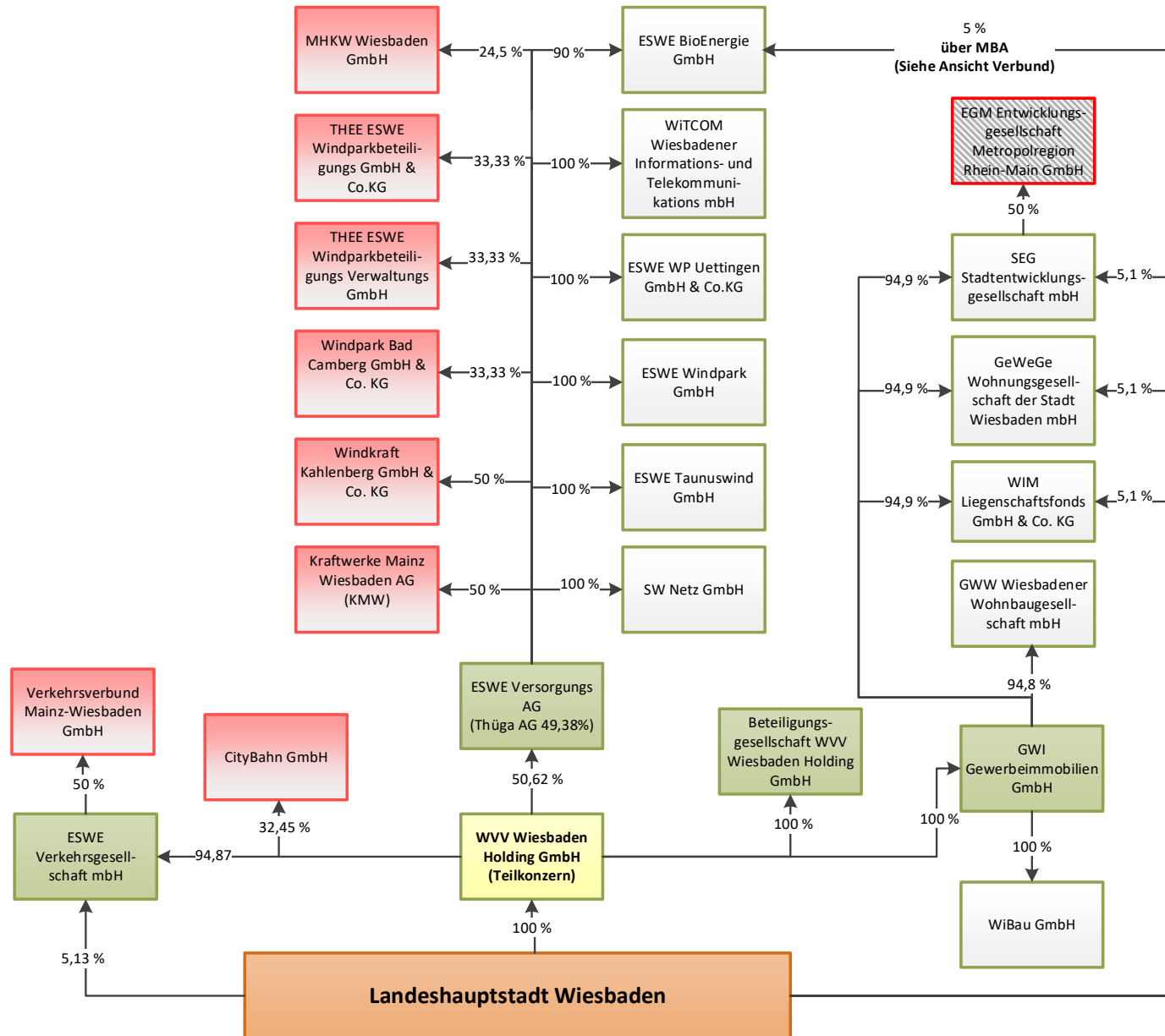
Gesamtabschluss 2020



Verbundene Unternehmen
 Assoziierte Unternehmen
 Nicht konsolidierte Unternehmen

Ansicht Verbund

Gesamtabschluss 2020



Ansicht Teilkonzern

Gesamtabschluss 2020

3.1.3 Konsolidierungsgrundsätze

Kommunen erbringen ihre Leistungen gemeinsam mit ihren Beteiligungen. Die Leistungen der LHW werden auch in einem Zusammenwirken der städtischen Ämter mit den Beteiligungen innerhalb des Verbundes erbracht. In einem Gesamtabschluss sind die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage gemäß § 297 Abs. 3 HGB nun so darzustellen, als ob die LHW und ihre Aufgabenträger insgesamt ein einziger Aufgabenträger wären. Dazu sind im Rahmen der Gesamtabschlussstellung die internen Verflechtungen zu eliminieren und die Gesamtleistung des Verbundes an Dritte darzustellen. Die Eliminierung erfolgt durch die Kapital-, Schulden-, Aufwands- und Ertragskonsolidierung sowie durch die Zwischenergebniseliminierung.

Kapitalkonsolidierung

Bei der Kapitalkonsolidierung werden die Beteiligungsbuchwerte der Anteile an den einbezogenen Aufgabenträgern mit dem auf diese Anteile entfallenden Eigenkapital der Aufgabenträger verrechnet. Diese Verrechnung ist notwendig, da eine einfache Addition der Buchwerte zu einer Doppelerfassung führen würde.

At-Equity-Konsolidierung

Die at-Equity einbezogenen Aufgabenträger werden mit dem anteiligen Eigenkapital zu Buchwerten angesetzt. Die Wertansätze der Beteiligungen sind nach § 312 Abs. 4 HGB in den Folgejahren um den Betrag der anteiligen Eigenkapitalveränderungen zu erhöhen oder zu vermindern. Auf die Beteiligung entfallende Gewinnausschüttungen sind abzusetzen.

| At-Equity angesetzte Aufgabenträger | Stand 01.01.2020 in € | anteilige Eigenkapital- veränderung in € | Stand 31.12.2020 in € |
|--|-----------------------------|---|-----------------------------|
| HSK Dr. Horst Schmidt Kliniken GmbH* | 0 | 0 | 0 |
| WIVERTIS Wiesbadener Informations- u. Telekommunikationsgesellschaft mbH | 484.813 | -198.578 | 286.235 |

*Ausweis mit 0 € wegen negativem Eigenkapital

Die Ansätze sind entsprechend der Entwicklung des Eigenkapitals auf den Stichtag fortgeschrieben.

Schuldenkonsolidierung

Im Rahmen der Schuldenkonsolidierung gem. § 303 HGB werden gewährte und erhaltene Investitionszuwendungen, Anzahlungen, Ausleihungen und andere Forderungen, Rückstellungen und

Gesamtabschluss 2020

Verbindlichkeiten zwischen den in den Gesamtabschluss einbezogenen verbundenen Unternehmen einschließlich der LHW sowie entsprechende Rechnungsabgrenzungsposten eliminiert.

Aufwands- und Ertragskonsolidierung

In der zusammengefassten Ergebnisrechnung werden entsprechend § 305 HGB alle Erträge aus Beziehungen zwischen verbundenen Unternehmen mit den entsprechenden Aufwendungen verrechnet, soweit sie nicht als Erhöhung des Bestands an fertigen und unfertigen Erzeugnissen oder als andere aktivierte Eigenleistungen ausgewiesen werden.

Zwischenergebniseliminierung

§ 304 HGB verlangt, dass in den Gesamtabschluss aufzunehmende Vermögensgegenstände, die ganz oder teilweise auf Lieferungen oder Leistungen zwischen in den Gesamtabschluss einbezogenen Aufgabenträgern beruhen, in der zusammengefassten Vermögensrechnung mit einem Betrag angesetzt werden, zu dem sie angesetzt werden könnten, wenn die in den Gesamtabschluss einbezogenen Aufgabenträger auch rechtlich eine Einheit bilden würden.

Bei konzerninternen Veräußerungen von Anlagevermögen wird eine Zwischenergebniseliminierung durchgeführt. Ansonsten wird entsprechend des Erlasses zur Ausgestaltung der rechtlichen Vorgaben zum Gesamtabschluss des Hessischen Ministeriums des Innern und für Sport vom 22.08.2016 auf eine Zwischenergebniseliminierung verzichtet.

Entstandene Gewinne aus Grundstücksverkäufen zwischen den zu konsolidierenden Aufgabenträgern wurden, falls vorhanden, neutralisiert.

Wesentlichkeit

§ 303 Abs. 2, § 304 Abs. 2 und § 305 Abs. 2 HGB erlauben einen Verzicht auf Konsolidierungsmaßnahmen, wenn die Beträge für die Vermittlung eines den tatsächlichen Verhältnissen entsprechenden Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Verbundes nur von untergeordneter Bedeutung sind. Die Hinweise des Ministeriums des Innern und für Sport zu § 53 GemHVO gehen in 6.5, 7.2, und 8.3 auf eine mögliche Quantifizierung ein und verweisen auf die Regelung aus Nr. 2.11 ff. der Hinweise. Die Hinweise sind durch den Erlass vom 22.08.2016 des Hessischen Ministeriums des Innern und für Sport modifiziert. Die hier zugrunde gelegte Wesentlichkeitsgrenze bewegt sich im Rahmen dieser Vorgaben.

Gesamtabschluss 2020

3.1.4 Angaben zu Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Auf eine einheitliche Bewertung wurde verzichtet, da gemäß Nr. 3.2 der Hinweise des Hessischen Ministeriums des Innern und für Sport zu § 53 GemHVO von den Aufgabenträgern auch bei abweichenden Ansatz- und Bewertungsvorschriften grundsätzlich keine Anpassung der Posten für den Gesamtabschluss vorgenommen werden muss. Im Folgenden werden daher lediglich kurzrassisch die wesentlichen Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden der LHW, des WVV Konzerns und der ELW wiedergegeben, die am Stichtag 46 % (LHW), 41 % (WVV) und 8 % (ELW) also insgesamt rd. 95 % zum Gesamtvermögen des Verbundes der LHW und ihrer Aufgabenträger beitrugen. Im Übrigen wird auf die jeweiligen Darstellungen in den Einzelabschlüssen verwiesen.

AKTIVA

Immaterielle Vermögensgegenstände und Sachanlagevermögen

Die immateriellen Vermögensgegenstände sind zu Anschaffungskosten bewertet und werden linear nach der betriebsgewöhnlichen Nutzungsdauer abgeschrieben. Investitionszuschüsse an Dritte sind als immaterielle Vermögensgegenstände ausgewiesen und werden grundsätzlich über den Zeitraum der Zweckbindung abgeschrieben.

Sachanlagen werden zu Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten abzüglich planmäßiger Abschreibungen bzw. bei voraussichtlich dauernder Wertminderung zum niedrigeren beizulegenden Wert bewertet. Für die Eröffnungsbilanzwerte der Kernverwaltung der LHW wurden die entsprechenden Sonderregelungen zugrunde gelegt. Die Nutzungsdauer für die Vermögensgegenstände der Kernverwaltung der LHW orientiert sich grundsätzlich an der kommunalen Abschreibungstabelle Hessen, für die Aufgabenträger an den handelsrechtlichen Vorschriften. Für den Deponiekörper findet die leistungsabhängige Abschreibung nach § 7 Abs. 1 Satz 6 EStG Anwendung.

Finanzanlagen

Die Eigenbetriebe der Kernverwaltung werden jährlich überprüft und gegebenenfalls phasengleich abgewertet, beziehungsweise maximal bis zur Höhe der Anschaffungskosten zugeschrieben. Bei den sonstigen Aufgabenträgern sind die Finanzanlagen zu Anschaffungskosten bewertet, gegebenenfalls - bei voraussichtlich dauerhafter oder vorübergehender Wertminderung - unter Absetzung außerplanmäßiger Abschreibungen zu korrigieren.

Umlaufvermögen

Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe werden - soweit keine Verbrauchsfiktion unterstellt und folglich kein Wert angesetzt wurde - zu durchschnittlichen fortgeschriebenen Einstandspreisen bewertet. Zudem wurde das strenge Niederstwertprinzip beachtet. Fertige und unfertige Erzeugnisse und Leistungen werden zu Herstellungs- bzw. Anschaffungskosten bewertet. Bestandsrisiken aufgrund

Gesamtabschluss 2020

langer Lagerdauer oder verminderter Verwertbarkeit wird grundsätzlich durch angemessene Wertabschläge Rechnung getragen.

Forderungen, sonstige Vermögensgegenstände und flüssige Mittel sind grundsätzlich zum Nennbetrag angesetzt. Bei den Forderungen aus Lieferungen und Leistungen wurden Ausfallrisiken durch angemessene Einzelwertberichtigungen sowie durch pauschale Wertberichtigungen berücksichtigt.

Aktive Rechnungsabgrenzung

Die Rechnungsabgrenzungsposten sind mit dem Nennwert bilanziert.

Aktive latente Steuern

Gem. § 274 HGB wurde bei den Aufgabenträgern von dem Wahlrecht Gebrauch gemacht, die aktiven latenten Steuern nicht in der Bilanz auszuweisen. Auf eine gesonderte Ermittlung von aktiven latenten Steuern auf Ebene des Gesamtabschlusses wird entsprechend der Hinweise des Ministeriums des Innern und für Sport verzichtet.

PASSIVA

Eigenkapital

Die Nettoposition (Basiskapital) ergab sich als Saldo von Vermögen mit (zweckgebundenen) Rücklagen, Sonderrücklagen und Schulden in der Eröffnungsbilanz der Kernverwaltung zum 01.01.2007.

Sonderposten

Erhaltene Zuschüsse für Investitionen, Zuweisungen und Beiträge sind als Sonderposten ausgewiesen und werden, soweit sie einem einzelnen Vermögensgegenstand zuzuordnen sind, grundsätzlich ertragswirksam über den gleichen Zeitraum wie der bezuschusste Vermögensgegenstand aufgelöst. In allen anderen Fällen erfolgt die Auflösung linear über die durchschnittliche Nutzungsdauer der entsprechenden Vermögenskategorie. Pauschale Investitionszuwendungen werden über 20 Jahre aufgelöst (z. B. Schulbaupauschale, allgemeine Investitionspauschale und Baukostenzuschüsse, soweit diese nicht aktivisch abgesetzt sind).

Mit Einführung des Gesamtabschlusses wurde die Bilanzierung der Sonderposten im Verbund grundsätzlich vereinheitlicht. Zuwendungen für Investitionen wurden bei den Aufgabenträgern vor dem 01.01.2012 teilweise von den Anschaffungskosten abgesetzt.

Die Auflösung des Kanalbeitragsfonds erfolgt linear über 33 Jahre.

Gesamtabschluss 2020

Rückstellungen

Die Berechnung der **Pensions- und Beihilferückstellungen** erfolgte nach dem Teilwertverfahren gemäß § 6a EStG. Den nach versicherungsmathematischen Grundsätzen ermittelten Teilwerten liegt unter Verwendung der Richttafeln 2018 G von Klaus Heubeck³¹ für die **Kernverwaltung der LHW** ein Rechnungszinsfuß von 4,5 % zugrunde. Dieser liegt über dem nach handelsrechtlichen Grundsätzen zum 31.12.2020 anzusetzenden Zinsfuß von 2,30 %, aber deutlich unter dem in § 41 Abs. 6 GemHVO vorgesehenen Rechnungszins von 6 %.

Die Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen der **Aufgabenträger** sind nach der Anwartschaftsbarwertmethode unter Berücksichtigung künftiger Entwicklungen sowie vereinfachend gemäß § 253 Abs. 2 Satz 2 HGB ermittelt. Für die Bewertung der Pensionsrückstellungen kommt der zehnjährige Durchschnittszinssatz von Staatsanleihen mit einer Restlaufzeit von 15 Jahren zur Anwendung. Dieser beträgt zum 31.12.2020 2,30%.

Die **sonstigen Rückstellungen** berücksichtigen alle bis zur Bilanzerstellung bekannt gewordenen ungewissen Schulden sowie sonstige Risiken, die das abgelaufene Geschäftsjahr betreffen. Sie sind in Höhe der nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung zu erwartenden Ausgaben zum Erfüllungsbetrag bewertet.

Bei der Kernverwaltung der LHW wurde die Verfahrensweise zur Ermittlung der Instandhaltungsrückstellungen zum Jahresabschluss 2020 geändert. Nachdem in den Vorjahren die Berechnung mit einem Quotienten von 3,5 % der Instandhaltungsaufwendungen erfolgte, wird ab dem Jahr 2020 eine Abfrage bei den Ämtern vorgenommen, welche geplanten Instandhaltungsaufwendungen im jeweiligen Berichtsjahr nicht durchgeführt wurden und sicher im Folgejahr nachzuholen sind. In jener Höhe erfolgte die Festlegung der Instandhaltungsrückstellung.

Verbindlichkeiten

Die Verbindlichkeiten sind zum Erfüllungsbetrag bewertet. Leibrenten wurden mit ihrem Barwert (Kapitalwert) bilanziert.

Passive Rechnungsabgrenzung

Die Rechnungsabgrenzungsposten sind mit dem Nennwert bilanziert.

Passive latente Steuern

Passive latente Steuern werden weder von der Kernverwaltung der LHW noch von den Aufgabenträgern ausgewiesen. Auf eine gesonderte Ermittlung von passiven latenten Steuern wird auf der Ebene des Gesamtabschlusses verzichtet.

³¹ Die Heubeck Richtwerttafeln beinhalten die errechnete Lebenserwartung. Im Gesamtabschluss 2018 kamen erstmals die neu herausgegebenen Richttafeln 2018 G von Klaus Heubeck zur Anwendung.

Gesamtabschluss 2020

KAPITALFLUSSRECHNUNG:

Der Kapitalflussrechnung wird das Muster des Deutschen Rechnungslegungsstandards 21 (DRS 21) gemäß § 54 GemHVO zugrunde gelegt.

Während im DRS 2 die Angabe der Vorjahreswerte verpflichtend geregelt war, ist dies gemäß DRS 21 nur noch empfohlen. Die Landeshauptstadt Wiesbaden macht von diesem Wahlrecht Gebrauch.

.

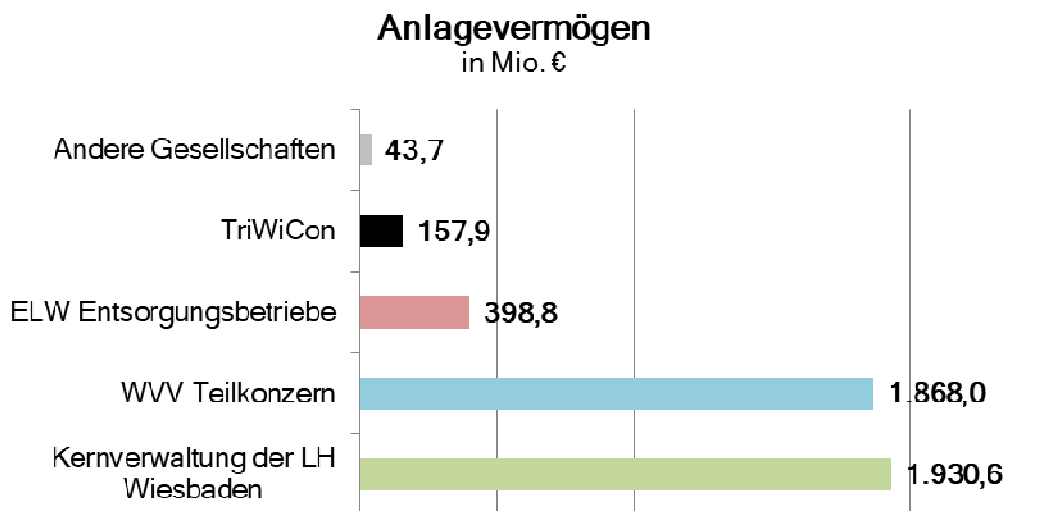
Gesamtabschluss 2020

3.2 Erläuterungen zu den Posten der konsolidierten Vermögensrechnung

3.2.1 Anlagevermögen

Das Anlagevermögen ist im Berichtszeitraum auf 4.399,0 Mio. € (VJ 4.200,3 Mio. €) gestiegen.

Es verteilt sich auf die LHW und ihre Aufgabenträger wie folgt:



Die detaillierte Entwicklung des Anlagevermögens im Gesamtabschluss zeigen die folgenden Erläuterungen sowie der Anlagenspiegel (Anlage 1).

Immaterielle Vermögensgegenstände

Im Berichtsjahr sind die immateriellen Vermögensgegenstände gesunken und belaufen sich auf 28,7 Mio. €.

Materiell wichtigste Position sind die von der Kernverwaltung i. H. v. 22,6 Mio. € geleisteten Investitionszuschüsse, insbesondere für die Bereiche Kultur, Sport, Kinderbetreuung und Umwelt.

Gesamtabschluss 2020

Sachanlagevermögen

Im Berichtsjahr erhöhte sich das Sachanlagevermögen insgesamt um 146,7 Mio. €.

Die folgende Tabelle verdeutlicht die Veränderungen:

| Sachanlagevermögen in Mio. € | |
|---|---------|
| Stand Sachanlagevermögen zum 01.01.2020 | 3.502,9 |
| Zugänge | 281,7 |
| Abschreibungen (abzgl. Zuschreibungen) | -119,9 |
| Umbuchungen | 0,0 |
| Konzernkreisveränderungen | 0,0 |
| Abgänge (abzgl. Abschreibungen auf Abgänge) | -15,1 |
| Stand Sachanlagevermögen zum 31.12.2020 | 3.649,6 |

Die Zusammensetzung der Zugänge (einschließlich der Anlagen im Bau) zeigt die folgende Tabelle:

Gesamtabschluss 2020

| Zugänge Sachanlagevermögen in Mio. € | |
|--|--------------|
| Bau u. Sanierung von Wohngebäuden | 71,2 |
| Schulen / Kindertagesstätten | 44,0 |
| Betriebs- und Verwaltungsgebäude einschl. Bürgerhäuser | 23,5 |
| Energieverteilungsanlagen | 33,8 |
| Sonstiges Infrastrukturvermögen (Straßen, Beleuchtung, LSA etc.) | 11,7 |
| Abwassersammlungsanlagen (Kanäle) | 12,9 |
| Fuhrpark (einschl. Personennahverkehrsfahrzeuge) | 16,4 |
| Baufelder Bierstadt Nord | 3,0 |
| Sonstige Betriebs- und Geschäftsausstattung | 12,8 |
| Citybahn / ESWE Verkehr / Ladeinfrastruktur E-Busse | 12,9 |
| Digi-V | 11,7 |
| Technische und andere Anlagen | 3,5 |
| Sonstiges | 24,3 |
| Summe | 281,7 |

Die Investitionen (71,2 Mio. €) in Bau und Sanierung von Wohngebäuden wurden von den Wohnungsgesellschaften GWW, GeWeGe, WIM und SEG getätigt. Nennenswert sind Projekte wie; Quartier „Kaiserhof“ und Frankfurter Straße (SEG), Neubau Schönauquartier I und II, Simeonhaus, Hagenstraße, Wiesbadener Straße (GWW) und Sanierung Walkmühle, Neubau Karl-Glas-sing-Str. und Ellenbogengasse (WIM). Die Schulbauinvestitionen betreffen im Besonderen die Albert-Schweitzer-Schule, die Carl-von-Ossietzky-Schule, die Fritz-Gansberg-Schule und Friedrich-Ebert-Schule. Die Zugänge zum Fuhrpark (16,4 Mio. €) enthalten die im Berichtsjahr neu angeschafften 31 Busse im Wert von 10,1 Mio. €, davon sind 10 Dieselmotoren und 21 Elektrobusse.

Die Abgänge aus dem Sachanlagevermögen abzüglich der Abschreibungen belaufen sich auf 15,1 Mio. €. Ein großer Anteil ist auf die Ausbuchung der bislang aktivierten Projektkosten der CityBahn (6,7 Mio. €) zurückzuführen.

Gesamtabschluss 2020

Das Sachanlagevermögen ist zum einen geprägt durch bebaute und unbebaute Grundstücke, zum anderen durch das Infrastrukturvermögen.

| in Mio. € | 31.12.2020 | 31.12.2019 | Veränderung |
|---|----------------|----------------|---------------|
| Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten auf fremden Grundstücken | 2.371,7 | 2.302,3 | 69,4 ↑ |
| Wohngebäude (einschließlich Grund und Boden) | 916,1 | 856,2 | 59,9 ↑ |
| Schulgebäude (einschließlich Grund und Boden) | 514,7 | 504,7 | 10,0 ↑ |
| Sonstige Betriebsgebäude (einschließlich Grund und Boden) | 263,8 | 265,8 | -2,0 ↓ |
| Verwaltungs- und Bürogebäude (einschließlich Grund und Boden) | 120,8 | 124,1 | -3,3 ↓ |
| Unbebaute Grundstücke | 188,1 | 180,8 | 7,3 ↑ |
| Sonstiges | 368,2 | 370,7 | -2,5 ↓ |

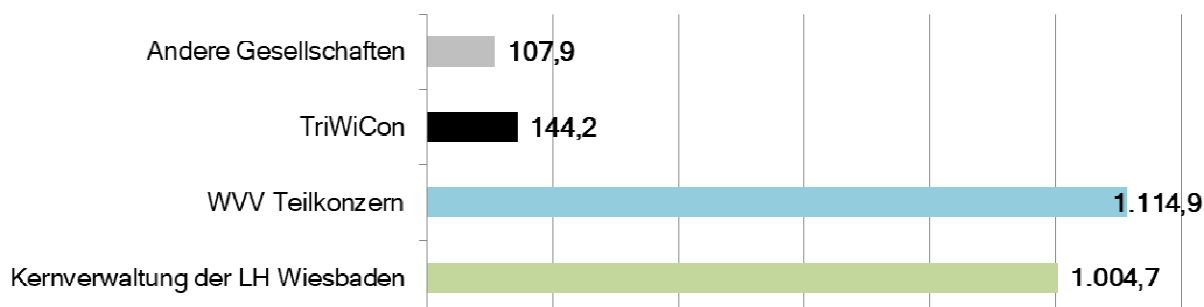
Im Berichtsjahr erhöhte sich diese Bilanzposition um 69,4 Mio. € auf 2.371,7 Mio. €. Zusammen mit den Schulgebäuden (514,7 Mio. €) bilden die Wohngebäude (916,1 Mio. €) die bedeutendsten Positionen in diesem Segment.

Die Steigerung ist im Wesentlichen auf die Fertigstellung von Wohngebäuden im Zusammenhang mit dem Wohnungsbau sowie auf die Investition in Schulgebäude zurückzuführen.

Den wertmäßig größten Anteil haben die Kernverwaltung der LHW und der WVV-Teilkonzern.

Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten auf fremden Grundstücken

in Mio. €



Gesamtabschluss 2020

Die Sachanlagen im Gemeingebrauch und das Infrastrukturvermögen setzen sich wie folgt zusammen:

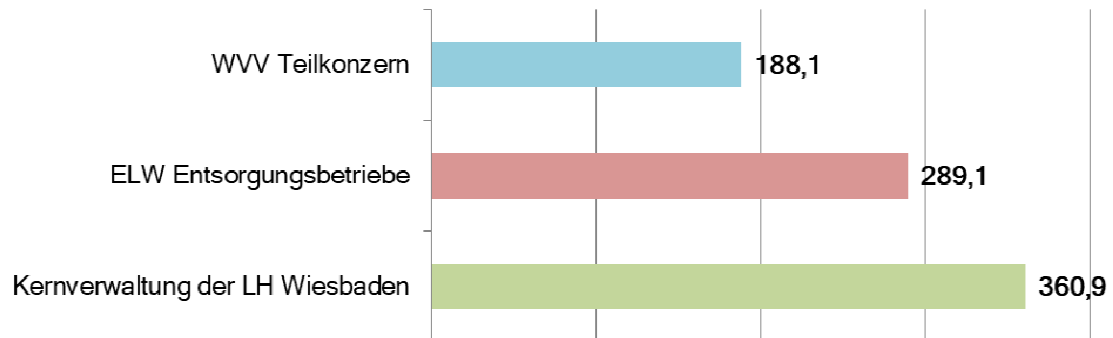
| in Mio. € | 31.12.2020 | 31.12.2019 | Veränderung |
|--|--------------|--------------|---------------|
| Sachanlagen im Gemeingebrauch, Infrastrukturvermögen | 838,1 | 825,7 | 12,4 ↑ |
| Kanalisation | 230,7 | 224,4 | 6,3 ↑ |
| Kläranlagen | 52,2 | 56,7 | -4,5 ↓ |
| Straßen, Wege, Plätze | 162,7 | 170,6 | -7,9 ↓ |
| Energieversorgungsnetz | 188,1 | 169,0 | 19,1 ↑ |
| Kultur- u. Naturgüter, öffentliche Grünflächen, Friedhofsanlagen | 65,7 | 65,4 | 0,3 ↑ |
| Wald | 50,5 | 50,5 | 0,0 → |
| Sonstiges | 88,2 | 89,1 | -0,9 ↓ |

Im Berichtsjahr beträgt das Infrastrukturvermögen 838,1 Mio. €. Wesentliche Positionen sind die Kanalisation und Kläranlagen mit 282,9 Mio. €, Straßen, Wege und Plätze mit 162,7 Mio. € sowie das Energieversorgungsnetz mit 188,1 Mio. €. Investiert wurde insbesondere in das Energieversorgungsnetz und in die Kanalisation. Bei den Straßen spiegelt der stetige Werteverzehr das subjektive Gefühl bei der Benutzung des öffentlichen Straßennetzes wider.

Das Infrastrukturvermögen verteilt sich auf die Kernverwaltung der LHW, die ELW und den WVV-Teilkonzern:

Gesamtabschluss 2020

Sachanlagen im Gemeingebrauch, Infrastrukturvermögen in Mio. €



Gesamtabschluss 2020

Finanzanlagen und sparkassenrechtliche Sonderbeziehungen

Im Berichtsjahr ist das Finanzanlagevermögen auf einen Wert von 547,0 Mio. € (Vorjahr 492,2 Mio. €) gestiegen. Das Finanzanlagevermögen setzt sich aus Anteilen an verbundenen Unternehmen, Beteiligungen, Wertpapieren des Anlagevermögens und sonstigen Ausleihungen zusammen.

Die Anteile an verbundenen Unternehmen beinhalten die nicht konsolidierten Aufgabenträger von nachrangiger Bedeutung sowie die fiduziarischen Stiftungen der Landeshauptstadt.

Einen großen Anteil am Finanzanlagevermögen tragen die Beteiligungen an der KMW mit 152,7 Mio. €, an der Kom9 GmbH & Co. KG (Thüga) mit 124,6 Mio. € sowie an der Nassauischen Heimstätte mit 18,1 Mio. € bei.

Die Wertpapiere des Anlagevermögens beinhalten den im Jahr 2017 aufgelegten Spezialfonds bei der Deka Bank i. H. v. 50,8 Mio. € sowie den neu im Jahr 2020 aufgelegten Fonds zur Absicherung der Pensionen i. H. v. 50,0 Mio. €. Insgesamt belaufen sie sich somit auf 100,8 Mio. €.

Die sonstigen Ausleihungen bestehen u. a. aus einem Schuldscheindarlehen in Höhe von 35,7 Mio. € bei der DZ-Bank (Anlage der Erlöse aus dem Teilverkauf der ESWE Versorgungs AG an die Thüga AG aus dem Jahre 2001). Darüber hinaus beinhalten die Ausleihungen im Wesentlichen niedrig verzinsten Darlehen zur Förderung von preisgünstigem Wohnraum für breite Schichten der Bevölkerung. Zudem wird hier die stille Einlage der WVV Holding an der Nassauischen Sparkasse i. H. v. 30 Mio. € ausgewiesen.

Die Landeshauptstadt hat ihren Anteil an der Nassauischen Sparkasse aufgrund ministerieller Verfügung von 2007 ohne Passivierung eines Sonderpostens mit 173,6 Mio. € bilanziert. Der Wert des Anteils beläuft sich per 31.12.2019 auf 337,2 Mio. €. Da eine Zuschreibung über die Anschaffungskosten hinaus aber nicht möglich ist, wird der Wert von 173,6 Mio. € beibehalten.

Gesamtabschluss 2020

3.2.2 Umlaufvermögen

Im Berichtsjahr ist das Umlaufvermögen (637,1 Mio. €) gesunken (VJ 657,0 Mio. €).

Die wesentlichen Positionen sind neben den flüssigen Mitteln i. H. v. 355,4 Mio. € die Forderungen und sonstigen Vermögensgegenstände (184,1 Mio. €).

Die Forderungen und sonstigen Vermögensgegenstände reduzierten sich im Berichtsjahr um insgesamt 29,8 Mio. €. Hierfür verantwortlich ist der Abbau von Forderungen aus Lieferungen und Leistungen um 54,5 Mio. €. Dies ist im Wesentlichen auf den niedrigen Bestand der Forderungen im Versorgungsbereich und auf Grundstücksverkäufe zum Stichtag 31.12.2020 zurückzuführen. Gegenläufig hierzu kam es zu einer Erhöhung der Forderungen aus Zuweisungen und Zuschüssen (+33,2 Mio. €), u. a. aufgrund des höheren Landesanteils an KIP Darlehen (+23 Mio. €).

Daneben wiesen die sonstigen Vermögensgegenstände einen geringeren Bestand (-7,8 Mio. €) als im Vorjahr auf, u. a. wurde die am 31.12.2019 in den Vermögensgegenständen enthaltene erste Rate des Pensionsfonds (12,5 Mio. €) in das Finanzanlagevermögen umgewidmet.

Die Restlaufzeiten der Forderungen sind dem Forderungsspiegel (Anlage 2) zu entnehmen.

Den flüssigen Mitteln zugeordnet sind u. a. Geldanlagen bei der Bremer Greensill Bank AG, die am 16.03.2021 einen Insolvenzantrag gestellt hat. Nach aktuellem Kenntnisstand über die Entwicklung des Falls der Greensill Bank ist mit sehr hoher Wahrscheinlichkeit davon auszugehen, dass die Geldanlagen bereits zum 31.12.2020 nicht mehr werthaltig waren. Hier greift das Wertaufhellungskonzept. Die zum 31.12.2020 in der Bilanz enthaltenen Termin- bzw. Festgeldanlagen bei der Greensill Bank (15,0 Mio. € Kernverwaltung, 5,0 Mio. € TriWiCon) sind deshalb zum Bilanzstichtag neu bewertet worden. Da im Insolvenzfall die Einlagensicherung für die kommunalen Geldanlagen nicht greift, wurden die Forderungen gegenüber der Greensill Bank Anfang 2021 bei der Kernverwaltung nach Umgliederung in die sonstigen Vermögensgegenstände zum Bilanzstichtag 31.12.2020 vollständig abgewertet. Aufgrund der einheitlichen Behandlung der Geldanlagen im Gesamtabschluss wurden auch die Festgeldanlagen der TriWiCon abgewertet. Trotz der Abwertung der Geldanlagen bei der Greensill Bank beliefen sich die flüssigen Mittel zum Stichtag nahezu wie im Vorjahr auf 355,4 Mio. € (+1,7 Mio. €).

3.2.3 Aktive Rechnungsabgrenzungsposten

Der aktive Rechnungsabgrenzungsposten ist gegenüber dem Vorjahr auf 36,2 Mio. € gestiegen. Er beinhaltet u. a. Anspar- und Sonderbeiträge von Landesdarlehen (2,4 Mio. €) sowie im Dezember 2020 gezahlte Transferaufwendungen (21,9 Mio. €) und Beamtenbezüge (5,3 Mio. €) für den Januar des Folgejahres.

Gesamtabschluss 2020

3.2.4 Eigenkapital

Das Eigenkapital erhöhte sich im Berichtszeitraum um 57,5 Mio. € auf 1.780,7 Mio. €.

| in Mio. € | 31.12.2020 | 31.12.2019 | Veränderung |
|---|----------------|----------------|---------------|
| Eigenkapital | 1.780,7 | 1.723,2 | 57,5 ↑ |
| Netto-Position | 1.259,1 | 1.259,1 | 0,0 → |
| Rücklagen, Sonderrücklagen und Stiftungskapital | 248,7 | 263,1 | -14,4 ↓ |
| Gesamtbilanzgewinn/-verlust | 204,7 | 133,8 | 70,9 ↑ |
| Anteile Dritter am Eigenkapital | 68,2 | 67,2 | 1,0 ↑ |

Die Nettosition der LHW beträgt 1.259,1 Mio. €. Da ab dem Jahr 2011 keine ergebnisneutralen Korrekturen der Eröffnungsbilanz mehr möglich sind, bleibt die Nettosition insoweit unverändert.

Zum 01.01.2020 wurde der Jahresfehlbetrag der Kernverwaltung der Landeshauptstadt aus 2019 i. H. v. 14,4 Mio. € aus der Rücklage entnommen, so dass diese sich reduzierte. In dieser Position ebenfalls enthalten ist das gegenüber dem Vorjahr unveränderte Stiftungskapital i. H. v. 1,5 Mio. €.

Der Gesamtbilanzgewinn erhöhte sich um 70,9 Mio. € auf 204,7 Mio. €. Er setzt sich aus dem um die Anteile Dritter reduzierten Gesamtjahresergebnis, dem Ergebnisvortrag sowie den Entnahmen bzw. Zuführungen zu den Rücklagen zusammen.

Die Anteile Dritter am Eigenkapital, die einen Ausgleichsposten für fremde Gesellschafter darstellen, stiegen leicht (um 1,0 Mio. €).

Die detaillierte Entwicklung des Eigenkapitals kann dem Eigenkapitalspiegel (Anlage 3) entnommen werden.

Gesamtabschluss 2020

3.2.5 Sonderposten

Im Berichtsjahr sind die Sonderposten auf 279,6 Mio. € (Vorjahr 269,2 Mio. €) gestiegen. Die detaillierte Entwicklung ist im Sonderpostenspiegel dargestellt (Anlage 4).

| in Mio. € | 31.12.2020 | 31.12.2019 | Veränderung |
|---|--------------|--------------|---------------|
| Sonderposten | 279,6 | 269,2 | 10,4 ↑ |
| Sonderposten für erhaltenen Investitionszuweisungen, -zuschüsse und -beiträge | 240,9 | 227,9 | 13,0 ↑ |
| Sonstige Sonderposten | 38,7 | 41,3 | -2,6 ↓ |

Die erhaltenen Investitionszuweisungen, -zuschüsse und Investitionsbeiträge betreffen in erster Linie mit 224,0 Mio. € die Kernverwaltung der Landeshauptstadt. Davon entfallen 195,3 Mio. € auf Zuweisungen vom öffentlichen Bereich, 8,4 Mio. € auf Zuschüsse vom nicht öffentlichen Bereich und 20,3 Mio. € auf Investitionsbeiträge.

Die Zuweisungen vom öffentlichen Bereich sind um 15,5 Mio. € gegenüber dem Vorjahr gestiegen. Die Zunahme resultiert insbesondere aus der Förderung der digitalen Verkehrsführung (Digi - V) sowie der Förderung von Investitionen für Schulen aus dem Kommunalinvestitionsprogramm (KIP). Neben den zweckgebundenen Zuschüssen für Einzelmaßnahmen beinhalten die Zuweisungen vom öffentlichen Bereich als größere Positionen die Schulbaupauschale mit 28,1 Mio. € (Vj. 31,6 Mio. €) sowie die allgemeine Investitionspauschale mit 18,5 Mio. € (Vj. 21,1 Mio. €).

Ab dem Jahr 2016 sind die neu erhaltenen Investitions- und Schulbaupauschalen Bestandteil des Kommunalen Finanzausgleichs und werden somit in der Ergebnisrechnung ausgewiesen.

Die sonstigen Sonderposten i. H. v. 38,7 Mio. € entfallen vor allem auf den WVV-Teilkonzern und beinhalten u. a. die vereinnahmten Baukostenzuschüsse aus dem Verteilnetz.

Gesamtabschluss 2020

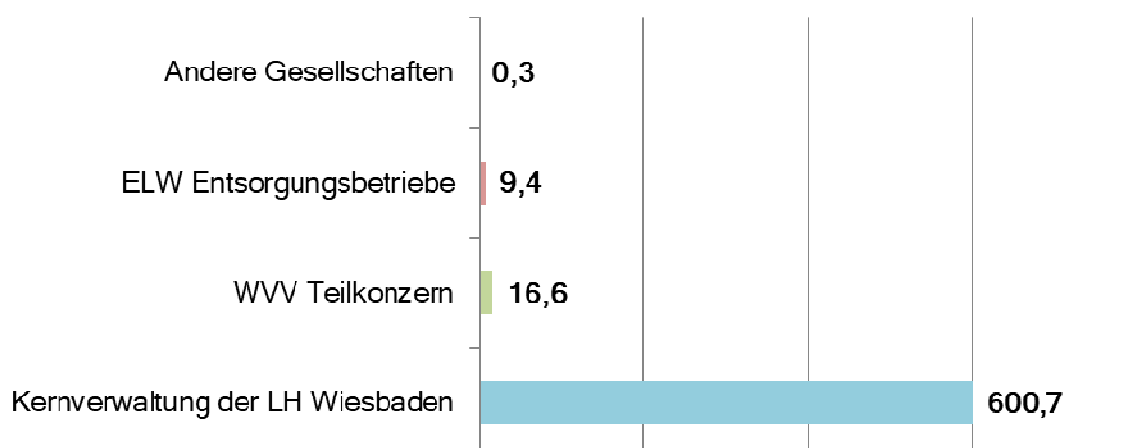
3.2.6 Rückstellungen

Im Berichtsjahr sind die Rückstellungen um 31,4 Mio. € gegenüber dem Vorjahr auf 943,6 Mio. € gestiegen. Die Entwicklung der Rückstellungen ist im Rückstellungsspiegel (Anlage 5) dargestellt.

| in Mio. € | 31.12.2020 | 31.12.2019 | Veränderung |
|--|--------------|--------------|---------------|
| Rückstellungen | 943,6 | 912,2 | 31,4 ↑ |
| Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen | 627,0 | 617,0 | 10,0 ↑ |
| Rückstellungen für Finanzausgleich und Steuerschuldverhältnisse | 2,7 | 4,0 | -1,3 ↓ |
| Rückstellungen für Rekultivierung und Nachsorge von Abfalldeponien | 106,2 | 100,3 | 5,9 ↑ |
| Rückstellungen für die Sanierungen von Altlasten | 11,3 | 11,3 | 0,0 → |
| Sonstige Rückstellungen | 196,4 | 179,6 | 16,8 ↑ |

Materiell bedeutendste Position mit 627,0 Mio. €, sind die Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen. Sie betreffen im Wesentlichen die Kernverwaltung der LHW.

Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen in Mio. €



Unter den Rückstellungen für Pensionen und ähnlichen Verpflichtungen werden bei der Kernverwaltung zum einen Verpflichtungen für Versorgungsansprüche von Beamtinnen / Beamten und

Gesamtabschluss 2020

ihren Hinterbliebenen ausgewiesen (524,7 Mio. €). Diese werden derzeit mit einem Zinssatz von 4,5 % abgezinst. Unter Anwendung des zehnjährigen Durchschnittszinses nach § 253 Abs. 2 HGB (2,30 %) ergeben sich hier stille Lasten in Höhe von rd. 175,3 Mio. €. Real sind diese stillen Lasten höher, da sich diese Verzinsung derzeit am Markt mündelsicher nicht erreichen lässt. Zum anderen wird gemäß der Hessischen Beihilfeverordnung aktiven und ausgeschiedenen Beamtinnen / Beamten und deren beihilfeberechtigten Angehörigen Beihilfe als Zuschuss im Krankheitsfall gewährt (74,3 Mio. €). Die Rückstellung für Altersteilzeit beträgt insgesamt 1,7 Mio. € und besteht ausschließlich gegenüber Tarifbeschäftigten, für die bereits eine Altersteilzeitvereinbarung abgeschlossen wurde. Beim WVV-Teilkonzern bezieht sich die Rückstellung von 16,6 Mio. € auf Pensionäre und zukünftige Pensionäre.

Die Rückstellung für Finanzausgleich- und Steuerschuldverhältnisse reduzierte sich um 1,3 Mio. €. Dies betrifft die Kernverwaltung der LHW, die die Rückstellung in Anspruch nahm, zwecks Zahlung von Kapitalertragsteuern, Zinsen und Solidaritätszuschlag für die Jahre 2006 bis 2012 an das Finanzamt im Rahmen einer Betriebsprüfung.

Die Rückstellung für die Rekultivierung und Nachsorge von Abfalldeponien i. H. v. 106,2 Mio. € betrifft die Deponie Dyckerhoffbruch und beinhaltet die Oberflächenabdichtung und Nachsorgeleistungen.

Die Rückstellung für die Sanierung von Altlasten (11,3 Mio. €) betrifft die Kernverwaltung. Hierbei handelt es sich u. a. um eine Rückstellung für die Sanierung des Sedra-Geländes i. H. v. 10 Mio. €.

Gesamtabschluss 2020

Die sonstigen Rückstellungen in Höhe von 196,4 Mio. € betreffen mit 145,6 Mio. € den WVV Teilkonzern.

Die wesentlichen Posten sind der folgenden Tabelle zu entnehmen:

| Sonstige Rückstellung (in Mio. €) | 31.12.2020 |
|---|------------|
| WVV Teilkonzern | |
| Rückstellungen für den Personalbereich (Urlaub, Gleitzeit, Beihilfen, Aufwendungen f. Pensionäre, Jubiläen) | 22,6 |
| Risikovorsorge für Rückzahlungsverpflichtungen wegen überhöhter Wasserpreise bei der ESWE Versorgungs AG | 25,1 |
| Steuerrückstellungen | 20,5 |
| Ausstehende Rechnungen aus Lieferungen und Leistungen | 16,6 |
| Bauinstandhaltungen | 4,5 |
| Netzentgelte ESWE Versorgungs AG | 5,7 |
| Drohende Verluste aus schwebenden Geschäften | 8,0 |
| Prozesskosten | 2,6 |
| Rückstellung CO ₂ -Bepreisung ESWE Versorgungs AG | 3,2 |
| Wechselboni / Abrechnungsverpflichtungen ESWE Versorgungs AG | 4,0 |
| Kernverwaltung der LH Wiesbaden | |
| Rückstellungen für den Personalbereich (Leistungsentgelte, Lebensarbeitszeitkonto) | 12,6 |
| Rückstellungen für unterlassene Instandhaltung | 2,6 |
| Rückstellung für drohende Verluste | 1,6 |
| ELW Entsorgungsbetriebe | |
| Rückstellungen für den Personalbereich (Urlaub, Überstunden, Altersteilzeit, Jubiläen) | 4,2 |
| Kostenüberdeckungen im Entsorgungsbereich | 16,9 |
| Rückstellung für Rückbaukosten | 1,5 |

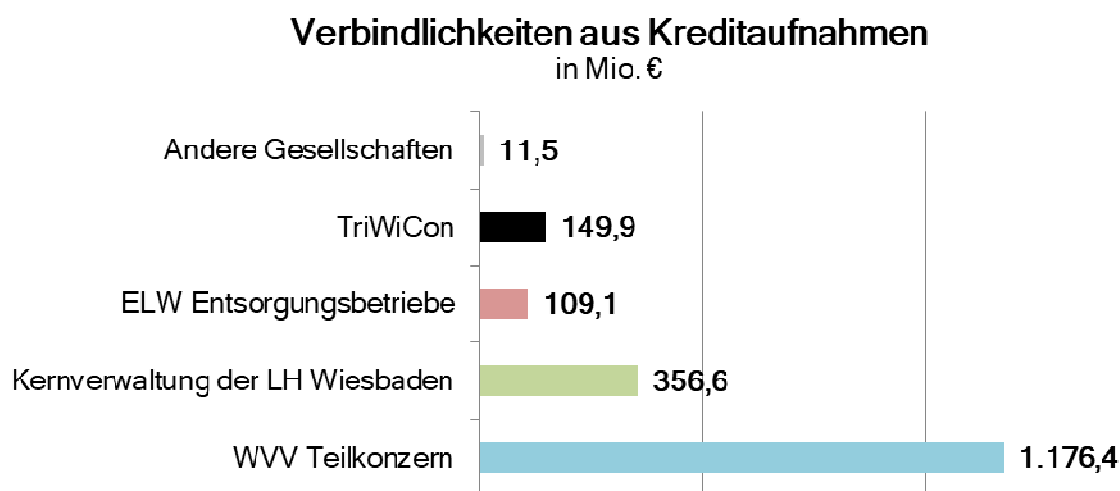
Gesamtabschluss 2020

3.2.7 Verbindlichkeiten

Im Berichtsjahr haben sich die Verbindlichkeiten in Höhe von 2.018,6 Mio. € um 76,7 Mio. € erhöht.

Wesentlich sind hier die Verbindlichkeiten aus Kreditaufnahmen in Höhe von 1.803,5 Mio. €, die im Vergleich zum Stichtag 31.12.2019 um 73,7 Mio. € gestiegen sind. Hauptsächlich ist dies auf die Aufnahme von Darlehen zur Finanzierung des Wohnungsbaus und des Verkehrsbereiches zurückzuführen.

Die Aufteilung der Verbindlichkeiten aus Kreditaufnahmen auf die Aufgabenträger ergibt folgendes Bild:



Die **Verbindlichkeiten aus Kreditaufnahmen** des WVV Teilkonzerns von 1.176,4 Mio. € verteilen sich auf den Immobilienbereich mit 794,9 Mio. € (Vj. 759,3 Mio. €), die WVV Holding mit 202,1 Mio. € (Vj. 213,1 Mio. €), den Versorgungsbereich mit 115,6 Mio. € (Vj. 118,7 Mio. €) und den Verkehrsbereich mit 63,8 Mio. € (Vj. 35,6 Mio. €). Der Anstieg im Verkehrsbereich ist im Wesentlichen auf die Finanzierung der Busse sowie der Ladeinfrastruktur zurückzuführen.

Die Restlaufzeiten der Verbindlichkeiten können dem Verbindlichkeitspiegel (Anlage 6) entnommen werden.

3.2.8 Passive Rechnungsabgrenzungsposten

Der passive Rechnungsabgrenzungsposten beträgt im Berichtsjahr 49,7 Mio. € (Vorjahr 45,9 Mio. €). Er enthält im Wesentlichen Einnahmen für Grabnutzungsrechte der Kernverwaltung

Gesamtabschluss 2020

LHW i. H. v. 36,6 Mio. €, die zukünftige Jahre betreffen und über den Nutzungszeitraum zeitanteilig ertragswirksam aufgelöst werden.

Gesamtabschluss 2020

3.3 Erläuterungen zur konsolidierten Ergebnisrechnung

3.3.1 Ordentliches Ergebnis

Verwaltungsergebnis

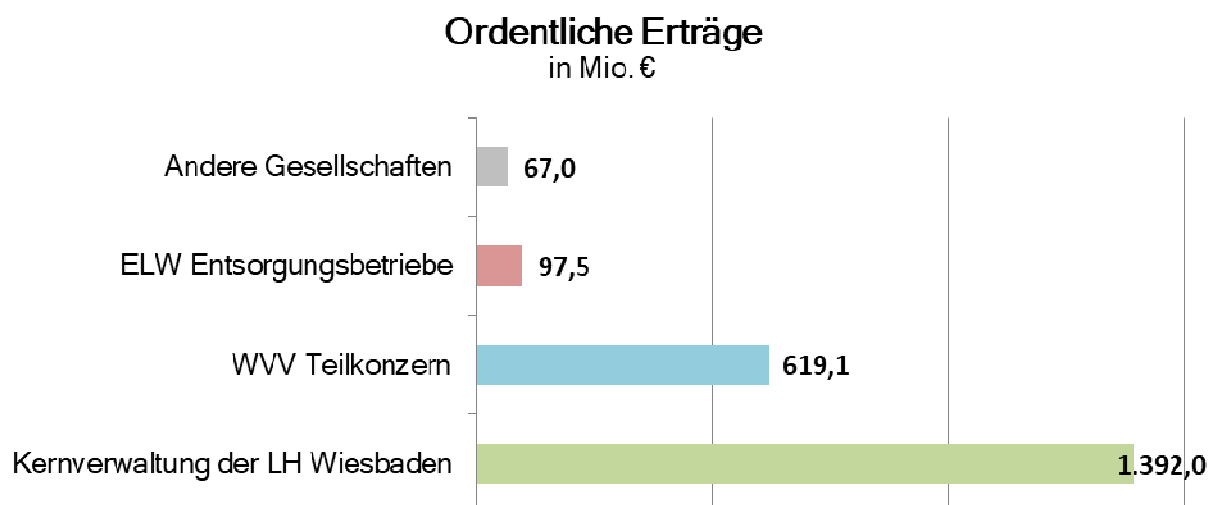
Das Verwaltungsergebnis hat sich gegenüber 2019 auf 78,2 Mio. € verbessert und wird im Folgenden erläutert.

| in Mio. € | 31.12.2020 | 31.12.2019 | Veränderung |
|----------------------------|-------------|------------|---------------|
| Verwaltungsergebnis | 78,2 | 7,8 | 70,4 ↑ |
| Ordentliche Erträge | 2.175,6 | 2.084,2 | 91,4 ↑ |
| Ordentliche Aufwendungen | 2.097,4 | 2.076,4 | 21,0 ↑ |

Ordentliche Erträge

Die ordentlichen Erträge in Höhe von 2.175,6 Mio. € sind im Vergleich zum Vorjahr deutlich gestiegen. Sie setzen sich im Wesentlichen aus Leistungsentgelten und Steuern bzw. steuerähnlichen Erträgen zusammen, die gemeinsam 64 % (Vj. 73%) dieser Position ausmachen. Während erstere primär in den ausgegliederten Aufgabenträgern erzielt werden, sind die Erträge aus Steuern, aber auch die Transferleistungen, Zuweisungen und Zuschüsse zu großen Teilen der Kernverwaltung der LHW zuzuordnen.

Die ordentlichen Erträge verteilen sich folgendermaßen auf die LHW und ihre Aufgabenträger:



Gesamtabschluss 2020

| in Mio. € | 31.12.2020 | 31.12.2019 | Veränderung |
|---|--------------|--------------|----------------|
| Leistungsentgelte | 774,7 | 869,5 | -94,8 ↓ |
| Versorgung (Strom, Gas, Wasser, Wärme) | 388,6 | 406,9 | -18,3 ↓ |
| Entsorgung (Straßenreinigung, Abwasser, Müllabfuhr) | 79,2 | 80,1 | -0,9 ↓ |
| Verkehr | 42,7 | 53,8 | -11,1 ↓ |
| Immobilien | 153,8 | 193,0 | -39,2 ↓ |
| Sonstiges | 110,4 | 135,7 | -25,3 ↓ |

Mit Versorgungsleistungen werden rd. 50 % der **privatrechtlichen und öffentlich-rechtlichen Leistungsentgelte** erzielt. Im Berichtsjahr wiesen die Versorgungsleistungen einen Rückgang um 18,3 Mio. € aus. Sowohl Strom-, Gas- als auch Wärmeerlöse gingen mengenbedingt zurück. Von 388,6 Mio. € entfallen nunmehr 244,0 Mio. € auf die Strom- und 86,4 Mio. € auf die Gasversorgung.

Die Leistungsentgelte im Geschäftsfeld Immobilien verringerten sich um 39,2 Mio. €. Dies ist im Wesentlichen auf den Rückgang der Umsatzerlöse aus Grundstücksverkäufen zurückzuführen, die im Vorjahr überaus hoch ausfielen. Darüber hinaus haben sich die Corona-Pandemie und die Mietpreisbremse negativ auf die Entwicklung der Mieterlöse ausgewirkt.

Ursache für die rückläufigen Verkehrserlöse um 11,1 Mio. € ist im Wesentlichen die Corona-Pandemie. So fielen die Fahrgastzahlen um 30 % geringer aus. Auch andere Geschäftsfelder wie zum Beispiel die Nerobergbahn und Verkehrsmittelwerbung waren von der Corona Pandemie betroffen. Die zurückgegangenen Einnahmen aus Fahrkartenverkäufen wurden aber zu annähernd 100% durch eine Ausgleichzahlung am Jahresende aus dem Rettungsschirm von Bund und Land kompensiert (siehe sonstige ordentliche Erträge).

Die Reduzierung der „sonstigen“ Leistungsentgelte um 25,3 Mio. € betrifft u. a. die coronabedingten Einnahmerückgänge im Messe- und Veranstaltungsbereich, bei den Verwaltungs- und Benutzungsgebühren sowie im Schwimmbäderbetrieb.

Die **Kostenersatzleistungen und -erstattungen** i. H. v. 18,6 Mio. € (Vj. 17,3 Mio. €) liegen leicht höher als im Vorjahr und entfallen ausschließlich auf die Kernverwaltung. Größter Einzelposten sind die Erstattungen des Landes für Unterhaltsvorschussleistungen i. H. v. 7,1 Mio. €.

Gesamtabschluss 2020

Die **Bestandsveränderungen und aktivierten Eigenleistungen** von 24,8 Mio. € entfallen im Wesentlichen auf die Wohnungs- und Projektentwicklungsgesellschaften und spiegeln den Abrechnungsprozess des Bau- und Projektgeschäftes wider. Die im Berichtsjahr erfolgten Grundstückszugänge führten zu Bestandserhöhungen, welche die Bestandsminderungen aus Grundstücksverkäufen überkompensierten. Die aktivierten Eigenleistungen beliefen sich auf 11,0 Mio. €.

Steuern und steuerähnliche Erträge einschließlich Erträge aus gesetzlichen Umlagen betragen im Berichtsjahr 619,3 Mio. €. Im Vergleich zum Vorjahr haben sie sich um 41,9 Mio. € verringert.

| in Mio. € | 31.12.2020 | 31.12.2019 | Veränderung |
|---|--------------|--------------|----------------|
| Steuern und steuerähnliche Erträge einschl. Erträge aus gesetzlichen Umlagen | 619,3 | 661,2 | -41,9 ↓ |
| Gewerbsteuer (vor Gewerbesteuerumlage) | 314,4 | 347,8 | -33,4 ↓ |
| Einkommensteuer | 176,1 | 184,8 | -8,7 ↓ |
| Grundsteuer | 58,7 | 61,5 | -2,8 ↓ |
| Umsatzsteuer | 43,9 | 39,9 | 4,0 ↑ |
| Sonstiges | 26,2 | 27,2 | -1,0 ↓ |

Die Steuereinnahmen entfallen ausschließlich auf die Kernverwaltung der LHW. Den mit 51 % größten Anteil an den Steuern hat die Gewerbsteuer mit 314,4 Mio. €, die zudem im Berichtsjahr, bedingt durch die Corona-Pandemie die größte Verringerung (-33,4 Mio. €) zu verzeichnen hat. Infolgedessen reduzierte sich auch die Gewerbesteuerumlage (siehe Steueraufwendungen).

Die **Erträge aus Transferleistungen** liegen im Berichtsjahr 13,5 Mio. € über dem Vorjahresniveau und betragen 245,6 Mio. € (Vj. 232,1 Mio. €). Sie entfallen auf die Kernverwaltung LHW und unterliegen abrechnungsbedingten Schwankungen. Hier enthalten sind unter anderem die Erstattungen bzw. Kostenbeteiligungen von Bund und Land für Sozialausgaben. Den Erträgen stehen entsprechende Aufwendungen gegenüber.

Die **Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen für laufende Zwecke und allgemeine Umlagen** betragen im Berichtsjahr 408,1 Mio. € (Vj. 228,2 Mio. €) und liegen deutlich über dem Vorjahr.

Gesamtabschluss 2020

| in Mio. € | 31.12.2020 | 31.12.2019 | Veränderung |
|--|--------------|--------------|----------------|
| Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen für laufende Zwecke und allgemeine Umlagen | 408,1 | 228,2 | 179,9 ↑ |
| Erträge aus allgemeinen Zuweisungen und Zuschüssen (Bund/Land) | 234,3 | 156,5 | 77,8 ↑ |
| Sonstige Zuweisungen und Zuschüsse (Bund/Land) | 173,1 | 69,4 | 103,7 ↑ |
| Sonstige Zuweisungen und Zuschüsse sowie Schuldendiensthilfen von Übrigen | 0,7 | 2,3 | -1,6 ↓ |

Die Erträge aus allgemeinen Zuweisungen und Zuschüssen von Bund und Land weisen im Berichtsjahr eine Erhöhung um 77,8 Mio. € aus und beinhalten die Mittel aus dem Finanzausgleich (Schlüsselzuweisungen). Ursache für die Steigung ist die höhere Steuerkraft der Kernverwaltung im 2. Halbjahr 2018 und 1. Halbjahr 2019, die Basis für die Schlüsselzuweisung 2020 war, denn umso höher die Steuerkraft, desto höher auch die Schlüsselzuweisung aus dem Finanzausgleich.

Darüber hinaus weisen die sonstigen Zuweisungen und Zuschüsse von Bund und Land einen Anstieg um 103,7 Mio. € aus. Der ist in erster Linie auf den Ausgleich der Gewerbesteuerausfälle aufgrund der Corona-Pandemie i. H. v. 51,2 Mio. € sowie auf höhere erhaltene Verwaltungskosten (+36,3 Mio. €) zurückzuführen. Der höhere Verwaltungskostenbeitrag relativiert sich aber vor dem Hintergrund, dass die Erstattung der Verwaltungskosten für das 4. Quartal 2019 im Bereich SGB XII Kap. 4 (GSIG) in Höhe von 11,4 Mio. €, anstatt dem Jahr 2019, dem Jahr 2020 zugerechnet wurde.

Von den **Erträgen aus der Auflösung von Sonderposten** (empfangene Investitionszuweisungen, -zuschüsse und Investitionsbeiträge) i. H. v. 17,1 Mio. € (Vj. 17,5 Mio. €) entfallen 13,0 Mio. € auf die Kernverwaltung der LHW. Die Auflösung erfolgt zeitbezogen nach Maßgabe der Erfüllung der Verpflichtung aus dem Zuwendungsverhältnis.

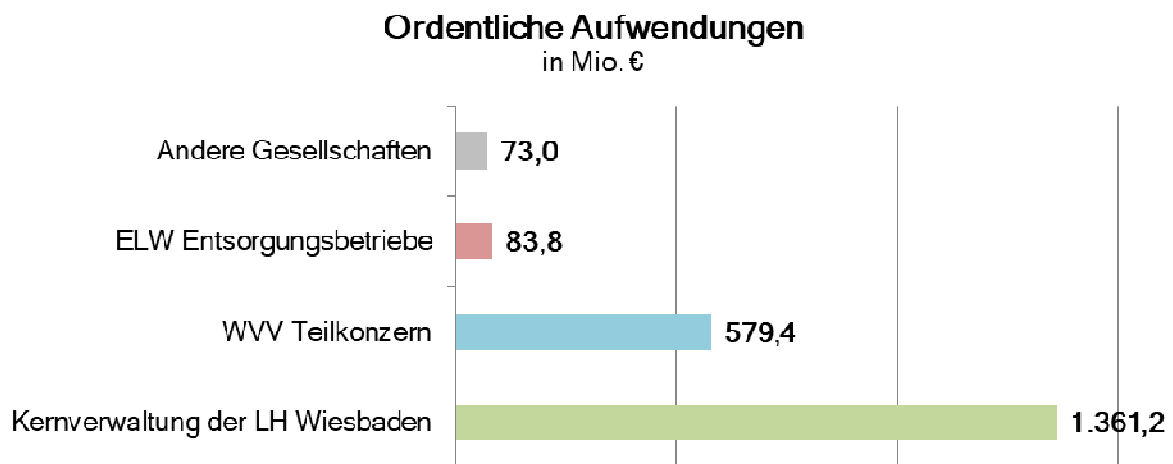
Die **sonstigen ordentlichen Erträge** i. H. v. 67,4 Mio. € (Vj. 55,3 Mio. €) beinhalten unter anderem Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen und Wertberichtigungen i. H. v. 35,8 Mio. € (Vj. 33,3 Mio. €) sowie sonstige ordentlichen Erträge (21,2 Mio. €). In den sonstigen ordentlichen Erträgen enthalten ist die Zahlung aus dem Rettungsschirm des ÖPNV zur Kompensation der pandemiebedingten Mindererlöse der ESWE Verkehr (12,0 Mio. €).

Gesamtabschluss 2020

Ordentliche Aufwendungen

Die ordentlichen Aufwendungen im Berichtsjahr belaufen sich auf 2.097,4 Mio. € (Vj. 2.076,4 Mio. €).

Die Verteilung auf die Aufgabenträger ist der nachstehenden Grafik zu entnehmen.



Gesamtabschluss 2020

Die **Personalaufwendungen** belaufen sich auf 527,6 Mio. €.

Die **Versorgungsaufwendungen** betragen 67,1 Mio. € und enthalten den Aufwand für die Ruhestandsbeamten und für die aktiven Beamten.

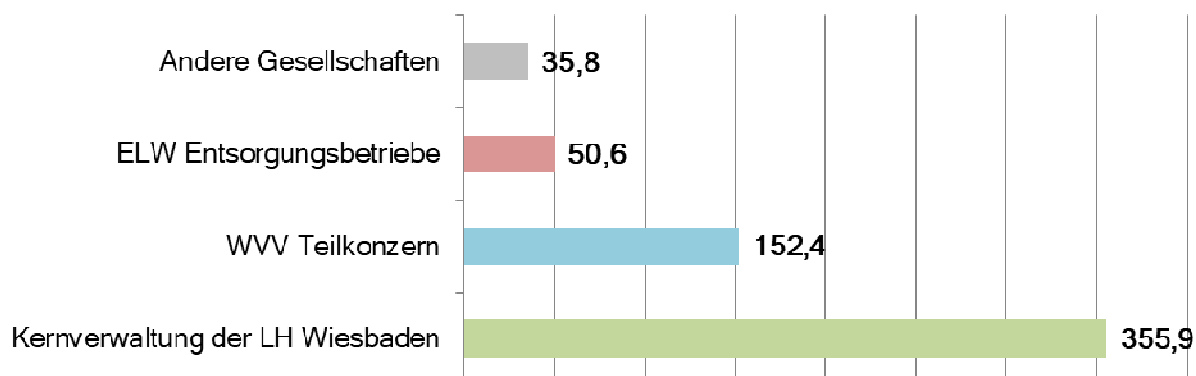
| in Mio. € | 31.12.2020 | 31.12.2019 | Veränderung |
|--|--------------|--------------|----------------|
| Personalaufwendungen | 527,6 | 501,3 | 26,3 ↑ |
| Versorgungsaufwendungen | 67,1 | 89,6 | -22,5 ↓ |
| Summe | 594,7 | 590,9 | 3,8 ↑ |
| Arbeitnehmerentgelte | 370,5 | 349,4 | 21,1 ↑ |
| Beamtenbezüge (einschl. Versorgungsbezüge) | 118,8 | 139,8 | -21,0 ↓ |
| Sozialaufwendungen (ausgenommen die Aufwendungen für die Altersversorgung und Unterstützung) | 83,4 | 79,8 | 3,6 ↑ |
| Sonstige Personalaufwendungen | 22,0 | 21,9 | 0,1 ↑ |

Die Personalaufwendungen sind durch die gestiegenen Mitarbeiterzahlen höher als im Vorjahr ausgefallen. Hinzu kamen die allgemeinen Tarifsteigerungen sowie die im Berichtsjahr gezahlten Corona-Prämien. Die Versorgungsaufwendungen schwanken u. a. durch sich ändernde versicherungsmathematische Annahmen. Hierzu zählen beispielsweise geänderte Sterbetafeln, Änderungen der Besoldung, Ein- und Austritte sowie Beförderungen.

Auf die Aufgabenträger verteilt stellen sich die Personal- und Versorgungsaufwendungen folgendermaßen dar:

Gesamtabschluss 2020

Personal- und Versorgungsaufwendungen in Mio. €



Mit 355,9 Mio. € entfielen auf die Kernverwaltung der LHW rd. 60 % der Personal- und Versorgungsaufwendungen. Der Anteil der LHW an der Gesamtmitarbeitendenzahl betrug 57%.

Eine Übersicht über die Anzahl und Verteilung der Mitarbeitenden ist unter Punkt 3.5.3 Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen zu finden.

Die **Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen** betragen im Berichtsjahr 640,9 Mio. € und reduzierten sich gegenüber dem Vorjahr.

| in Mio. € | 31.12.2020 | 31.12.2019 | Veränderung |
|---|--------------|--------------|----------------|
| Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen | 640,9 | 658,3 | -17,4 ↓ |
| Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren | 314,3 | 326,5 | -12,2 ↓ |
| Aufwendungen für bezogene Leistungen, Reparaturen und Instandhaltung | 155,3 | 152,3 | 3,0 ↑ |
| Aufwendungen für die Inanspruchnahme von Rechten und Diensten | 117,7 | 118,8 | -1,1 ↓ |
| Sonstige Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen | 53,6 | 60,7 | -7,1 ↓ |

Einen wesentlichen Anteil an den Sach- und Dienstleistungen nehmen sowohl die Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe (RHB-Stoffe) und bezogene Waren mit 314,3 Mio. €, als auch die Aufwendungen für bezogene Leistungen, Reparaturen und Instandhaltung mit 155,3 Mio. € ein. Der Rückgang der Aufwendungen für RHB-Stoffe und bezogene Waren geht im Wesentlichen

Gesamtabschluss 2020

mit mengenbedingt geringeren Bezugsaufwendungen im Versorgungsbereich einher, diesem stehen leicht höhere Aufwendungen für bezogene Leistungen gegenüber.

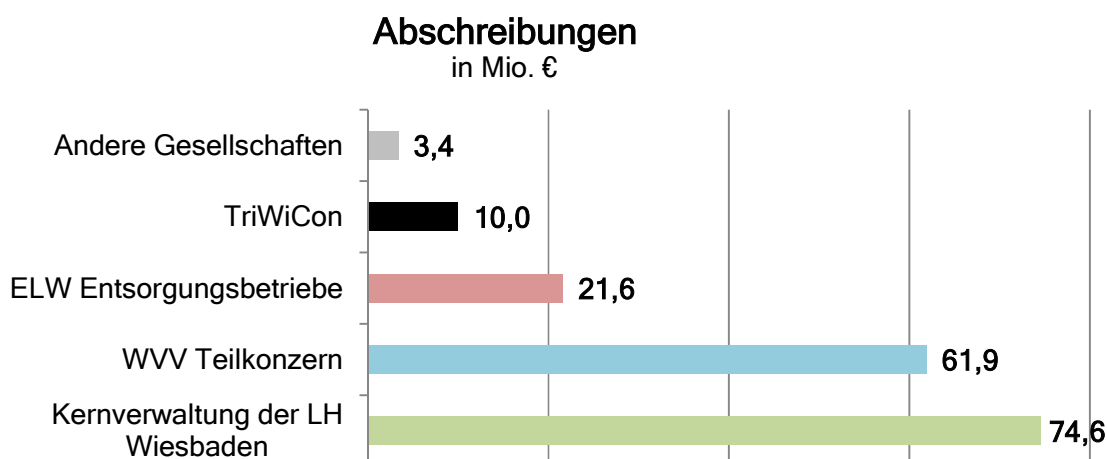
Die **Abschreibungen**³² betragen im Berichtsjahr 171,5 Mio. €. Sie stiegen gegenüber dem Vorjahr um 17,6 Mio. €. Die Erhöhung ist im Wesentlichen auf die Wertberichtigung der Geldanlagen bei der Bremer Greensill Bank AG i. H. v. 20,0 Mio. € zurückzuführen (nähere Ausführungen Kapitel 3.2.2 Umlaufvermögen). Im Übrigen liegen die Abschreibungen ungefähr auf dem Vorjahresniveau. Sie können im Anlagenspiegel (Anlage 1) detailliert nachvollzogen werden.

| in Mio. € | 31.12.2020 | 31.12.2019 | Veränderung |
|---|--------------|--------------|---------------|
| Abschreibungen | 171,5 | 153,9 | 17,6 ↑ |
| Abschreibungen auf aktivierte Investitionszuweisungen, -zuschüsse und -beiträge | 5,2 | 5,4 | -0,2 ↓ |
| Sonstige Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens | 2,4 | 2,5 | -0,1 ↓ |
| planmäßige Abschreibungen auf Sachanlagen | 126,1 | 123,6 | 2,5 ↑ |
| Wertberichtigungen auf Forderungen | 17,8 | 22,4 | -4,6 ↓ |
| Wertberichtigung auf Finanzmittelfonds | 20,0 | 0,0 | 20,0 ↑ |

Die Abschreibungen betreffen folgende Aufgabenträger.

³² Im Gegensatz zum Anlagenspiegel finden in der obigen Tabelle die Wertberichtigungen auf Forderungen und Finanzmittelfonds Berücksichtigung, aber die außerplanmäßigen Abschreibungen nicht.

Gesamtabschluss 2020



Mit höheren **Aufwendungen für Zuweisungen, Zuschüsse und besondere Finanzaufwendungen** von nun 135,3 Mio. € (Vj. 125,5 Mio. €) unterstützte die Kernverwaltung im von der Corona-Pandemie beherrschten Berichtsjahr eine Vielzahl von Einrichtungen / Institutionen. Die größten Zuschüsse gingen u. a. an:

- das Hessische Staatstheater (22,2 Mio. € / Vorjahr 19,8 Mio. €)
- Kindertagesstätten der evangelischen Regionalverwaltung Wiesbaden (20,5 Mio. € / Vorjahr 19,9 Mio. €)
- den Gesamtverband der katholischen Kirchengemeinden in Hessen (Kita-Zuschüsse i. H. v. 11,6 Mio. € / Vorjahr 11,4 Mio. €)
- den AWO Kreisverband Wiesbaden (7,2 Mio. € / Vorjahr 8,3 Mio. €)
- den Caritasverband Wiesbaden-Rheingau Taunus (2,3 Mio. € / Vorjahr 2,2 Mio. €)
- die Europa-Schule Dr. Obermayr (3,9 Mio. € / Vorjahr 4,1 Mio. €)
- die gemeinnützigen Känguru Kindertagesstätten (3,2 Mio. € / Vorjahr 3,3 Mio. €)
- die Wiesbadener Musik- und Kunstschule (2,6 Mio. € / Vorjahr 2,6 Mio. €)
- das Nachbarschaftshaus Wiesbaden e. V. (2,5 Mio. € / Vorjahr 2,3 Mio. €)
- VHS Wiesbaden e. V. (2,8 Mio. €)
- Terminal for Kids GmbH (2,3 Mio. € / Vorjahr 2,1 Mio. €)

Die **Steueraufwendungen** i. H. v. 126,0 Mio. € fielen gegenüber dem Vorjahr (136,9 Mio. €) geringer aus, waren ausschließlich Umlageverpflichtungen der LHW und betrafen u. a. die Umlage an den Landeswohlfahrtsverband (80,0 Mio. €), die Gewerbesteuerumlage (23,6 Mio. €), die Krankenhausumlage (7,5 Mio. €) und seit 2020 neu die Heimatumlage (14,7 Mio. €). Während sich die Gewerbesteuerumlage im Berichtsjahr halbierte, kam die Heimatumlage neu dazu. Somit reduzierten sich die Steueraufwendungen insgesamt um 10,9 Mio. €.

Gesamtabschluss 2020

Die **Transferaufwendungen** i. H. v. 414,8 Mio. € (Vj. 397,9 Mio. €) entfielen ausschließlich auf die Kernverwaltung der LHW. Sie stellen die Aufwendungen für soziale Leistungen dar. Größte Positionen waren die Leistungen an natürliche Personen nach dem SGB II (Grundsicherung für Arbeitsuchende) mit 226,5 Mio. €, nach dem SGB XII (u. a. Grundsicherung im Alter) mit 92,3 Mio. € und sonstige soziale Leistungen an natürliche Personen i. H. v. 95,8 Mio. €. Im Berichtsjahr wurden 12,1 Mio. € mehr Leistungen nach dem SGB XII ausgezahlt als im Vorjahr. Die Ursachen liegen insbesondere in gesetzlichen Änderungen ab 01.01.2020, wie behördliche Abläufe, Zuständigkeiten und Finanzierungsregelungen.

Den Transferaufwendungen stehen Erträge aus Transferleistungen gegenüber, die ebenfalls gestiegen sind. Sie enthalten die Erstattungen bzw. Kostenbeteiligungen von Bund und Land für Sozialausgaben.

Die **sonstigen ordentlichen Aufwendungen** in Höhe von 14,3 Mio. € beinhalteten u. a. Aufwendungen aus Steuern, Konzessionsabgaben und Personalgestellung.

Finanzergebnis

Das Finanzergebnis betrug - 5,3 Mio. € und verbesserte sich im Vergleich zum Vorjahr (- 15,0 Mio. €).

Finanzerträge

Die Finanzerträge i. H. v. 46,3 Mio. € (Vj. 40,5 Mio. €) resultierten im Wesentlichen aus folgenden Positionen:

- Erträge aus Beteiligungen an assoziierten Unternehmen (18,2 Mio. €)
- Erträge aus anderen Beteiligungen (15,3 Mio. €)
- Erträge aus Ausleihungen (4,1 Mio. €)
- Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge (7,8 Mio. €).

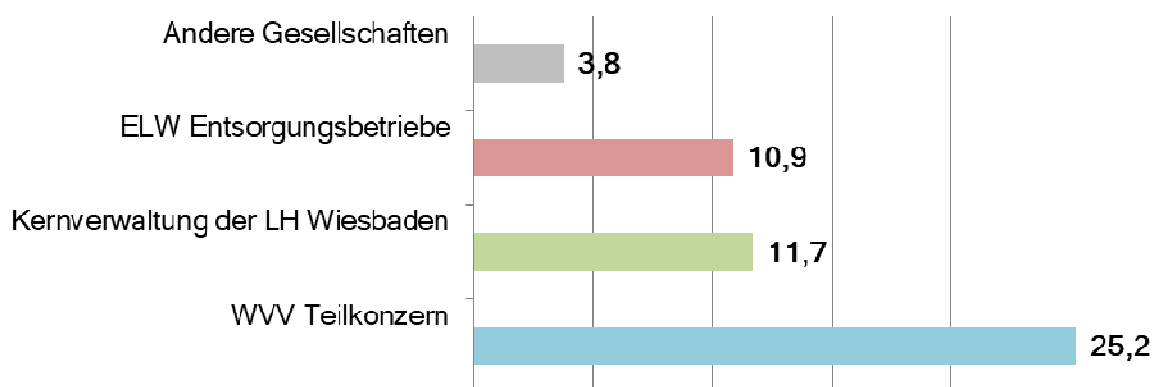
Sowohl die Erträge aus Beteiligungen an assoziierten Unternehmen als auch die Erträge aus anderen Beteiligungen entfielen fast ausschließlich auf den WVV-Teilkonzern. Überwiegend handelte es sich dabei um Erträge aus der Beteiligung an den Kraftwerken Mainz-Wiesbaden AG (18,6 Mio. €) und um die Erträge aus der Beteiligung an der Kom9 GmbH & Co.KG (13,7 Mio. €), die indirekt Anteile an der Thüga AG hält.

Gesamtabschluss 2020

Zinsen und ähnliche Aufwendungen

Die Zinsen und ähnlichen Aufwendungen - verringert um 4,0 Mio. € - belaufen sich im Berichtsjahr auf 51,6 Mio. € und entfielen zum überwiegenden Teil auf den WVV-Teilkonzern.

Zinsen und ähnliche Aufwendungen in Mio. €



Gesamtabschluss 2020

3.3.2 Außerordentliches Ergebnis

Das außerordentliche Ergebnis verringerte sich im Berichtsjahr, beläuft sich nunmehr auf 2,7 Mio. € (Vorjahr 34,0 Mio. €) und wird im Folgenden erläutert.

Außerordentliche Erträge

Die außerordentlichen Erträge betragen im Berichtsjahr 14,8 Mio. € (Vj. 53,1 Mio. €) und setzen sich im Wesentlichen aus den nachfolgenden Posten zusammen:

- Erträge aus dem Abgang von Sachanlagevermögen (2,8 Mio. €)
- Erträge aus der Zuschreibung von immateriellen- und Sachanlagevermögen (6,3 Mio. €)
- Andere periodenfremde Erträge (0,9 Mio. €)
- Sonstige außerordentliche Erträge (4,8 Mio. €)

Die **Erträge aus dem Abgang von Sachanlagevermögen** waren größtenteils auf die Kernverwaltung der LHW zurückzuführen (2,4 Mio. €). Es handelte sich u. a. um Erträge aus Grundstücksverkäufen in Delkenheim.

Die **Erträge aus der Zuschreibung von immateriellem und Sachanlagevermögen** (6,3 Mio. €) entfielen in voller Höhe auf die Kernverwaltung der LHW und resultierten aus einer rechtlichen Neubewertung von vergebenen Erbbaurechten für gemeindeeigene Grundstücke. Hier waren vorherige außerplanmäßige Abschreibungen durch das Wertaufholungsgebot zwingend rückgängig zu machen.

Die **anderen periodenfremden Erträge** entstanden mit 0,6 Mio. € mehrheitlich im WVV-Teilkonzern.

Die **sonstigen außerordentlichen Erträge** sind der Kernverwaltung der LHW zuzuordnen (4,8 Mio. €). Sie entstanden größtenteils durch Grundstücksumlegungen u. a. in Delkenheim (Kita und Bürgerhaus mit 1,5 Mio. €). Diesen standen entsprechende Verluste („Verluste aus dem Abgang von Sachanlagevermögen“) gegenüber.

Außerordentliche Aufwendungen

Die außerordentlichen Aufwendungen betragen im Berichtsjahr 12,1 Mio. € und setzen sich im Wesentlichen aus den nachfolgenden Posten zusammen:

- Verluste aus dem Abgang von Sachanlagevermögen (10,1 Mio. €)
- andere periodenfremde Aufwendungen (1,5 Mio. €)

Gesamtabschluss 2020

Bei den **Verlusten aus dem Abgang von Sachanlagevermögen** handelte es sich um Aufwendungen der Kernverwaltung der LHW (1,9 Mio. €), die durch Grundstücksumlegungen u. a. in Delkenheim (Kita und Bürgerhaus 1,5 Mio. €) entstanden sind sowie um Aufwendungen des WVV Teilkonzerns (8,1 Mio. €). Hier enthalten sind die Verluste, die im Zusammenhang mit dem Scheitern der Citybahn stehen (6,7 Mio. €). So wurden u. a. aktivierte Projektkosten ausgebucht.

Die **anderen periodenfremden Aufwendungen** entfielen mit 1,3 Mio. € größtenteils auf den WVV-Teilkonzern.

3.3.3 Anderen Gesellschaftern zustehendes Ergebnis

Das anderen Gesellschaftern zustehende Ergebnis i. H. v. 19,2 Mio. € beinhaltet im Wesentlichen den Anteil der Thüga AG an der ESWE Versorgungs AG.

Gesamtabschluss 2020

3.4 Erläuterungen zur konsolidierten Finanzrechnung

Die Finanzrechnung (Kapitalflussrechnung) erläutert die Veränderung des Finanzmittelfonds (liquide Mittel abzüglich Liquiditätskredite) im Berichtsjahr. In der Finanzrechnung werden die Einzahlungen und Auszahlungen ausgewiesen. Sie bezeichnen den Zufluss bzw. Abfluss der liquiden Mittel. Der Saldo aus Ein- und Auszahlungen wird als Cashflow bezeichnet. Hierbei wird zwischen drei Tätigkeitsbereichen unterschieden. Dem Cashflow aus laufender Verwaltungstätigkeit, dem Cashflow aus Investitionstätigkeit und dem Cashflow aus Finanzierungstätigkeit.

Der **Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit** wird über die sogenannte „indirekte Methode“ hergeleitet. Bei der indirekten Methode bildet das Jahresergebnis den Ausgangspunkt der Berechnungen. Das Jahresergebnis belief sich im Berichtsjahr auf 75,7 Mio. €. Um ausgehend vom Jahresergebnis den Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit zu errechnen, wird das Jahresergebnis bereinigt. Es wird korrigiert um die nicht zahlungsrelevanten Erträge und Aufwendungen, um Bestandsänderungen bei Posten des Umlaufvermögens (ohne Finanzmittelfonds) sowie um alle Posten, die Cash-Flows aus der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit darstellen. Aus der laufenden Geschäftstätigkeit ergab sich im Jahr 2020 ein Zahlungsmittelzufluss i. H. v. 210,1 Mio. €. Ein wesentlicher Teil der Differenz zwischen dem Jahresergebnis und dem Cashflow aus der laufenden Verwaltungstätigkeit geht auf Abschreibungen abzgl. Zuschreibungen i. H. v. 127,4 Mio. € und die Erhöhung der Rückstellungen i. H. v. 29,2 Mio. € zurück.

Der **Cashflow aus Investitionstätigkeit** fasst die Zahlungsströme aus Investitionen und Desinvestitionen zusammen und ist im Berichtsjahr geprägt von weiter steigenden Investitionen. So wurden Mittel i. H. v. 332,5 Mio. €³³ in das Anlagevermögen investiert. Von Bedeutung sind hier insbesondere die Investition in einen neuen Fonds, welcher der Absicherung der Beamtenpensionen dient (50,0 Mio. €) sowie die Investitionen in den Immobilienbestand (Wohnungsbau, Schulbau), in die digitale Verkehrsführung, in das Energieversorgungsnetz und in die Kanalisation. Gegenläufig ist der Zufluss von Dividenden i. H. v. 30,0 Mio. €, die der Gesamtverbund im Wesentlichen aufgrund der mittelbaren Beteiligungen an der KOM9 und der KMW erhält sowie der Mittelzufluss aus Abgängen von Gegenständen des Anlagevermögens i. H. v. 9,4 Mio. €³⁴. Im Tätigkeitsbereich Investitionen gab es somit einen Zahlungsmittelabfluss von 289,2 Mio. €.

Der **Cashflow aus Finanzierungstätigkeit** ist der Saldo aus Ein- und Auszahlungen im Zusammenhang mit der Finanzierung. Im Berichtsjahr waren die Einzahlungen aufgrund von Kreditaufnahmen (268,4 Mio. €) höher als die Auszahlungen für Kredittilgung (194,1 Mio. €) und die Zinszahlungen (49,5 Mio. €) für diese Kredite. Daneben war der Mittelzufluss von Zuschüssen deutlich höher. So wurden insgesamt Zuschüsse i. H. v. 94,8 Mio. € an den Gesamtverbund gezahlt. Hier enthalten sind sowohl die Zuschüsse für die digitale Verkehrsführung, die zu 50%

³³ AHK Zugänge (338,8 Mio. €) abzgl. der Erträge aus Zuschreibung des Sachanlagevermögen (6,3 Mio. €).

³⁴ Die Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des Anlagevermögens errechnen sich aus: Abgänge (40,4 Mio. €) abzüglich Abschreibungen auf Abgänge (23,7 Mio. €) zuzüglich Erträge (2,8 Mio. €) / abzüglich Verluste (10,1 Mio. €) aus diesen Geschäften.

Gesamtabschluss 2020

gefördert wird, als auch die ausgezahlten Corona-Zuschüsse i. H. v. 65,1 Mio. € zwecks Ausgleich von Mindereinnahmen im ÖPNV (ESWE Verkehr 13,7 Mio. €), Ausgleich von Mindereinnahmen bei der Gewerbesteuer (Kernverwaltung LHW 51,2 Mio. €) und Ausgleich der Mindereinnahmen aus dem Pflegeschutzschirm nach § 150 SGB XI (AHW 0,2 Mio. €). Gegenläufig hierzu wurden Ausschüttungen an Gesellschafter (Thüga AG) i. H. v. 18,2 Mio. € vorgenommen. Im Tätigkeitsbereich Finanzierung ergab sich somit ein Zahlungsmittelzufluss von 101,4 Mio. €.

Die Summe der drei Cashflows ergab eine zahlungswirksame Erhöhung des Finanzmittelfonds um 22,3 Mio. €.

Die Abwertung der Greensill Geldanlagen (Kernverwaltung 15,0 Mio. €, TriWiCon 5,0 Mio. €) wurde gesondert unter der Position bewertungsbedingte Änderung des Finanzmittelfonds ausgewiesen und reduziert den Finanzmittelfonds um 20,0 Mio. €.

Infolge dessen nahm der Finanzmittelfonds zum 31. Dezember 2020 also lediglich um 2,3 Mio. € zu und beläuft sich damit auf 355,4 Mio. €. Kurzfristige Verbindlichkeiten zur Liquiditätssicherung (Vorjahr 0,6 Mio. €) wurden zum Stichtag 31.12.2020 nicht aufgenommen und sind somit nicht vom Finanzmittelfonds abzusetzen.

Gesamtabschluss 2020

3.5 Sonstige Angaben

3.5.1 Haftungsverhältnisse

Die Kernverwaltung der LHW hat sich bei zahlreichen Grundstücksgeschäften dazu verpflichtet, eventuell anfallende Kosten für die Beseitigung von Altlasten (u. a. Bodenverunreinigung, Kampfmittelräumung) zu übernehmen. Beim Liegenschaftsamt wird eine Aufstellung über diese Verpflichtungen geführt. Diese Liste der Haftungsverhältnisse ist nicht abschließend, da in einigen Fällen eine Altlastenübernahme ohne konkrete Summenbeschränkungen oder Laufzeiten vereinbart wurde.

Die Kernverwaltung der LHW ist, neben der Stadt Frankfurt sowie vier Landkreisen in Hessen und zwei Landkreisen in Rheinland-Pfalz, Mitglied im Sparkassenzweckverband Nassau. Der Verband ist Mitglied im Sparkassen- und Giroverband Hessen-Thüringen. Er ist ein Zweckverband im Sinne des Gesetzes über die kommunale Gemeinschaftsarbeit vom 16.12.1969 und damit eine Körperschaft des öffentlichen Rechts (§ 1 der Satzung des Sparkassenzweckverbandes Nassau vom 13.12.1990, zuletzt geändert am 09.03.2011). Der Zweckverband ist Gewährträger der Nassauischen Sparkasse. Nach dem grundsätzlichen Wegfall der Gewährträgerhaftung in 2005 haftet ein Träger nur noch unter ganz bestimmten Bedingungen für Verbindlichkeiten seiner Sparkasse, die bis zum 18. Juli 2005 vereinbart wurden und auch nur dann, sofern diese nicht aus dem Vermögen der Sparkasse befriedigt werden können.

Für die Verbindlichkeiten des Verbandes haften die Mitglieder untereinander nach dem Verhältnis der Gesamtbeträge der aus dem Gebiet der einzelnen Mitglieder stammenden Verbindlichkeiten aus dem Sparkassengeschäft gegenüber Kunden und aus den Schuldverschreibungen der Sparkasse und aus den Forderungen an Kunden mit Ausnahme der Forderungen aus Schuldscheindarlehen. Der Anteil der Kernverwaltung LHW beträgt aktuell 31 %. Aus heutiger Sicht bestehen keine Haftungsrisiken für die Gewährträger.

Gesamtabschluss 2020

| Gesellschaft | Art des Haftungsverhältnisses | Höhe der Haftung in Mio. € | | Änderung |
|---------------------------------|---|----------------------------|--------------|-------------|
| | | 2020 | 2019 | |
| Kernverwaltung der LH Wiesbaden | Ausfallbürgschaften (da diese Bürgschaften Eventualverbindlichkeiten darstellen, sind sie gemäß § 251 HGB hier aufgeführt): | | | |
| | Bürgschaften für Außenstehende | 5,0 | 5,8 | -0,8 |
| | HELIOS Dr.-Horst-Schmidt-Kliniken GmbH | 45,0 | 47,4 | -2,4 |
| | WV Wiesbaden Holding GmbH | 170,9 | 178,6 | -7,7 |
| | GWW Wiesbadener Wohnbaugesellschaft mbH | 84,5 | 82,0 | 2,5 |
| | ESWE Versorgungs AG | 38,8 | 44,2 | -5,4 |
| | GeWeGe Gemeinnützige Wohnungsgesellschaft der LH Wiesbaden mbH | 68,5 | 71,4 | -2,9 |
| | ESWE Verkehrsgesellschaft mbH | 27,7 | 18,9 | 8,8 |
| | SEG für Stadtentwicklungsgesellschaft Wiesbaden mbH | 5,9 | 7,0 | -1,1 |
| | AltenHilfe Wiesbaden GmbH | 0,5 | 0,6 | -0,1 |
| | GWI Gewerbeimmobilien GmbH | 3,0 | 3,0 | 0,0 |
| | WIM Liegenschaftsfonds GmbH Co. KG | 5,9 | 12,3 | -6,4 |
| | Wiesbadener Jugendwerkstatt GmbH | 2,9 | 2,3 | 0,6 |
| | WI-Bau GmbH | 48,8 | 40,7 | 8,1 |
| Summe: | | 507,4 | 514,2 | -6,8 |
| WV Teilkonzern | Treuhandverbindlichkeiten | 10,4 | 9,8 | 0,6 |
| | Verpflichtungen aus gegebenen Patronatserklärungen | 50,0 | 50,0 | 0,0 |
| Summe: | | 60,4 | 59,8 | 0,6 |

Gesamtabschluss 2020

3.5.2 Sachverhalte über erhebliche finanzielle Verpflichtungen

| Gesellschaft | Sachverhalte über erhebliche finanzielle Verpflichtungen | Höhe der Verpflichtung in Mio. € jeweils zum 31.12. | | Än- derung |
|---|---|---|--------------|---------------|
| | | 2020 | 2019 | |
| Kernverwaltung der LH Wiesbaden | Verpflichtungen aus Mietverträgen inkl. NK Vorausz. | 9,9 | 9,9 | 0,0 |
| | IT-Dienstleistungsvertrag WIVERTIS inkl. Zusatzausstattung | 16,9 | 14,0 | 2,9 |
| | Verpflichtungen aus Betriebskostenzuschüssen an die Kindertagesstätten der freien Träger | 68,8 | 65,8 | 3,0 |
| | Betriebskostenzuschuss Hessisches Staatstheater Wiesbaden | 19,0 | 16,9 | 2,1 |
| WV Teilkonzern | Bestellobligo aus erteilten Aufträgen für Investitionen | 106,5 | 111,8 | -5,3 |
| | Verpflichtungen aus Miet- und Leasingverträgen | 19,2 | 16,9 | 2,3 |
| | Verpflichtungen aus Zusagen von Kreditverträgen | 45,1 | 76,8 | -31,7 |
| | Verpflichtung aus Personalgestellungsverträgen | 0,0 | 0,5 | -0,5 |
| | Verpflichtungen aus sonstigen Verträgen | 9,8 | 9,9 | -0,1 |
| | Verpflichtung aus der Nutzung eines Gasspeichers | 6,6 | 7,1 | -0,5 |
| ELW Entsorgungsbetriebe | Bestellobligo aus erteilten Aufträgen für Investitionen | 14,1 | 10,4 | 3,7 |
| | Verpflichtungen aus Miet- und Leasingverträgen | 0,4 | 0,3 | 0,1 |
| Wiesbaden Congress & Marketing GmbH | Verpflichtungen aus Miet- und Leasingverträgen | 0,5 | 0,7 | -0,2 |
| WJW Wiesbadener Jugendwerkstatt | sonstige finanzielle Verpflichtungen | 1,3 | 1,5 | -0,2 |
| mattiaqua | Verpflichtung aus Mietvertrag für Büroräume | 0,1 | 0,2 | -0,1 |
| | Wartungsvertrag Kassensystem | 0,1 | 0,0 | 0,1 |
| | Unterhaltung Thermalbad | 0,6 | 0,8 | -0,2 |
| Summe: | | 318,9 | 343,5 | -24,6 |

Gesamtabschluss 2020

Bei mehreren Gesellschaften des WVV Konzerns sind derivative Finanzinstrumente zur Risikoabsicherung eingesetzt. Zum Bilanzstichtag wurden für alle Geschäfte die Marktwerte ermittelt. In sämtlichen Fällen wurde zwischen dem derivativen Finanzinstrument und dem Grundgeschäft eine Bewertungseinheit gebildet, so dass keine Rückstellungen für drohende Verluste passiviert werden mussten. Zur Feststellung der Wirksamkeit der Sicherungsbeziehung wird die „Critical Terms Match-Methode“ verwendet. Die Bilanzierung sämtlicher Bewertungseinheiten erfolgt nach der „Einfrierungsmethode“.

Zur Begrenzung des Zinsänderungsrisikos von langfristigen Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten wurden Zins-Swap-Geschäfte abgeschlossen. Es handelt sich um micro hedge-Beziehungen, da das aus einem Darlehen resultierende Zinsänderungsrisiko durch ein einziges Sicherungsinstrument (Swap) abgesichert wird. Insgesamt bestehen Swap-Geschäfte mit einem Nominalwert von 44,1 Mio. €. Aufgrund der allgemeinen Zinsentwicklung hatten diese am Bilanzstichtag in Summe einen negativen Marktwert in Höhe von 4,0 Mio. €. Die Zins-Swap-Geschäfte werden jeweils in Zusammenhang mit der Aufnahme bzw. Prolongation konkreter Darlehen abgeschlossen. Die Marktwerte werden anhand der sich aus den Vereinbarungen in Zukunft ergebenden Zahlungsströme unter Zugrundelegung der erwarteten Zinsentwicklung ermittelt.

Die mittels Termingeschäften beschafften Energiebezüge von Strom und Gas werden mit den in der Zukunft mit hoher Wahrscheinlichkeit anfallenden Absatzgeschäften in eine Bewertungseinheit gebracht. Da die Beschaffung dem Absatz zeitlich vorgelagert ist, handelt es sich um antizipatives Hedging.

Gesamtabschluss 2020

3.5.3 Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen

Die durchschnittliche Anzahl der Mitarbeitenden im Unternehmensverbund der LHW stellt sich im Berichtsjahr folgendermaßen dar³⁵:

| Gesellschaften | Beschäftigte | Beamte | Gesamt | Veränderung zum Vorjahr |
|---|--------------|------------|--------------|-------------------------|
| Kernverwaltung der LH Wiesbaden | 3.969 | 963 | 4.932 | 165 ↑ |
| EGW Gesellschaft für ein gesundes Wiesbaden mbH | 3 | 0 | 3 | -2 ↓ |
| HSK Pflege GmbH (seit 01.01.2020 verschmolzen auf EGW) | 0 | 0 | 0 | -2 ↓ |
| Feierabendheim Simeonhaus GmbH (seit 01.01.2020 verschmolzen auf EGW) | 0 | 0 | 0 | -1 ↓ |
| AHW AltenHilfe Wiesbaden GmbH | 187 | 0 | 187 | -1 ↓ |
| WJW Wiesbadener Jugendwerkstatt GmbH | 226 | 0 | 226 | 3 ↑ |
| ELW Entsorgungsbetriebe | 771 | 5 | 776 | 4 ↑ |
| MBA Wiesbaden GmbH | 4 | 0 | 4 | 2 ↑ |
| TriWiCon | 36 | 1 | 37 | -34 ↓ |
| Wiesbaden Congress & Marketing GmbH | 86 | 0 | 86 | 21 ↑ |
| Mattiaqua (Bäderbetrieb) | 132 | 1 | 133 | -1 ↓ |
| Wasserversorgungsbetriebe der LHW (WLW) | 6 | 0 | 6 | 0 → |
| WVV-Teilkonzern* | 2.235 | 0 | 2.235 | 87 ↑ |
| Gesamt | 7.655 | 970 | 8.625 | 241 ↑ |

³⁵ Es handelt sich um die gemittelte Kopfzahl pro Jahr. Beschäftigte, die wegen unbezahlter Beurlaubung oder Erkrankung nicht am jährlichen Dienstbetrieb teilnehmen, sind nicht berücksichtigt. Auszubildende sind ebenfalls nicht aufgeführt. Abgeordnete, gestellte oder überlassene Beschäftigte werden vom aufnehmenden Unternehmen genannt.

Gesamtabschluss 2020

| Gesellschaften des WVV Teilkonzerns | Beschäftigte | Beamte | Gesamt | Veränderung zum Vorjahr |
|---|--------------|----------|--------------|-------------------------|
| WVW Wiesbaden Holding GmbH | 10 | 0 | 10 | -1 ↓ |
| ESWE Versorgungs AG | 578 | 0 | 578 | 8 ↑ |
| ESWE Verkehrsgesellschaft mbH | 1.181 | 0 | 1.181 | 48 ↑ |
| WITCOM GmbH | 34 | 0 | 34 | 3 ↑ |
| WiBau GmbH | 32 | 0 | 32 | 1 ↑ |
| Beteiligungsgesellschaft WVV Holding GmbH | 0 | 0 | 0 | 0 → |
| SEG GmbH | 64 | 0 | 64 | -1 ↓ |
| GWW GmbH | 182 | 0 | 182 | 13 ↑ |
| GWI Gewerbeimmobilien GmbH | 3 | 0 | 3 | 2 ↑ |
| WIM Liegenschaftsfonds GmbH & Co. KG | 1 | 0 | 1 | 0 → |
| SW Netz GmbH | 130 | 0 | 130 | 3 ↑ |
| GeWeGe Wohnungsgesellschaft mbH | 0 | 0 | 0 | 0 → |
| ESWE BioEnergie GmbH | 20 | 0 | 20 | 11 ↑ |
| ESWE Taunuswind GmbH | 0 | 0 | 0 | 0 → |
| ESWE Windpark GmbH | 0 | 0 | 0 | 0 → |
| ESWE WP Uettingen GmbH & Co. KG | 0 | 0 | 0 | 0 → |
| Summe Teilkonzern | 2.235 | 0 | 2.235 | 87 ↑ |

Gesamtabschluss 2020

3.5.4 Mitglieder Stadtverordnetenversammlung / Magistrat

Die Mitglieder der Stadtverordnetenversammlung sind im Folgenden genannt.

| Stadtverordnetenvorsteher: | Stellvertreter/innen: |
|---|---|
| Gabriel, Christa | David, Michael Enders, Gabriele Große, Claus-Peter Seidensticker, Eberhard von Seemen, Ingo |
| Weitere Stadtverordnete zum 31.12.2020: | |
| Altintop-Nelson, Nedret | Mensching, Fredy |
| Andes-Müller, Dorothee | Michel, Sandra |
| Angor, Dorothea | Michna, Hans-Achim |
| Apel, Michaela | Mucha, Monika |
| Bachmann, Christian | Müller Dr., Eckhard |
| Becht, Monika | Nickel, Wolfgang |
| Becker, Jürgen | Obergfell, Hans-Michael |
| Belz, Stephan | Offermanns, Ralf |
| Beyes, Aglaja | Oschmann, Petermartin |
| Bohrer, Hartmut | Pfeifer, Rainer |
| Braun, Karl | Preinl, Thomas |
| Bröder, Wilfried | Röck-Knüttel, Nicole |
| Coigné, Mechthilde | Rottloff, Simon |
| Delbasteh Dr., Rashid | Ruf, Nadine |
| Denzer, Manuel | Ruth, Susanne (seit 01.05.2020) |
| Deusser-Betin, Jutta | Rutten, Sebastian |
| Diers, Christian | Schmehl, Hendrik |
| Egert, Urban | Schuchalter-Eicke, Gabriele |
| Forßbohm, Brigitte | Schulz, Dimitri |
| Frommann, Hans-Jörg (seit 04.07.2020) | Schulz, Joachim |
| Gores, Wolfgang (bis 03.07.2020) | Schwalbach, Lucas |
| Große, Claus-Peter (bis 30.04.2020) | Seipel-Rotter, Hendrik |
| Groth, Jens | Seldenreich, Denis |
| Güler, Sibel | Sindl, Sascha (bis 14.04.2020) |
| Hagenmüller, Axel | Sobek, Jörg |
| Hasemann-Trutzel, Hans-Joachim | Spruch, Claudia |
| Hebenstreit, Anita | Temmen, Sandra |
| Heller, Monika | Tobschall, Joachim (seit 27.01.2020) |
| Hinninger, Christiane | Uebersohn Dr., Gerhard |
| Hörhammer, Heinz (seit 14.04.2020) | Ulusoy, Arif |
| Karipidou, Sofia | Vogt, Petra |
| Kienast-Dittrich, Renate | Völker Dr., Reinhard |
| Kisseler, Felix | Wallmann, Astrid |
| Knauer, Christa | Weck, André |
| Küpper, Konstanze | Weinerth, Sarah |
| Lambrou, Robert | Wilhelmy, Veit |
| Lauer, Stephan | Winkelman, Alexander |

Gesamtabschluss 2020

| | |
|--|-----------------------|
| Lohmann, Andrea Lorenz, Bernhard Lork Dr., Klaus-Dieter Lüderitz, Wilfried Maritzen, Ronny | Wittkowski Dr., Bernd |
|--|-----------------------|

Die Mitglieder des Magistrats in 2020 waren:

| | |
|--|--|
| Oberbürgermeister | |
| Mende, Gert-Uwe | |
| Bürgermeister | |
| Franz Dr., Oliver | |
| hauptamtliche Magistratsmitglieder: | ehrenamtliche Magistratsmitglieder: |
| Imholz, Axel (Stadtkämmerer) Kessler, Hans-Martin Kowol, Andreas Manjura, Christoph | Becker, Nathalie Brenneis Dr., Helga Gaßner, Markus Goebel, Michael Jentsch Dr., Doris Kaffenberger, Bodo Nehrbaß, Helmut Reinhardt Dr., Tilli-Charlotte Schlemp, Dieter Schuster, Rainer Skolik, Helga Tomaschky-Fritz, Helga Winkelmann, Ulrich Wolf, Gabriele Wolz, Ivo |

Wiesbaden, den 17.10.2022



Imholz
Stadtkämmerer

Gesamtabschluss 2020

Anlagen

Gesamtabschluss 2020

Anlage (1) Anlagenspiegel

| Position | Anschaffungs- und Herstellungskosten in EUR | | | | | | Abschreibungen in EUR | | | | | | Buchwerte in EUR | | |
|--|---|--------------------|-------------------|----------------|--------------------------------|----------------------|-----------------------|-----------------------------------|-----------------------------------|--|----------------------------|-------------|----------------------|----------------------|----------------------|
| | Stand zum 01.01. | Zugänge | Abgänge | Umbuchungen | Wertänderung At Equity Methode | Stand zum 31.12. | Stand zum 01.01. | Zuschreibungen des Berichtsjahres | Abschreibungen des Berichtsjahres | Abschreibungen auf weitere Zugänge (Nachaktivierung) | Abschreibungen auf Abgänge | Umbuchungen | Stand zum 31.12. | Stand zum 31.12. | Stand zum 01.01. |
| 1 Anlagevermögen | 7.284.639.138 | 338.795.970 | 40.360.827 | 0 | 4.005.935 | 7.587.080.216 | 3.084.318.876 | 6.189.714 | 133.606.422 | 47 | 23.650.607 | 0 | 3.188.085.023 | 4.398.995.193 | 4.200.320.262 |
| 1.1 Immaterielle Vermögensgegenstände | 90.235.139 | 4.672.260 | 5.087.966 | 43.118 | 0 | 89.862.552 | 58.665.599 | 0 | 7.546.385 | 0 | 5.082.169 | 0 | 61.129.815 | 28.732.737 | 31.569.540 |
| 1.1.1 Konzessionen, Lizenzen und ähnliche Rechte | 30.453.004 | 1.272.477 | 981.401 | 192.030 | 0 | 30.936.110 | 24.954.926 | 0 | 2.368.821 | 0 | 975.825 | 0 | 26.347.922 | 4.588.187 | 5.498.078 |
| 1.1.2 Geleistete Investitionszuweisungen und -zuschüsse | 59.212.669 | 2.288.371 | 4.106.564 | 2.975 | 0 | 57.397.451 | 33.710.672 | 0 | 5.177.563 | 0 | 4.106.343 | 0 | 34.781.892 | 22.615.559 | 25.501.997 |
| 1.1.4 Geleistete Anzahlungen auf immaterielle Vermögensgegenstände | 569.466 | 1.111.412 | 0 | -151.887 | 0 | 1.528.991 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 1.528.991 | 569.466 | |
| 1.2 Sachanlagen | 6.489.706.571 | 281.689.910 | 33.632.889 | -43.118 | 0 | 6.737.720.474 | 2.986.790.354 | 6.189.244 | 126.060.037 | 47 | 18.568.439 | 0 | 3.088.092.756 | 3.649.627.718 | 3.502.916.217 |
| 1.2.1 Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich Bauten auf fremden Grundstücken | 3.237.718.979 | 67.041.158 | 8.376.211 | 55.490.139 | 0 | 3.351.874.066 | 935.436.280 | 6.189.244 | 52.784.889 | 0 | 1.844.528 | 0 | 980.187.397 | 2.371.686.669 | 2.302.282.699 |
| 1.2.2 Sachanlagen im Gemeingebrauch, Infrastrukturvermögen | 2.568.960.269 | 43.961.532 | 2.641.716 | 13.344.109 | 0 | 2.623.624.194 | 1.743.281.456 | 0 | 44.743.808 | 0 | 2.493.405 | -17.873 | 1.785.513.985 | 838.110.209 | 825.678.813 |
| 1.2.3 Anlagen und Maschinen zur Leistungserstellung | 181.870.703 | 3.235.897 | 1.260.227 | 992.374 | 0 | 184.838.748 | 110.274.540 | 0 | 7.567.934 | 0 | 1.235.748 | 17.873 | 116.624.600 | 68.214.148 | 71.596.163 |
| 1.2.4 Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung | 302.163.538 | 29.123.113 | 13.307.305 | 2.374.449 | 0 | 320.353.795 | 195.831.491 | 0 | 20.963.407 | 47 | 12.994.758 | 0 | 203.800.187 | 116.553.608 | 106.332.047 |
| 1.2.5 Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau | 198.993.082 | 138.328.210 | 8.047.430 | -72.244.190 | 0 | 257.029.671 | 1.966.587 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 1.966.587 | 255.063.084 | 197.026.495 |
| 1.3 Finanzanlagen | 531.057.428 | 52.433.800 | 1.639.973 | 0 | 4.005.935 | 585.857.190 | 38.862.923 | 470 | 0 | 0 | 0 | 0 | 38.862.453 | 546.994.737 | 492.194.505 |
| 1.3.1 Anteile an verbundenen Unternehmen | 1.478.214 | 0 | 0 | 0 | 0 | 1.478.214 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 1.478.214 | 1.478.214 |
| 1.3.3 Beteiligungen | 350.961.444 | 1.735.000 | 500.000 | 0 | 4.005.935 | 356.202.378 | 38.775.529 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 38.775.529 | 317.426.849 | 312.185.914 |
| 1.3.4 Ausleihungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht | 28.849.883 | 696.000 | 268.939 | 0 | 0 | 29.276.944 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 29.276.944 | 28.849.883 | |
| 1.3.5 Wertpapiere des Anlagevermögens | 50.799.790 | 50.000.000 | 0 | 0 | 0 | 100.799.790 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 100.799.790 | 50.799.790 | |
| 1.3.6 Sonstige Ausleihungen (sonstige Finanzanlagen) | 98.968.096 | 2.800 | 871.033 | 0 | 0 | 98.099.863 | 87.394 | 470 | 0 | 0 | 0 | 0 | 86.923 | 98.012.940 | 98.880.703 |
| 1.4 Sparkassenrechtliche Sonderbeziehungen | 173.640.000 | 0 | 0 | 0 | 0 | 173.640.000 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 173.640.000 | 173.640.000 |

Gesamtabschluss 2020

Anlage (2) Forderungsspiegel

| Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände | | Restlaufzeiten | | | Gesamt EUR | Gesamt Vorjahr EUR |
|---|--|--------------------|-----------------------|-------------------|--------------------|--------------------------|
| | | bis zu 1 Jahr | über 1 bis 5 Jahre | über 5 Jahre | | |
| | | EUR | EUR | EUR | | |
| 2.3.1 | Forderungen aus Zuweisungen, Zuschüssen, Transferleistungen, Investitionszuweisungen und -zuschüssen sowie Investitionsbeiträgen | 16.781.444 | 10.076.215 | 46.323.669 | 73.181.328 | 39.984.557 |
| 2.3.2 | Forderungen aus Steuern und steuerähnlichen Abgaben | 31.381.181 | 32.662 | 31.339 | 31.445.182 | 31.656.112 |
| 2.3.3 | Forderungen aus Lieferungen und Leistungen | 31.939.742 | 165.470 | 14.010 | 32.119.222 | 86.668.202 |
| 2.3.4 | Forderungen gegen verbundene Unternehmen, gegen Unternehmen mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht und Sondervermögen | 849.869 | 0 | 0 | 849.869 | 1.345.328 |
| 2.3.5 | Sonstige Vermögensgegenstände | 44.358.551 | 1.665.579 | 514.958 | 46.539.088 | 54.302.317 |
| Gesamt | | 125.310.787 | 11.939.926 | 46.883.976 | 184.134.689 | 213.956.516 |

Gesamtabschluss 2020

Anlage (3) Eigenkapitalspiegel

| Eigenkapital | Nettoposition und Gezeichnetes Kapital | Rücklagen aus Überschüssen des Ergebnisses | Zweckgebundene und Sonderrücklagen | Ergebnisneutrale Eigenkapitaländerungen | Anteil Dritter am Eigenkapital | Gesamtbilanzgewinn/-verlust | Gesamteigenkapital |
|-------------------------|--|--|------------------------------------|---|--------------------------------|-----------------------------|----------------------|
| | EUR | EUR | EUR | EUR | EUR | EUR | EUR |
| Stand 01.01.2020 | 1.259.089.688 | 261.530.469 | 1.527.682 | 3.528 | 67.208.599 | 133.880.861 | 1.723.240.827 |
| Zunahme | 0 | 0 | 0 | 0 | 19.156.986 | 70.866.388 | 90.023.374 |
| Abnahme | 0 | 14.367.693 | 0 | 0 | 0 | 0 | 14.367.693 |
| Dividendenausschüttung | 0 | 0 | 0 | 0 | 18.181.379 | 0 | 18.181.379 |
| Stand 31.12.2020 | 1.259.089.688 | 247.162.776 | 1.527.682 | 3.528 | 68.184.206 | 204.747.249 | 1.780.715.129 |

Gesamtabschluss 2020

Anlage (4) Sonderpostenspiegel

| Sonderposten | Stand 01.01. | Einzahlungen / Zugänge | | Auflösung | Auszahlungen | Umgliederung | Stand 31.12. |
|---|--------------------|------------------------|-------------------|-------------------|--------------|------------------|--------------------|
| | EUR | immat. Vermögen | Sachanlagen | | Sachanlagen | | |
| Sonderposten für erhaltene | | | | | | | |
| 2.1 Investitionszuweisungen, -zuschüsse und Investitionsbeiträge | 227.904.075 | 520.000 | 26.953.565 | 14.031.054 | 7.737 | 385.262 | 240.953.587 |
| 2.1.1 Zuweisungen vom öffentlichen Bereich | 179.830.145 | 520.000 | 25.294.288 | 10.491.835 | 7.737 | -182.920 | 195.327.781 |
| 2.1.2 Zuschüsse vom nicht - öffentlichen Bereich | 18.629.378 | 0 | 816.465 | 939.428 | 0 | 568.182 | 17.938.233 |
| 2.1.3 Investitionsbeiträge | 29.444.552 | 0 | 842.812 | 2.599.791 | 0 | 0 | 27.687.573 |
| 2.2 Sonstige Sonderposten | 41.299.200 | 0 | 2.189.067 | 3.024.755 | 0 | 1.813.139 | 38.650.373 |
| Gesamt | 269.203.275 | 520.000 | 29.142.632 | 17.055.809 | 7.737 | 2.198.401 | 279.603.960 |

Gesamtabschluss 2020

Anlage (5) Rückstellungsspiegel

| Rückstellungen | Stand 01.01. | Inanspruch- nahme | Auflösung | Zuführung | Aufzinsung | Stand 31.12. |
|---|--------------------|----------------------|-------------------|--------------------|------------------|--------------------|
| | EUR | EUR | EUR | EUR | EUR | EUR |
| 3.1 Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen | 617.028.169 | 1.644.295 | 19.716.757 | 30.381.171 | 937.118 | 626.985.406 |
| 3.2 Rückstellungen für Finanzausgleich und Steuerschuldverhältnisse (nur Kommune) | 3.994.811 | 1.316.658 | 39.148 | 31.585 | 0 | 2.670.590 |
| 3.3 Rückstellungen für Rekultivierung und Nachsorge von AbfalldPONEN | 100.339.143 | 19.006 | 0 | 5.954.590 | 0 | 106.274.727 |
| 3.4 Rückstellungen für die Sanierung von Altlasten | 11.333.793 | 7.711 | 0 | 0 | 0 | 11.326.082 |
| 3.5 Sonstige Rückstellungen | 179.538.213 | 41.114.425 | 9.868.402 | 67.327.018 | 474.971 | 196.357.375 |
| Gesamt | 912.234.129 | 44.102.095 | 29.624.307 | 103.694.364 | 1.412.089 | 943.614.181 |

Gesamtabschluss 2020

Anlage (6) Verbindlichkeitspiegel

| Verbindlichkeiten | Restlaufzeiten | | | Gesamt | Gesamt Vorjahr |
|--|--------------------|-----------------------|----------------------|----------------------|----------------------|
| | bis zu 1 Jahr | über 1 bis 5 Jahre | über 5 Jahre | | |
| | EUR | EUR | EUR | EUR | EUR |
| 4.2 P42 Verbindlichkeiten aus Kreditaufnahmen | 148.152.880 | 489.313.254 | 1.166.065.928 | 1.803.532.062 | 1.729.791.970 |
| 4.2.1 P421 Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten | 125.434.592 | 454.892.564 | 1.062.520.843 | 1.642.847.999 | 1.560.963.621 |
| 4.2.2 P422 Verbindlichkeiten gegenüber öffentlichen Kreditgebern | 2.796.627 | 9.372.194 | 15.413.501 | 27.582.322 | 28.405.070 |
| 4.2.3 P423 Sonstige Verbindlichkeiten aus Krediten | 19.921.661 | 25.048.496 | 88.131.584 | 133.101.741 | 139.823.279 |
| 4.2.4 P424 Verbindlichkeiten aus Kreditaufnahmen für die Liquiditätssicherung | 0 | 0 | 0 | 0 | 600.000 |
| 4.3. P43 Verbindlichkeiten aus Zuweisungen und Zuschüssen, Transferleistungen und Investitionszuweisungen und -zuschüssen sowie Investitionsbeiträgen | 6.825.249 | 0 | 0 | 6.825.249 | 7.180.031 |
| 4.4. P44 Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen | 84.232.239 | 600.823 | 0 | 84.833.062 | 75.778.026 |
| 4.5. P45 Verbindlichkeiten aus Steuern und steuerähnlichen Abgaben | 11.296.891 | 0 | 0 | 11.296.891 | 16.885.320 |
| 4.6. P46 Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen, Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht und Sondervermögen | 5.249.844 | 0 | 0 | 5.249.844 | 5.704.184 |
| 4.7. P47 Sonstige Verbindlichkeiten | 106.829.465 | 0 | 0 | 106.829.465 | 106.573.854 |
| Gesamt | 362.586.568 | 489.914.077 | 1.166.065.928 | 2.018.566.573 | 1.941.913.385 |

Gesamtabschluss 2020

Anlage (7) Erklärung zu den verwendeten Kennzahlen

| | | |
|-------------------|-----------------------------------|---|
| Vermögenslage | Nettoinvestition | $\frac{\text{Zugänge zu Anschaffungs- und Herstellkosten (AHK) des Haushaltsjahres}}{\text{Abgänge zu AHK des Berichtsjahres} \text{ ./. der Abschreibungen auf Anlagenabgänge}}$ |
| | Investitionsquote | $\frac{\text{Nettoinvestitionen in Sachanlagen} \times 100}{\text{Sachanlagen zu AHK zu Jahresbeginn}}$ |
| | Reinvestitionsquote | $\frac{\text{Nettoinvestitionen in Sachanlagen} \times 100}{\text{Abschreibungen des Berichtsjahres auf Sachanlagen}}$ |
| | Eigenkapitalquote II | $\frac{\text{Eigenkapital einschl. Sonderposten} \times 100}{\text{Gesamtkapital}}$ |
| | Pro-Kopf-Verschuldung | $\frac{\text{Verbindlichkeiten aus Kreditaufnahme}}{\text{Einwohnerzahl zum Stichtag}^{36}}$ |
| Ergebnissituation | Ordentlicher Aufwandsdeckungsgrad | $\frac{\text{Ordentliche Erträge} \times 100}{\text{Ordentliche Aufwendungen}}$ |
| | Zinslastquote | $\frac{\text{Zinsen und ähnliche Aufwendungen} \times 100}{\text{Ordentliche Aufwendungen}}$ |

Herausgeber:
Landeshauptstadt Wiesbaden
Dezernat III - Dezernat für Finanzen, Schule und Kultur
Schillerplatz 1 - 2
65185 Wiesbaden
dezernat.iii@wiesbaden.de

Bildrechte: ©Wiesbaden.de / Foto: Torsten Krüger

³⁶ gemäß der Daten des Amtes für strategische Steuerung, Stadtforschung und Statistik der LHW